Preis 1,50 DM

1 H 3752 D

Roter Morgen

Zeitung der KPD

RM

20. Jahrgang

27. Juni 1986

Nummer 16

Albrechts Mehrheit – für den Bundestag?

von HELMUT WEISS

Mehrheiten, beziehungsweise die Strategien dafür, sie zu gewinnen — die Debatte um diese Fragen bestimmt nach der Niedersachsenwahl die Diskussion. Und das Ergebnis dieser Wahl war denn ja auch in der Tat so, daß verschiedene Erkenntnisse aber auch Fragen diesbezüglich deutlich zutage traten.

Die Erkenntnis etwa darüber, mit welcher Strategie die Unionsparteien vor allem die kommenden politischen Auseinandersetzungen der verschiedenen Wahlen zu führen beabsichtigen. Die Furchtkampagne vor dem „rot-grünen Chaos", konsequent aus Heiner Geißlers These von den beiden sich gegenüberstehenden Lagern abgeleitet, hat durchaus Erfolg gezeigt. Die Mobilisierung von allem, was reich oder aufsteigend, reaktionär und spießig ist, darauf zielt diese Wahlstrategie Geißlers ab.

Die Frage etwa nach dem Stand der Mehrheiten für die Bundestagswahl: Hier ergab die Niedersachsenwahl, sei es im Vergleich zur letzten Landtagswahl oder auch zur Bundestagswahl 83 keine eindeutigen Ergebnisse, wohl aber die Zweifel daran, wie es denn mit einer Mehrheit „Links der Union" denn nun wirklich aussieht. Und dabei ist die Hauptfrage die, wie links denn dieses Lager eigentlich ist. Betrachtet man sich den Gang der Debatte nach der Wahl, sowohl bei der SPD als auch bei den Grünen, so kann als erste Tendenz festgestellt werden, daß es eher angestrebt wird, dieses linke Lager, wenn man es mal so nennen will, rechter zu machen. Das trifft auf Rau zu, der für seine Taktik Morgenluft wittert, die Grünen herauszudrängen und so dieses „Lager" endgültig aufzulösen. Das trifft aber auch für die Grünen zu, deren erste Konsequenz in Niedersachsen es war, die Kassierung des Hannoveraner Parteiprogramms zu fordern, weil zu links und daher abschreckend. Das Nachgeben gegenüber dem Druck der Union dürfte aber keinesfalls der Weg sein, diese zu schlagen.

Die entscheidende Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist doch die, ob gegen die Angstkampagnevon Geißler und Co. die zentralen gesellschaftlichen Fragen eindeutig und massiv und konkret aufgeworfen werden — oder ob sie eben vernebelt werden und der Stimmungsmache der Union so Raum gelassen wird.

Die jüngsten Tagungen von BDI und BDA haben den Bonner Regierungsparteien ausführliche Aufträge gegeben, für die sie in der Wahlauseinandersetzung um Anhängerschaft werben werden. Und sie werden dies mit der aus Niedersachsen übernommenen Angstpropaganda tun. Ohne dem inhaltlich entgegenzutreten, wird es keine andere Mehrheit geben — denn für eine rot-grüne Regierung gibt es heute eine deutliche Mehrheit nur bei den Anhängern der Grünen, vielleicht eine knappe Mehrheit bei den sozialdemokratischen Anhängern, bestimmt aber nicht bei den so viel beschworenen Wählern aus der Mitte, aus denen heraus sich jeder seinen möglichen Sieg zusammenrechnet.

Ohne politische Veränderung wird dies also für eine Änderung der Mehrheiten nicht ausreichen. Mehrheitsfähig war der Widerstand gegen die Bonner Regierungspolitik bisher immer nur in solchen Momenten, wo es um große gesellschaftliche Auseinandersetzungen ging, wo der Regierungskurs als im Dienste der Unternehmer stehend allzudeutlich klar wurde, wiet etwa bei den Auseinandersetzungen um den § 116 AFG oder anderen großen Fragen.

Das blanke Ausrichten am „Wähler der Mitte" ohne den Kampf um die Änderung politischer Stimmungen beduetet immer, und heutzutage um so mehr, eine politische Anpassung an CDU-Politik — für die Grünen würde es, gingen sie den jetzt in Niedersachsen vorgeschlagenen Weg, die endgültige Parlamentarisierung, den Verzicht auf radikaldemokratische Forderungen bedeuten, und dies würde wiederum Raus Taktik erst recht zugute kommen.



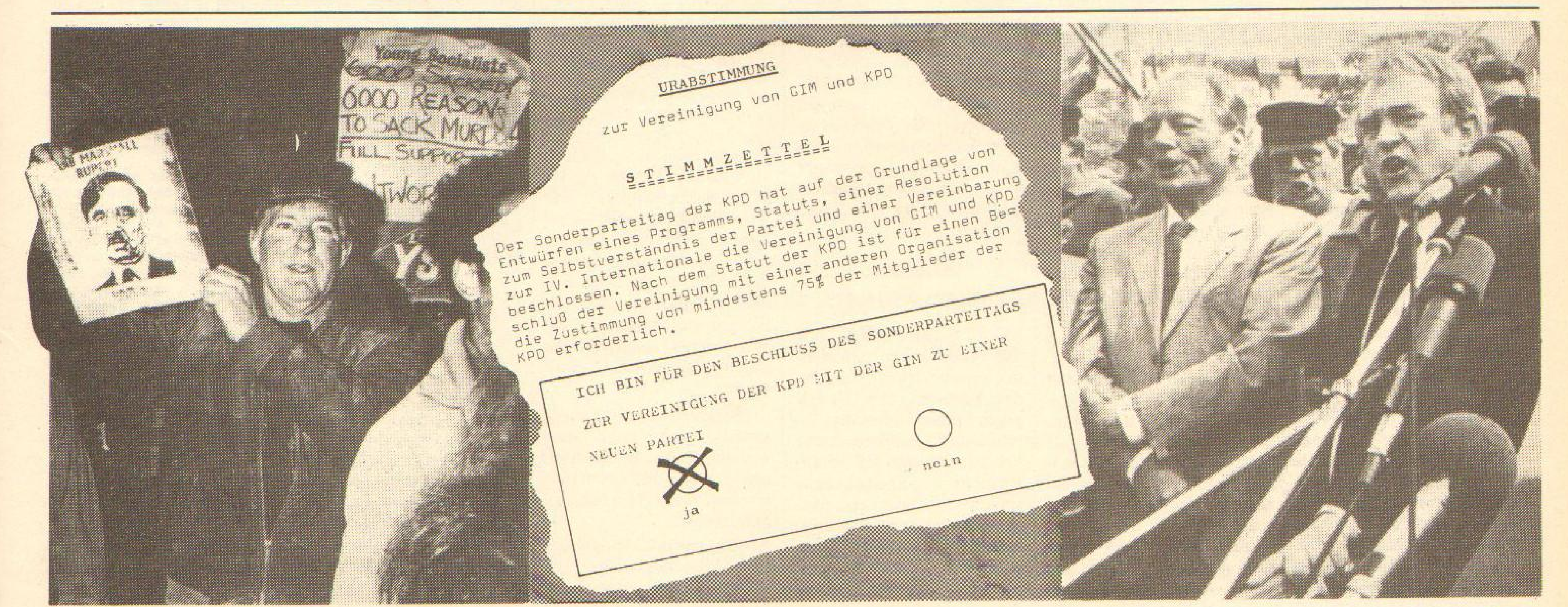
Ausnahmezustand in Südafrika: Geradezu tollwütig ist der Terror, mit dem die Rassisten das Land überziehen — siehe auch Seite 6.

Eitel Freude?

Nun haben also selbst Reagans Mannen am neuesten sowjetischen Abrüstungsvorschlag Gefallen gefunden. Und Kohls Teltschik wußte es schon immer, daß Reagan nichts anderes im Sinn hat, als endlich eine Welt ohne Atomwaffen zu schaffen (zumindest außerhalb der USA).

Eitel Freude also angesagt? Friedensbewegung Ziel erreicht, kann aufhören — oder wie? Die Absichten sind sicherlich auf ein solches Ziel gerichtet, etwas Bewegung tat unmittelbar nach dem SALT II-Affront auch Not, um nicht total in der Ecke zu stehen. Hinter dem ganzen Schleier schöner Worte aber bleibt die Tatsache, daß weiter aufgerüstet wird. Es bleibt die Tatsache, daß weiter ein aggressiver Kurs gefahren wird. Es bleibt die Tatsache, daß gerade in den letzten Wochen und Monaten zahlreiche neue Rüstungsobjekte der Bundeswehr abgesegnet wurden — die Liste ließe sich beliebig verlängern.

Das Fazit dieser neuen Vorstöße ist nicht neu. Es gibt keinen Grund, Vertrauen in die Verhandlungen, seien sie in Genf oder anderswo zu setzen, es gibt nur den Grund, weiterhin für Abrüstung und gegen die NATO, gegen die Politik der Bundesregierung Widerstand zu leisten. (hrw)



URABSTIMMUNG

zur Vereinigung von GIM und KPD

STIMMZETTEL

Der Sonderparteitag der KPD hat auf der Grundlage von Entwürfen eines Programms, Statuts, einer Resolution zum Selbstverständnis der Partei und einer Vereinbarung zur IV. Internationale die Vereinigung von GIM und KPD beschlossen. Nach dem Statut der KPD ist für einen Beschluß der Vereinigung mit einer anderen Organisation die Zustimmung von mindestens 75% der Mitglieder der KPD erforderlich.

ICH BIN FÜR DEN BESCHLUSS DES SONDERPARTEITAGS ZUR VEREINIGUNG DER KPD MIT DER GIM ZU EINER NEUEN PARTEI

ja   nein

WAPPING: Der RM sprach mit John Bailey und John Brown, zwei Funktionären der britischen Druckergewerkschaft NGA, über ihren Kampf gegen den britischen Verleger Murdoch. „Welcome to Wapping ..." **Seite 13.** Über den **SONDERPARTEITAG** der KPD, der die Vereinigung mit der GIM beschloß, und darüber, was es mit obigem Stimmzettel auf sich hat, informieren wir lückenlos auf den **Seiten 14 und 15.** **RM-THEMA** zur Außenpolitik der SPD. Eine Auseinandersetzung mit dem, was die SPD so als Alternativen anbietet. Ein Verriß von Detlef Schneider auf den **Seiten 7 -10.**

Polizeistaats-Varianten

In Bayern herrscht nicht nur der Ludwig-Kult, sondern, zumindest bei der CSU, auch ein politisches Weltbild aus der Kaiserzeit. Wer anders als Franz Josef Strauß hätte aus den Debatten, die die Parteien der Reaktion nach den Polizeiüberfällen auf Demonstrationen über das Demonstrationsrecht inszenierten, die messerscharfe Schlußfolgerung ziehen können, es gehe darum, den Landfriedensbruch wieder einzuführen? (Dregger und Co. sicher auch).

Die Schlagworte, mit denen da von den Wendeparteien operiert wird, sind eindeutig: Neben Landfriedensbruch tauchen da Vorstellungen auf wie Vorbeugehaft, altertümlich auch Schutzhaft genannt, und selbstverständlich, in allen Varianten, Aufrüstung der Polizei, des Bundesgrenzschutzes, des Spitzelapparates. Zimmermann inszenierte eine entsprechende Schau, Kohl befand, jetzt sei's genug.

Aber: Noch nie fand in der BRD eine auch nur annähernd so große Demonstration gegen Polizeiwillkür statt wie vorletzte Woche in Hamburg. Noch nie war, im Bonner Sprachgebrauch, das „Solidaritätspotential“ so groß wie dieses Mal. Die polizeistaatlichen Aufmärsche von Brokdorf, Hamburg und Wackersdorf, das rücksichtslose Einprügeln auf alles, was nicht stramm stand — all dies hat nicht ganz die Ergebnisse gezeitigt, die erwartet worden waren.

Hamburgs sozialdemokratischer Polizeisenator sieht sich einer wachsenden Welle von Rücktrittsforderungen gegenüber — und da kann niemand dagegen sein, es sei denn, er heißt Dohnanyi.

Der aus dieser Entwicklung folgende Streit zwischen den bürgerlichen Parteien und ihren Flügeln zeigt zunächst nur verschiedene Grade reaktionärer Politik. Wenn den Absichten der CSU und der rechten CDU-Mafia nach mehr Polizeistaat die Losung von der Ausschöpfung bestehender Gesetze, einschließlich der Einführung von Schnellgerichten entgegengesetzt wird, so ist dies sicher keine demokratische Alternative. Die bestünde ganz im Gegenteil darin, die Polizeiwillkür zu stoppen und demokratische Rechte wie das Demonstrationsrecht, gegen das von staatlicher Seite aus in Hamburg und Brokdorf eklatant verstoßen wurde, zu sichern.

8000 forderten sofortiges Verbot und Auflösung der FAP

Mit einer der größten Anti-Nazi-Demonstrationen der letzten Jahre unterstrichen mehr als 8000 Menschen am 21. Juni 86 in Duisburg ihre Forderung nach Auflösung und sofortigem Verbot der FAP.

Während NRW-Innenminister Schnoor (SPD) dabei ist, seine „Prüfung“ darüber abzuschließen, wie die FAP nun politisch genau zu kennzeichnen und wie gegen sie vorzugehen sei — der Landtag hat eine Verbotsinitiative über den Bundesrat zum Bundesverfassungsgericht beschlossen — wurde mit der Demonstration deutlich gemacht, daß die antifaschistische Öffentlichkeit auf sofortige Maßnahmen drängt, wurde gleichzeitig selbständige Widerstandsbereitschaft der Antifaschisten gefordert und demonstriert. In einer auch politischen Breite, die hoffen läßt. Starke gewerkschaftliche Unterstützung zeichnete die Aktion aus, die in personeller Beteiligung ebenso deutlich wurde wie in Redebeiträgen und Grußadressen. Bedauerlich, daß die „Autonomen“ in einer de-facto-Gegendemonstration politische Kurzsichtigkeit und Spaltertum demonstrierten.

Der Duisburger Oberbürgermeister Krings erklärte in einem Grußtelegramm, in Duisburg würden der FAP weder Räume noch Plätze genehmigt. Er begrüßte die Verbotsforderung, erklärte gleichzeitig den Gang zum BVG als „einzige Möglichkeit“ und meinte, das Anliegen der Demonstranten sei bei Schnoor in „guten Händen“.

Der Redner des Antifaschistischen Forums Dortmund, Dietrich Lohse, betonte unter anderem, daß die gemeinsame Forderung derjenigen, die die Kampagne tragen, sei, daß die Landesregierung nicht auf eine Entscheidung von Bundesrat und BVG warten dürfe, sondern selber und sofort für die Auflösung der FAP zu sorgen habe, die als erklärte Nachfolgeorganisation von NSDAP und ANS/NA eindeutig illegal und als bereits verboten zu betrachten sei. Es sei deutlich, daß dafür weiter Druck gemacht werden müsse, daß also diese Demonstration ein Höhepunkt, keinesfalls aber Schlußpunkt der Kampagne sein könne.

Zu den Rednern der Dortmunder MdL zählte auch der Dortmunder MdL Bodo Champignon, der den Landtagsbeschluß mit einer Unterschriftensammlung unter SPD-Abgeordneten auf den Weg gebracht hatte. Er wandte sich unter anderem „gegen die Gleichstellung von Rechts- und Linksextremismus“, forderte Verbot und Auflösung der FAP.

In verschiedenen Redebeiträgen wurde deutlich gemacht, daß eine grundlegend andere Politik in vielen Bereichen erkämpft werden muß, wenn man den Nazis wirklich das Wasser abgraben will. Hervorgehoben wurde die Jugend- und Schulpolitik sowie die Ausländerpolitik. Mehrfach wurden Forderungen wie Wahlrecht für Ausländer und völlige Gleichstellung von Ausländern und Deutschen erhoben.



Eine Auswertung der Demonstration und die Vorbereitung des nächsten Ruhrgebietstreffens antifaschistischer Initiativen (das inzwischen mehr ein NRW-weites Forum geworden ist) findet am 11. Juli in Duisburg statt.

Die KPD wird sich wie bisher dafür einsetzen, diese Bewegung zu stärken. An der Demonstration in Duisburg beteiligten sich Genossinnen und Genossen von KPD und GIM in einem gemeinsamen Block, zahlreiche Genossinnen und Genossen gingen auch mit ihren örtlichen Initiativen und Bündnissen.

Widerspruch gegen Kohl

Gegen die Äußerung Helmut Kohls, die Asylbestimmung des Grundgesetzes müsse geändert werden, weil es zu viel „Mißbrauch“ gebe, hat jetzt der Vorsitzende des Republikanischen Anwaltvereins protestiert. In der Erklärung heißt es u.a.:

„Schon das am 1. August 1982 verböserte Asylverfahrensgesetz wurde sogar vom Bund Deutscher Verwaltungsrichter vernichtend kritisiert; amnesty international setzte eine Todesanzeige auf: ‚Nach langer Krankheit verstarb, gerade 33jährig, am vergangenen Freitag ... unser ehemals liberales Grundrecht auf Asyl eines gewaltsamen Todes.‘ Flankierend begannen menschenrechtswidrige ‚einzigartig abschreckende Maßnahmen‘ (so der Hohe Kommissar für das Flüchtlingswesen in der Bundesrepublik) die Asylbewerber zu demütigen —

Dennoch basteln CDU und CSU an einer weiteren Verschlimmerung, zum Beispiel derart, daß Asyl überhaupt nur noch auf Zeit gewährt — und ungeachtet der heuchlerischen Klage über die angeblich überlasteten Verwaltungsgerichte — alle zwei Jahre erneut überprüft werden sollen. Nun hat der Bundeskanzler den Vogel abgeschossen, indem er die von niemandem ernst genommene (???) törichte Forderung des früheren Innensenators Lummer aufnimmt, das Grundrecht selbst zu beschneiden!

Dann sollte man unbedingt die Heuchelei mit dem Namen ‚christlich‘ aufgeben und sich umbenennen in ‚kapitalistische demokratische Union‘ oder noch treffender: ‚Gruppenegoistische kapitalistische Union‘!“

Gegen eine Änderung des Grundgesetzes in punkto Asyl hat sich auch der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes, Roman Herzog, ausgesprochen, der den Artikel 16 „eines der wesentlichen Gütezeichen des Grundgesetzes“ nannte.

Stahl: Lohnrunde '86

„Stählerne Faust“, Betriebszeitung der KPD für die Hoesch-Betriebe, beschäftigt sich in ihrer jüngsten Ausgabe u.a. mit der anstehenden Lohnrunde:

„Am 31. August läuft bekanntlich der Lohntarifvertrag für die Stahlindustrie aus. In den Betrieben, in den V-Leute-Körpern, hört und sieht man bisher nichts von irgendwelchen Vorbereitungen darauf.

Muß man daraus den Schluß ziehen, daß die diesjährige Tarifrunde nur so nebenbei und mit halber Kraft laufen soll? Vielleicht deshalb, weil der eine oder andere IGM-Verantwortliche sich die Vorstellung in den Kopf gesetzt hat, mit der letzten Rate Lohnerhöhung aus dem laufenden Lohntarifvertrag (2prozentige Anhebung zum 1.7.86) wäre die halbe Miete schon im Keller? Mit Sicherheit werden die Stahlbosse mit genau dieser Argumentation hausieren gehen.

Solche Vorstellungen müssen wir schnell und eindeutig ins Land der Fabel verweisen: die anstehende 2prozentige Lohnanhebung ist nur der letzte mickrige Schritt eines Lohntarifvertrages, der über sage und schreibe 29 Monate (!) lief, der uns anfangs 9 Null-Monate bescherte und dem völlig unzureichende 3,3 Prozent für 18 Monate (!). Die 2 Prozent-Tropfen jetzt zum Schluß können niemanden darüber hinwegtäuschen, daß der laufende Tarifvertrag in realer Kaufkraft gemessen für uns ein einziges großes Verlustgeschäft war!

Die Unternehmer haben uns jahrelang ständig die Ohren vollgeheult mit roten Zahlen in ihren Bilanzen. Es wird höchste Zeit, daß wir, Arbeiter(innen) und Angestellte, die roten Zahlen in unseren Haushaltsbilanzen ins Blickfeld rücken, entsprechende Forderungen stellen und vor allem auch durchsetzen.“

Biblis — nein danke!

Schlosser und Dreher von Klöckner-Becorit sollten im AKW Biblis eine vom Unternehmen gelieferte Schraubenspannmaschine reparieren. Sie hätten dabei im Reaktorteil arbeiten müssen. Aber der Betriebsrat widersprach dem Einsatz der Kollegen in Biblis. Inzwischen wurde die reparaturbedürftige Maschine in Biblis, an Ort und Stelle gewaschen, vom Dortmunder Materialprüfungsamt auf Radioaktivität untersucht und zur Reparatur ins Recklinghäuser Werk von Klöckner-Becorit gebracht.

Gewalt gegen Frauen

Am 10.6. beschäftigte sich das Europäische Parlament mit verschiedenen Aspekten des Problems der Gewalt gegen Frauen. Besonders interessant für bundesdeutsche Frauen: die vom EP verabschiedete Entschließung spricht sich dafür aus, Vergewaltigung in der Ehe rechtlich der nichtehelichen Vergewaltigung gleichzustellen. Vielleicht kann die Haltung des Europäischen Parlaments ja dazu beitragen, daß sich in dieser Frage auch in der Bundesrepublik endlich mal etwas bewegt. (Gegenwärtig gibt es entsprechende gesetzliche Regelungen übrigens nur in Frankreich und Dänemark.)

Außerdem enthält die Entschließung auch eine Passage, in der „insbesondere die Finanzierung von Nachttaxis aus öffentlichen Mitteln, die zum Preis öffentlicher Verkehrsmittel nachts von Frauen genutzt werden können“ gefordert wird.

Cattenom-Demonstration

Zu einer der größten Anti-Atom-Demonstration im saarländisch-luxemburgisch-französischen Raum kam es am 15. Juni. Ziel der ca. 15-20000 Kernkraftgegner war das Atomkraftwerk Cattenom in Frankreich (10 km von der luxemburgischen und 25 km von der deutschen Grenze entfernt). Mit vier Blöcken von insgesamt 5200 MW-Leistung soll es die größte Atomfabrik der Welt werden.

Begleitet war die Demonstration von mehr oder weniger großen Behinderungen seitens der luxemburgischen und französischen Staatsgewalt.

Zur Auftaktkundgebung im luxemburgischen Frisange kamen etwa 8000 Menschen, und dies trotz Schließung der luxemburgischen Grenze nach 11.30 Uhr. Die eigentliche Kundgebung fand um 15.00 Uhr in Sichtweite des Atommeilers statt. Der Anmarsch dorthin war äußerst beschwerlich, stellenweise gab es ein Spießrutenlaufen durch Gruppen von CRSlern (Compagnies républicaines de Sécurité), einer Art von französischer Nationalpolizei, die bekannt für ihre Rohheit und geistige Beschränktheit ist. Eineinhalb Stunden Wartezeit an der lux.-frz. Grenze, ein einstündiger Fußmarsch zum Kundgebungsplatz, das alles bei 30 Grad im Schatten, hatte viele doch sehr mitgenommen. Die Reden auf der Kundgebung waren zum einen geprägt vom Willen, mit allen Mitteln die Inbetriebnahme zu verhindern und zum anderen, auf die staatliche Demokratie zu vertrauen. Letzteres war die Meinung des saarländischen Umweltministers Jo Leinen (im Volksmund Container-Jo genannt). Für seinen Redebeitrag, der Bundesregierung zu vertrauen (!) erntete er viele Pfiffe.

Wegen des massiven Polizeiaufgebots und der manchmal schlechten Organisation (vielleicht wäre eine direkte Demonstration in Frankreich ohne Umwege über Luxemburg effektiver, da sie mehrmalige Grenzübertritte und somit Verzögerung und Schikane unterbinden würde) war die Stimmung auf der Kundgebungswiese dann nicht mehr die beste, ungebrochen blieb jedoch der Widerstandswille.

(mw)

Roter Morgen RM

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: 0231/433691. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund.

Erscheinungsweise zweiwöchentlich Freitags. Einzelpreis 1,50 DM, Abonnement: 40 DM für 1 Jahr, 20 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen“ liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA“ bei.

Wild West

Über 10000 Navajo-Indianer sollen aus ihrem Lebensgebiet im Nordosten Arizonas vertrieben werden. Grundlage dafür ist das US-Gesetz P.L. 95-531. Was es mit diesem Gesetz auf sich hat, erläutert ein Aufruf der Gesellschaft für bedrohte Völker „Wir können die Vertreibung von über 10000 Navajo-Indianer noch verhindern." Dort heißt es:

„Vordergründig soll mit jenem Gesetz ein angeblich über 100 Jahre währender Landkonflikt zwischen Navajo und Hopi geschlichtet werden. Tatsächlich geht es jedoch darum, möglichst ungehindert an die in jenem Gebiet liegenden Bodenschätze wie Kohle und Uran zu gelangen. In diesem Bestreben sehen sich US-Politiker wie Barry Goldwater (der großen Anteil am Zustandekommen des Gesetzes von 1974 hatte), Energiekonzerne wie ‚Peabody Coal Company' und ‚Aztec Oil and Gas Company' und Mitglieder des Hopi-Stammesrates (eine vom US-Innenminister eingesetze politische Vertretung, die von den traditionellen Führern der Hopi abgelehnt wird), vereint.

Navajo und Hopi haben bisher ohne größere Konflikte zusammengelebt und wehren sich gegen die Zwangsumsiedlung. Angesichts ihres Widerstandes muß der Einsatz von Gewalt bei der Vertreibung befürchtet werden."

Frauen bleiben auf der Strecke

Drei Tage vor der Wahl in Niedersachsen protestierten weibliche Auszubildende von den Stahlwerken Peine-Salzgitter vor dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium. Auf einem ihrer Transparente stand, warum: "Wir haben keine Wahl am 15. Juni — arbeitslos". Birgit Breuel, Wirtschaftsministerin von Niedersachsen und gleichzeitig Aufsichtsrätin bei Peine-Salzgitter wurde ein offener Brief übergeben, in dem es u.a. heißt: "Wir empfinden es als eine Verletzung der uns verfassungsrechtlich garantierten Gleichstellung der Frau, wenn wir feststellen müssen, daß allen (!) unseren männlichen Kollegen die Möglichkeit geboten wird, bei P&S oder bei anderen Unternehmen des (bundeseigenen) Salzgitter-Konzerns, bei VW und AEG einen Arbeitsplatz zu bekommen, wir auslernenden Frauen aber dabei weitgehend auf der Strecke bleiben sollen, obwohl wir während der Ausbildung die gleichen Qualifikationen und Erfahrungen erworben haben ..."

91 Frauen sind betroffen. Für fast alle bedeutet der Abschluß der Ausbildung gleichzeitig die Entlassung in die Arbeitslosigkeit.

Tagung auf Gräbern

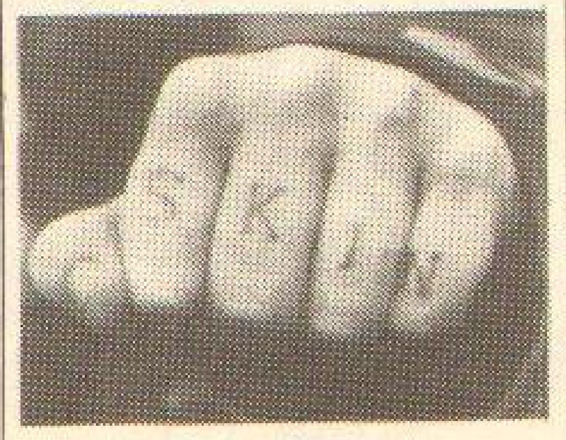
Der Kongreß der „Sozialistischen Internationale" in Lima ist zu einem Kongreß auf Gräbern geworden. Wieviele hundert Gefangene beim Sturm der Gefängnisse durch die Armee nun genau ermordet wurden, sei dahingestellt. Die angegebene Zahl wuchs jedenfalls mit jeder neuen Meldung.

Alan Garcia zeigte Flagge: Der Staat habe seine Kraft zeigen müssen, so lautete die erste Stellungnahme des Präsidenten zu diesem Massaker. Und Kraft gezeigt hat er in der Tat — mörderische Kraft. Seine einstigen Beteuerungen, mit der revolutionären Linken in einen Dialog treten zu wollen — längst sind sie vergessen, heute zieht es die regierende sozialdemokratische Partei vor, selbst die parlamentarische Linke als „bewaffneten Arm" der Sendero-Guerilla darzustellen — in diffamierender Absicht, versteht sich.

Erst eine massive Intervention Willy Brandts bei Garcia führte dazu, daß dieser sich taktisch etwas klüger verhielt, als den Massenmord rundherum zu verteidigen, danach sprach er von „Übergriffen" und kündigte Untersuchungen an. Es geht um die „Verhältnismäßigkeit". Vielleicht wären 50 Tote „verhältnismäßig" richtig gewesen?

Die SI als Organisation äußerte sich zunächst zu den ganzen Ereignissen überhaupt nicht, sondern versuchte, ihre Tagung so durchzuziehen, als sei nichts geschehen. Was man nur als reale Billigung des Massakers einschätzen konnte, deshalb auch Brandts Aktivität. Von Garcias großen Reden vor und kurz nach der Wahl ist nach verhältnismäßig kurzer Zeit nicht mehr viel übriggeblieben — vor allem im Innern des Landes. Dort scheint sich die Stimmung zu verbeiten, daß sich im wesentlichen nichts geändert habe, trotz der Auseinandersetzungen mit dem IWF.

Das Massaker von letzter Woche wird mit Sicherheit dazu führen, daß sich die Auseinandersetzungen verschärfen — zumindest auf dem Lande, während sich die sozialen Auseinandersetzungen in den Städten ebenfalls zuspitzen.



Finster

Einer der fünf Skins, die den in Hamburg lebenden Türken Ramazan Avci totschlugen, wurde von der Polizei noch bevorzugter behandelt als seine Kumpane. Rene Wolf wurde nämlich von Kriminalkommissar Hans Gottschalk so schnell nach der Tat wieder freigelassen, daß er noch nicht einmal dem Haftrichter vorgeführt werden konnte. Wie sich jetzt herausstellte, gibt es für diese Vorzugsbehandlung Gründe: Rene Wolf ist nämlich ein Freund von Hans Gottschalks Sohn. Beide sind in der gleichen Skin-Gruppe ...



Was ist Gewalt?

1. Gewalt ist nicht, wenn Pershing II und Cruise Missiles vom Großen Bruder jenseits des großen Teiches auf dem Boden dieser Republik gelagert werden, um vom deutschen Boden aus einen AirLandBattle gegen die UdSSR vom Zaun brechen zu können.

Gewalt ist, wenn sich Friedensfreunde auf die Straße zum US-Depot Mutlangen setzen, um den Transport solcher Waffen zu stören.

2. Gewalt ist nicht, wenn der Bonner Staat gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes sein Atomprogramm in die Praxis umsetzt, indem er Bereitschaftspolizei und GSG9 zum Schutze entsprechender Bauprojekte mit CN-Gas, Hubschraubern, Wasserwerfern und Gummigeschossen in Stellung bringt.

Gewalt ist, wenn Gegner von AKWs oder einer Plutoniumabtrennanlage in Wakkersdorf (beschönigend als „Wiederaufbereitungsanlage" bezeichnet), versuchen, einen mit Stacheldrahtverhau geschützten Bauzaun zu durchschneiden oder gegen einen CN-Gas-Wasser-Gemisch versprühenden Wasserwerfer der Polizei mit Steinen anzugehen. Gewalt liegt auch vor, wenn man Explosivkörper, die die Polizei in die Menge wirft, zurückwirft, ehe sie explodieren.

Das Ganze nennt man „wehrhafte Demokratie", und die „Solidarität der Demokraten" findet da ihre Grenzen, wo einer es wagt, Partei für die andere Seite zu ergreifen.

Als „Prügelknaben der Nation" fühlen sich jene, die im Auftrag dieser „wehrhaften Demokraten" Prügel verteilen müssen und nicht die rechte Anerkennung für ihr Tun finden. Zumindest wollen sie besser bezahlt werden dafür, daß sie die Schmutzarbeit der Bonner Flickschuster leisten. Wie lange noch lassen wir uns das bieten?

(KD)



Frank Stülcken, 17 Jahre alt, ist der letzte von den 838 Demonstranten, die am 8. Juni in Hamburg festgenommen wurden und immer noch im Gefängnis sitzt. Gegen ihn wird der Vorwurf der versuchten Tötung eines Polizeibeamten erhoben. Bild: Schüler des Gymnasiums Altona protestieren gegen die Polizeiübergriffe und für die Freilassung von Frank S.

Unser Freund Frank Stülcken wurde am 9. Juni kurz nach Mitternacht verhaftet. Bei der Verhaftung wurde er, obwohl er sich nicht wehrte, so schwer verletzt, daß er in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Frank ist inzwischen in die Jugendstrafanstalt Neuengamme gebracht worden und sitzt dort in Untersuchungshaft. Man wirft ihm vor, einen Molotowcocktail in eine Gruppe von Polizeibeamten geworfen zu haben. Obwohl bei dem Wurf des Molotowcocktails kein Beamter verletzt wurde, wurde der Haftbefehl wegen des Vorwurfs der versuchten Tötung ausgestellt. Eine Haftverschonung bis zum Beginn der Hauptverhandlung ist somit aufgrund der Schwere des Schuldvorwurfs ausgeschlossen.

Wir, die Initiatoren der Unterschriftensammlung, sind davon überzeugt, daß Frank die ihm zur Last gelegte Tat nicht begangen hat, und wir werden alles tun, dies zu beweisen, dies kann langwierig und ggf. erfolglos sein.

Wichtig ist für uns zur Zeit am wichtigsten, Frank aus der Haft zu bekommen. Aus diesem Grund machen wir unsere Einschätzung von Franks Unschuld nicht zur Grundlage des zu unterschreibenden Textes und somit, die offensichtliche Absurdität des Vorwurfs des versuchten Totschlags in den Vordergrund zu stellen!

Wir, die Unterzeichnenden, sind empört über den Schuldvorwurf der versuchten Tötung eines Polizeibeamten gegenüber Frank Stülcken. Selbst wenn man einmal annimmt, daß die ihm unterstellte Tat tatsächlich von ihm begangen wurde, so kann hieraus bestenfalls der Vorwurf der versuchten Körperverletzung oder der schweren Körperverletzung abgeleitet werden. Wir fordern daher die Selbstverständlichkeit einer sachlichen Bewertung der unterstellten Tat und damit einhergehend die Aussetzung des Haftbefehls.

Wir fordern: Laßt Frank Stülcken frei!

Vorname	Nachname	Adresse	Unterschrift

Bitte senden an: **Aram Ockert, Ottensener Hauptstr. 8, 2 Hamburg 50**

Bergbau: Kurzarbeit oder Rückkehrangebot?

Wenn die bisherige Entwicklung in diesem Jahr anhält, werden bei der Ruhrkohle AG rund 4 Millionen Tonnen Steinkohle zusätzlich auf Halde gehen. Die ursprüngliche Planung sah für 1986 die Produktion von 58 - 58,5 Millionen Tonnen vor und den Verkauf der gleichen Menge. Nun ist durch Leistungssteigerung (!) mit einer Jahresproduktion von 60 Millionen Tonnen zu rechnen. Gleichzeitig bleibt der Kohleabsatz weit hinter den Erwartungen zurück. Günstigenfalls könnten 1986 54 Millionen Tonnen Kohle verkauft werden. Als Grund für die Absatzprobleme wird der gesunkene Ölpreis genannt.

Nach Einschätzung des stellvertretenden Betriebsrats der Recklinghäuser Schachtanlage General Blumenthal, Klaus Preuss, müßten bei der geplanten Drosselung der Jahresproduktion auf 55 Millionen Tonnen 1988 bis 1990 ca. 20000 ältere Bergleute ausscheiden.

Nun haben die bisherigen Anpassungsmaßnahmen schon zu einem erheblichen Rückgang des Anteils älterer Bergleute geführt. Für Preuss ist es deshalb fraglich, ob bei künftigen Frühpensionierungsaktionen noch nach "dem Prinzip der Freiwilligkeit" verfahren werden kann.

Preuss gab weiter bekannt, die Ruhrkohle-Unternehmensleitung wolle den Bergleuten aus der Türkei (bei der Ruhrkohle AG derzeit 18000) ein neues „Rückkehrangebot" unterbreiten. Türkische Kollegen, die "freiwillig" in die Türkei zurückkehren, sollen mit einer Treueprämie und einer Übergangsbeihilfe ca. 20000 DM als Abfindung bekommen. Laut Preuss lohnt sich die Annahme des Angebots aber nur für solche türkischen Bergleute, die über 45 Jahre alt und mindestens 15 Jahre bei der Ruhrkohle AG beschäftigt sind.

Die Ausführungen von Preuss liegen ganz auf der bisherigen Linie der IG Bergbau und Energie, die alle Anpassungsmaßnahmen mitgetragen hat. Auch die Politik der Ausländerverdrängung wurde von der IGBE in der Vergangenheit schon unterstützt.

Die jetzigen Enthüllungen zur Überproduktion bei der Ruhrkohle AG strafen auch die Propaganda in der IGBE-Zeitung "Einheit" gegen die Forderung nach einem sofortigen Ausstieg Lüge. Dort wird argumentiert, daß der sofortige Ausstieg nur mit Importkohle zu bewerkstelligen sei, damit Arbeitsplätze im heimischen Steinkohlebergbau gefährde. Die jetzt veröffentlichten Zahlen aber belegen, daß genau das Gegenteil richtig ist: Eine Strategie zur Verteidigung der Arbeitsplätze im Ruhrbergbau kommt um die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie nicht herum.

Tatort: Ansbach

Zwei tote Polizisten in Ansbach geben erneut Anlaß zu fragen, ob Karl-Heinz Hoffmann und seine Wehrsportgruppe u. a. auch aus den Beständen der Ansbacher Polizei bezogen. Einer der beiden Polizisten, Otmar S., wurde erschossen an seinem Schreibtisch aufgefunden, den anderen fand man zwei Tage später überfahren auf Eisenbahnschienen. Der Tod beider Polizisten steht in direktem Zusammenhang mit der zweiten Instanz eines Prozesses, in dem es genau um diese Frage ging. Otmar S. starb zwei Stunden, bevor er als Zeuge in diesem Prozeß hätte aussagen sollen, der zweite Polizist hinterließ nach Angaben des Polizeipräsidenten einen Abschiedbrief, in dem zum Verschwinden von Munition bei der Polizeidirektion Ansbach Stellung nahm. Ein Zusammenhang ist also offensichtlich.

Kurz zur Vorgeschichte: Im August 1980 entdeckte der frühere Leiter der Landespolizeidirektion Ansbach, Werner Maluck, daß 97 Schuß 9 mm-Munition bei der Abrechnung der Polizeidirektion Ansbach fehlten. Auf Nachfrage wurde ihm erklärt, die Munition sei bei einem Übungsschießen im Juli verbraucht worden. Maluck war aber sicher, daß die Munition bei einer Kontrolle am 5. August noch da war und kam zu der Überzeugung, daß der Munitionsverlust im Nachhinein durch Verfälschung von Bestandsbüchern, Schießkladden usw. vertuscht worden war. Auf entsprechende Vorwürfe reagierte Polizeipräsident Helmut Kraus damit, daß er Maluck in den Ruhestand versetzen ließ und ihn außerdem wegen Verleumdung anzeigte. Kraus bekam in der 1. Instanz Recht.

Maluck blieb auch in diesem Prozeß bei seinen Behauptungen und stellte außerdem Beweisanträge, die dem Munitionsverlust der Ansbacher Polizei eine ganz andere Dimension gaben. Er erklärte beispielsweise, daß im Frankfurter Flughafenrestaurant ein Treffen zwischen einem hochrangigen mittelfränkischen Polizeibeamten und Karl-Heinz Hoffmann sowie weiteren hochgestellten Personen stattgefunden habe. Thema der Besprechung: Befreiung von Rudolf Heß. Muß noch extra erwähnt werden, daß die Beweisanträge von Maluck alle abgelehnt wurden?

In diesem Prozeß spielte Otmar S. als Leiter des Sachgebiets Technik u.a. zuständig für den Munitionsbestand eine Schlüsselrolle. Nach seinem Tod erklärte Maluck, daß S. ihm kurz vorher gestanden habe, daß die Akten mit den Munitionsunterlagen manipuliert worden seien, er in der ersten Verhandlung gegen Maluck gelogen habe und es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren könne, noch ein zweites Mal zu lügen. Wenn das stimmt, wären nicht nur Teile der Ansbacher Polizei direkt mitverantwortlich für die Verbrechen der Wehrsport-Gruppe. Es würde sich dann auch die Frage stellen, ob es für die ungeheuerlichen Vertuschungsmanöver der Polizei nach dem Massaker beim Münchner Oktoberfest 1980 nicht noch ganz andere Motive gab als das, die Gefahr von ganz rechts zu verharmlosen ...

Zwei ehemalige Mitglieder der Wehrsportgruppe haben jedenfalls gegenüber der „Fränkischen Landeszeitung" und gegenüber der taz die guten Kontakte zwischen Hoffmann, hohen Polizeibeamten und anderen „hochstehenden Personen" bestätigt. Gegen diese Version spricht auf den ersten Blick der Abschiedsbrief, den der zweite tote Polizist nach Angaben des Polizeipräsidiums hinterlassen hat. In diesem Brief schreibt er nämlich, die angeblich verschwundene Munition habe sich die ganze Zeit in seinem Schreibtisch befunden. 9 mm-Munition fand sich dann, wie in dem Brief beschrieben, im Kofferraum des Polizisten.

Sollte der Brief echt sein, belegt er immerhin die Behauptung von Maluck, daß damals die Bücher manipuliert worden sind. Und wenn Maluck mit dieser Behauptung recht hatte, warum dann nicht auch mit seinen anderen Behauptungen? Ob der Brief aber echt ist, müßte erst noch bewiesen werden. Schließlich wäre es nicht das erste Mal, daß ein Abschiedsbrief auftaucht, weil er gebraucht wird und nicht, weil er von seinem Unterzeichner tatsächlich geschrieben wurde ...

Noch ermittelt die Kripo Würzburg, ob Fremdverschulden beim Tod von Otmar S. auszuschließen ist. Wenn in dieser Sache tatsächlich ermittelt und nicht vertuscht wird, darf man auf die Ermittlungsergebnisse mit Sicherheit gespannt sein.



Asylanten kämpfen für Menschenrechte

Schweinfurt. Rund 200 Asylbewerber leben in zwei Sammellagern in Schweinfurt. Vor einiger Zeit bereits hatten sie sich mit einem offenen Brief an die Öffentlichkeit gewandt und die zuständigen Regierungsstellen um ein Gespräch gebeten, um so wenigstens einige Verbesserungen ihrer Situation zu erreichen. Die Antwort blieb allerdings aus. Daraufhin trat ein Teil der Asylbewerber in einen Hungerstreik. Es wurde ein deutsch-ausländisches Freundschaftsfest und eine Demonstration organisiert.

Durch diese Aktionen wurde immerhin erreicht, daß die Regierung und der Schweinfurter Oberbürgermeister jetzt ein Gespräch angeboten haben. Die wichtigsten Forderungen der Schweinfurter Asylbewerber (Verkürzung der langen Wartezeiten, Aufhebung der zwangsweisen Unterbringung in Sammellagern, Abschaffung der Essenspakete und stattdessen Ausgabe von frei verwendbaren Wertgutscheinen oder Geld) werden sich allerdings nur in Auseinandersetzung mit der bayerischen Staatsregierung durchsetzen lassen. Hier müßten die Asylbewerber aus allen bayerischen Sammellagern gemeinsam aktiv werden.

IGM will Manteltarif zum Jahresende kündigen

Die IG Metall will die Manteltarifverträge über die 38,5-Stunden-Woche Ende September zum Jahresende kündigen. Die Friedenspflicht würde dann Ende Januar 1987 ablaufen.

In einem Interview mit der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit" erklärte Hans Janßen, daß die reaktionäre Änderung des § 116 AFG keine Auswirkung auf die Aufstellung der Forderungen haben werde: „Die Beschlußlage behinhaltet: 35 Stunden für alle. Und dabei bleibt's."

Hans Janßen schloß nicht aus, daß die Streiktaktik der IGM an den geänderten § 116 in Rechnung stellen wird.

Ein Positionspapier des IGM-Vorstandes, das Hans Janßen der Presse vorstellte, setzt sich laut Bericht der „Frankfurter Rundschau" eingehend mit der Frage der Flexibilisierung auseinander. So soll die jetzt im Tarifvertrag enthaltene Flexibilisierungsmöglichkeit zwischen 37 und 40 Stunden wieder durch eine festbestimmte Stundenzahl als „Normalarbeitszeit" pro Woche ersetzt werden. Der Achtstundentag soll als Tageshöchstgrenze erhalten, das arbeitsfreie Wochenende soll gesichert werden.

Andererseits erklärte Hans Janßen, das Problem, ob die Lage und Verteilung der Arbeitszeit nach den Wünschen der Arbeitnehmer oder nur „unter dem Diktat betriebswirtschaftlichen Rentabilitätsdenkens" erfolge, sei „aus der Arbeitszeitdiskussion für die Zukunft nicht mehr wegzudenken".

Laut „Frankfurter Rundschau" strebt die IGM an, daß die Arbeitnehmer neben der Festlegung des Beginns und Endes ihrer Arbeitszeit auch weitgehend selbst darüber bestimmen können, wann und wie sie die Differenz einer tatsächlichen Arbeitszeit von 40 Stunden und der tariflichen Arbeitszeit etwa von 35 Stunden in bestimmten Fristen ausgleichen, wann sie Freiheitsausgleich für Überstunden und wann sie ihren zusätzlichen Freizeitzuschlag für Schichtarbeit und andere belastende Arbeitsbedingungen nehmen.

Die IG Metall stellt sich laut FR weiter vor, daß alle Wahlmöglichkeiten für die beweglichen Arbeitsformen „abschließend" im Tarifvertrag enthalten sein sollten und die Umsetzung in den Betrieben durch Betriebsvereinbarung erfolgt.

Zweifellos werden diese Flexiblisierungsvorstellungen des IGM-Vorstands die Diskussion in der IGM in den nächsten Monaten bestimmen. Abgesehen davon, daß **einzelnen** Vorstellungen der Unternehmer eine Absage erteilt wird, wird aus den Positionen des IGM-Vorstandes nicht ersichtlich, wie auf ihrer Grundlage die Bestrebungen der Unternehmer, die Verbindlichkeit der Tarifverträge zu untergraben, abgewehrt werden könnten.

CDU-Staat

Die Richter an den obersten bundesdeutschen Gerichten werden gewählt. Und zwar durch den Richterwahlausschuß, der aus 11 Mitgliedern des Bundestages und 11 Justizministern, die der Bundesrat entsendet, besteht. Der Richterwahlausschuß bestimmt mit einfacher Mehrheit, lediglich bei der Wahl der Bundesverfassungsrichter ist eine 2/3-Mehrheit erforderlich.

Wer in Bundestag und Bundesrat die Mehrheit hat, kann also auch bestimmen, wer Richter wird. Und genau das geschieht auch: Anfang 1983 waren 4 von 5 neu zu wählenden Richtern Wunschkandidaten der Bonner Regierung. Anfang 1986 setzten die Konservativen 11 eigene Kandidaten durch, lediglich ein Kandidat der SPD wurde gewählt. Anfang Juni 1986 war das Verhältnis 6 : 1 — 6 Wunschkandidaten der Regierungsparteien und 1 Kandidation der SPD. (Die Grünen sind auch in diesem Gremium nicht vertreten.) Zum obersten Richter am Bundesfinanzhof wurde dabei übrigens der rheinland-pfälzische Ministerialdirektor Franz Klein gewählt, der — wie der „Spiegel" schrieb — „mit einer penetranten Verharmlosung des Parteispendenkonflikts inzwischen sein Parteisoll erfüllt" hat.

Angesichts solcher Vorgänge sollen schon Zweifel an der vielbeschworenen Unabhängigkeit der Justiz aufgetaucht sein. Verständlicher- aber unberechtigterweise. Denn was können die Regierungsparteien dafür, wenn sich bei jedem Wahlgang ihre eigenen Kandidaten immer als die besten herausstellen?

Metaller für Antifa-Bündnis

„Die Ortsverwaltung und die IGM-Vertreter im DGB-Kreisvorstand werden beauftragt, auf den DGB-Kreis Heidenheim einzuwirken, in Heidenheim ein breites antifaschistisches Bündnis zu initiierren. Ziel dieses von allen antifaschistischen Persönlichkeiten, Organisationen und Parteien getragenen Bündnisses sollte vor allem sein, alle neofaschistischen Aktivitäten, insbesondere der FAP, im Raum Heidenheim zu unterbinden. In einer gemeinsam finanzierten Anzeige in der HNP und HZ (Heidenheimer Zeitung), sowie in einem in den Betrieben und in der Stadt zu verteilenden Flugblatt sollte ein ‚Heidenheimer antifaschistischer Aufruf' (Arbeitstitel: Heidenheimer gegen Faschismus oder ähnlich) veröffentlicht werden."

Die Vertreterversammlung

Überstunden-zwang

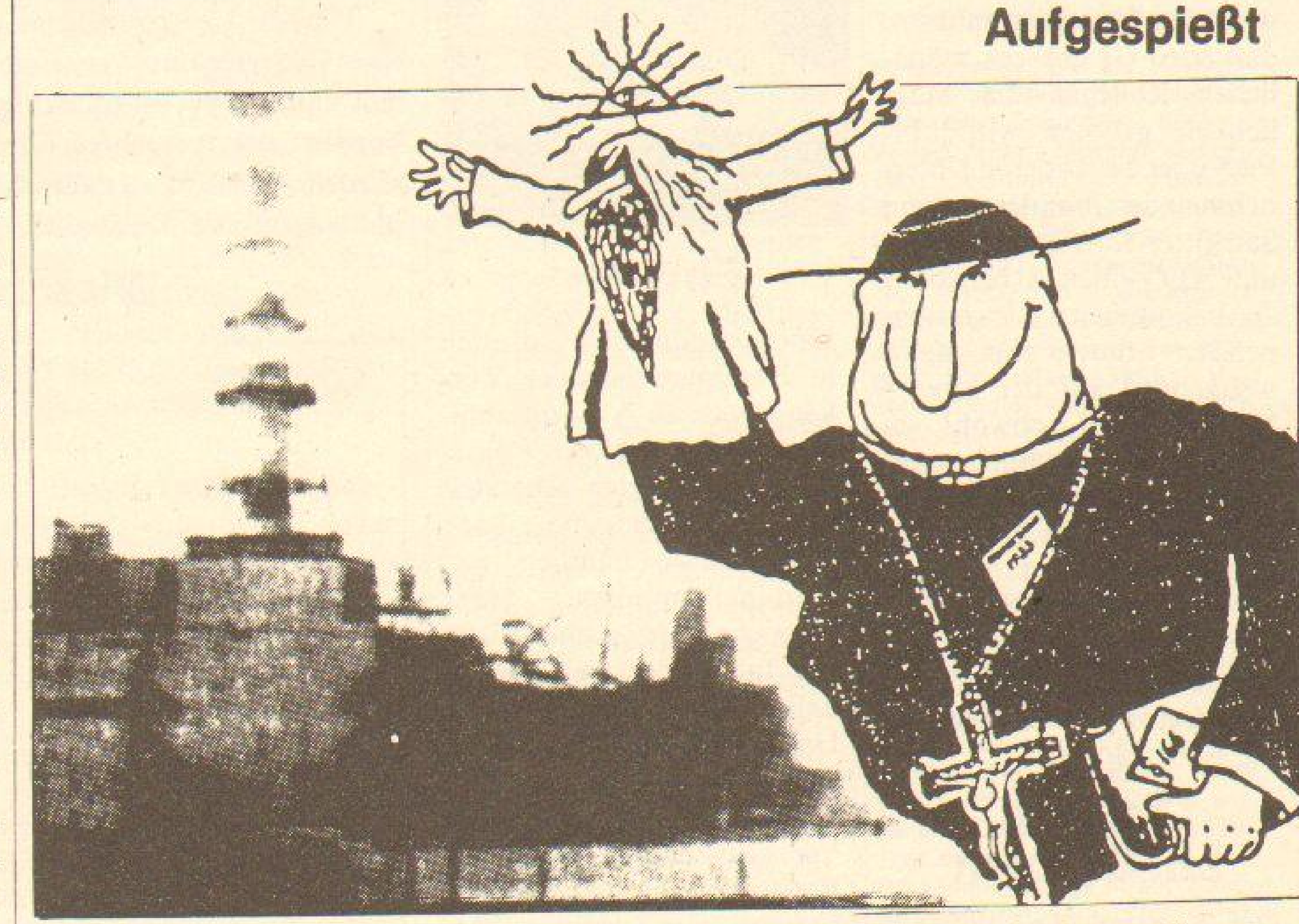
Nach einer Untersuchung des Dortmunder „Instituts zur Erforschung sozialer Chancen" müssen zwei Drittel der Beschäftigten gegen ihren Willen Überstunden machen. Von den Befragten erklärten 10 Prozent, sie seien auf das Überstundengeld angewiesen. 57 Prozent der Befragten, die Überstunden machen, gaben an, daß sie sich Überstunden schlecht entziehen können, weil sie sonst um ihren Arbeitsplatz bangen müßten.



800 Auszubildende aus drei Mannesmann-Werken demonstrierten am 10.6.86 vor der Konzernzentrale in Düsseldorf gegen die ab 1987 vorgesehenen „bedarfsorientierte Ausbildung" und für die Übernahme aller Auszubildenden. Unterstützt wurden die Azubis bei dieser Aktion von einigen Betriebsräten und Vertrauensleuten aus den drei Werken, in denen insgesamt 6500 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen.

Im Ausbildungszentrum von Blohm & Voss in Hamburg kam es am 12.6. zu einer einstündigen Arbeitsniederlegung, als bekannt wurde, daß entgegen den Versprechungen der Geschäftsleitung die 81 Azubis nur für 6 Monate befristet übernommen werden sollen. Die Firmenleitung dazu gegenüber einer Delegation der Azubis: in diesen 6 Monaten hatten die Ausgelernten eine gute Chance, Berufserfahrung zu sammeln ...

Aufgespießt



„... auch ein Kraftwerk ist ein Teil des göttlichen Auftrags."

(aus einem Brief von F. J. Strauß an kirchliche Amtsträger in Bayern)

Der Weg des Volkes

Gegenstand eines Volksbegehrens können in NRW nur förmliche Gesetze sein. Wer ein Volksbegehren stellen will, muß zunächst das zur Abstimmung vorgesehene Gesetz mit den zugehörigen 3000 Unterschriften beim Innenminister einreichen. Über die Zulässigkeit entscheidet im ersten Schritt die Landesregierung. Gibt die Regierung dem Antrag statt, so kann das eigentliche Volksbegehren, die Sammlung der erforderlichen 2,4 Mio. Unterschriften (ein Fünftel der stimmberechtigten Wähler) beginnen. Die Gemeindebehörden sind verpflichtet, die entsprechenden Listen in den kommunalen Gebäuden auszulegen. Wird die erforderliche Unterstützung erreicht, so muß die Landesregierung das gewünschte Gesetz dem Landtag unterbreiten. Entspricht der Landtag dem Volksbegehren nicht, so kommt es zum Volksentscheid. Entsprechend dem Wahlverfahren bei Landtagswahlen werden die Wahlberechtigten nun aufgefordert, mit ja oder nein über das Gesetz abzustimmen. Entscheidend ist die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Eine Mindestbeteiligung sieht das Gesetz zum Volksbegehren nicht vor. Hält die Landesregierung das Volksbegehren für nicht zulässig, so kann dagegen der Verfassungsgerichtshof in Münster angerufen werden. Entscheidet das Gericht im Sinne der Antragsteller, kommt der oben beschriebene Ablauf zum Zuge.

Vergesellschaften um abzuschalten

Kampagne für einen Volksentscheid gegen AKWs in NRW gestartet

von JÜRGEN TOBEGEN

Am 11. Juni 1986 stellte die „Aktion Volksentscheid gegen Atomanlagen" in NRW ihren Gesetzentwurf für einen Volksentscheid gegen AKWs vor (siehe Dokumentation). Dem Trägerkreis der Aktion Volksentscheid gehören die GRÜNEN, Jungsozialisten, Jungdemokraten, Gewerkschaftsgruppen, kirchliche Kreise und diverse Bürgerinitiativen an. Die DKP, die sich um die Aufnahme in den Trägerkreis bemühte, gehört nicht dazu, weil sie die politische Stoßrichtung dieses Bündnisses — „Ziel muß die Stillegung aller Atomanlagen weltweit sein" — nicht teilt.

Mit Ausnahme von Berlin, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind in allen Länderverfassungen Plebiszite vorgesehen: Per Volksbegehren kann ein Gesetzentwurf zur Abstimmung gestellt werden, über den die Bürger per Volksentscheid befinden.

Der Weg klingt denkbar einfach. Ist er aber nicht. Schon die juristischen Hürden zur Initiierung eines Volksentscheides sind hoch. Voraussetzung für einen Volksentscheid ist, daß der eingebrachte Gesetzestext die Entscheidungskompetenzen des Bundes nicht berührt und in die Finanzhoheit des Landes nicht eingreift. Platt gesagt: Für das Gesetz muß das Land zuständig sein, und es darf nichts kosten.

Im Fall der Atomenergie eine komplizierte juristische Herausforderung, die die Rechtsanwälte Reiner Geulen und Otto Schily, Verfasser des Gesetzentwurfs, dadurch bestehen wollen, daß sie a. die Vergesellschaftung der Atomanlagen fordern, b. die zu zahlende Entschädigungssumme insbesondere gegen die Folgekosten verrechnen (siehe Begründung zum Gesetzestext).



Die juristische Haltbarkeit dieser Argumentation wollen wir hier nicht beurteilen. Darüber wird in den nächsten Monaten noch viel gestritten werden. So wie es bisher aussieht, wird die Landesregierung ihre Ablehnung des Volksentscheides damit begründen wollen, daß die Finanzhoheit verletzt wird.

Politisch ist die Initiierung des Volksentscheides zu unterstützen. Die Bewegung für einen sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie gewinnt an politischer Durchsetzungskraft, wenn sie die geänderten Mehrheitsverhältnisse in politische Aktionen umsetzen kann. Auch wer Meinungsumfragen skeptisch gegenübersteht und den Wahlausgang in Niedersachsen, in bezug auf den sogenannten „Tschernobyl-Effekt", eher negativ beurteilt, wird nicht bestreiten können, daß die politisch neue Situation, im Vergleich zu den siebziger Jahren, heute in der mehrheitlichen Ablehnung gegenüber der Kernenergie besteht.

Der Versuch diese neue Mehrheit in politische Aktionen umzusetzen, setzt voraus, daß in Form und Inhalt am Bewußtsein dieser neuen Mehrheit angeknüpft wird. Die Menschen verlangen einen realistischen Ausstieg, fragen nach alternativen Energiequellen, auf die umgeschaltet werden kann, ohne daß die berühmten Lichter ausgehen. Und viele, die sich für den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie aussprechen, sind offenkundig heute noch nicht bereit, für diese Forderung, etwa in Brokdorf oder Wackersdorf, zu demonstrieren.

Dies festzustellen, bedeutet nicht, in Nachhinein eine negative Bilanz des Aktionstages vom 7. Juni zu ziehen. Vielmehr ist zu fragen, wie noch mehr Menschen, als bisher demonstriert haben, zu mobilisieren sind? Wie die neue Mehrheit auch politisch sichtbar wird? Dazu sind Kampagnen für einen Volksentscheid, in den Bundesländern und bundesweit, ein richtiger Schritt. Sicher nicht der einzige Schritt, denn wie die Erfahrungen der Friedensbewegung gezeigt haben, ist eine Vielfalt von Aktionen die Voraussetzung zur Entfaltung einer breiten Massenbewegung.

Andererseits erfordern Volksentscheidskampagnen immer auch eine gewisse Konzentration der Kräfte. Erfolg und Mißerfolg hängen maßgeblich davon ab, wieviele politische Kräfte sich auch praktisch dafür einsetzen.

Antrag auf Zulassung der Listenauslegung

Nach dem Gesetz über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid

An den Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
4000 Dusseldorf 1

Die unterzeichneten Stimmberechtigten beantragen die Auslegung von Eintragungslisten für ein Volksbegehren zuzulassen, das gerichtet ist auf

den Erlaß eines Gesetzes
mit dem folgenden Wortlaut:

§ 1 (Zweckbestimmung)

Zweck dieses Gesetzes ist es, dem Land den notwendigen Handlungsspielraum für eine sofortige Einstellung der Atomenergienutzung zu eröffnen und damit die Menschen vor den Gefahren weiterer radioaktiver Strahlung zu schützen.
Stattdessen sind die Möglichkeiten der Energieeinsparung, der Nutzung erneuerbarer Energiequellen und der rationellen und umweltschonenden Verwendung fossiler Energieträger weiterzuentwickeln.

§ 2 (Überführung in Landeseigentum)

(1) Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes gehen nach Maßgabe des Art. 15 Grundgesetz in das Eigentum des Landes über

1. Das Kernkraftwerk Wurgassen, einschließlich des Grundstücks und aller sich darauf befindlichen Anlagenteile (Gemarkung Wurgassen, Flur 1, Kreis Höxter, auf dem rechten Weserufer im Bereich von Flußkilometer 48,2 bis 50,0).

2. Das Kernkraftwerk Hamm-Uentrop, bei Schmehausen, einschließlich des Grundstücks und aller sich darauf befindlichen Anlagenteile (Gemarkung Schmehausen in Hamm-Uentrop, am linken Ufer der Lippe, im Bereich zwischen Flußkilometer 39,4 und 40,3).

3. Die Urananreicherungsanlage Gronau, einschließlich des Grundstücks und aller sich darauf befindlichen Anlagenteile (im Industrie- und Gewerbegebiet Ost der Stadt Gronau, Regierungsbezirk Münster).

(2) Das Land leistet den jeweiligen bisherigen Eigentümern eine Entschädigung. Diese bemißt sich nach den mit 6 % zu diskontierenden Nettoerlösen, wie sie bei einer zu erwartenden Restnutzungsdauer und unter Berücksichtigung des wahrscheinlichen Ausnutzungsgrades der jeweiligen Anlage anfallen würden.
Bei der Kalkulation der Kosten sind Aufwendungen während der Abklingzeit und für den Abriß der Anlagen, sowie für Konditionierung und Endlagerung der radioaktiven Abfälle einzubeziehen.

§ 3 (Grundsätze zur Energieforschungs- und -entwicklungspolitik)

(1) Das Land macht seinen Einfluß auf Forschung und Entwicklung hinsichtlich der Energieversorgung dahingehend geltend, daß diese bezüglich der Atomenergienutzung eingestellt wird und bezüglich der Energieeinsparung, der Nutzung erneuerbarer Energiequellen und der rationellen und umweltschonenden Nutzung fossiler Energieträger verstärkt wird.

(2) Das Land unterrichtet im Rahmen eines Energieberichtes für das Land Nordrhein-Westfalen die Öffentlichkeit einmal jährlich über den Stand der Umsetzung oben genannter Grundsätze.

§ 4 (Arbeitsplätze)

Das Land bietet Arbeitnehmern, deren Beschäftigungsverhältnisse infolge der Übernahme der jeweiligen Anlagen enden, geeignete andere Arbeitsplätze an.

§ 5 (Inkrafttreten)

Das Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Begründung

I. Allgemeiner Teil

(...)

2. Zweck und Regelungsgehalt des Gesetzes

(...)

Die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, wie sie dieses Gesetz vorsieht, stellt eine Forderung dar, die in der deutschen Geschichte traditionsreich ist. Sie stellt im rechtlichen Sinne einen verfassungsrechtlichen Akt dar, der die Eigentumslage ändert, indem er die Verfügungsmacht über das Wirtschaftseigentum vergesellschaftet.
Bundesländer haben grundsätzlich nicht die Möglichkeit, die den Betreibern der Atomanlagen erteilten Genehmigungen zurückzunehmen, ohne in Kollision mit dem Atomgesetz zu geraten. Durch die Vergesellschaftung der aufgeführten Atomanlagen wird dem Land ein Handlungsspielraum für eine andere Energiepolitik eröffnet.

(...)

Die Menschen dürfen nicht weiter radioaktiver Strahlung ausgesetzt werden, die auch im Normalbetrieb von den Atomanlagen ausgeht; noch weniger ist ihnen zuzumuten, mit dem Risiko eines weiteren schweren Atomunfalls wie dem von Tschernobyl zu leben. Dieser Atomunfall hat eine atomare Strahlenbelastung und damit irreversible gesundheitliche Gefährdungen für die Bevölkerung auch in NRW mit sich gebracht, so daß jede zusätzliche radioaktive Strahlenbelastung aus Atomanlagen für die Zukunft ausgeschlossen werden muß. Die Unbeherrschbarkeit der Kernspaltung hat sich auf furchtbare Weise gezeigt. Die Atomenergienutzung enthält ein niemals auszuschließendes Sicherheitsrisiko. Angesichts dessen ist jede Kalkulation mit Restrisiken unverantwortbar.

(...)

Von diesem Gesetz nicht erfaßt werden der „Schnelle Brüter" in Kalkar und das Brennelementezwischenlager in Ahaus.
Die in Kalkar noch ausstehenden Genehmigungen dürfen vom Land NRW als Genehmigungsbehörde nicht erteilt werden, da die Erteilung rechtswidrig wäre.

(...)

Sollte dennoch eine Genehmigung erteilt werden, so wird dagegen geklagt. Es würde außerdem nach Erteilung der Genehmigung auch gegen den „Schnellen Brüter" ein Volksbegehren eingeleitet werden.

II. Besonderer Teil

Zu den einzelnen Vorschriften

Zu § 1:

Die Zwecksetzung des § 1 stellt darauf ab, der Landesregierung die Möglichkeit zu schaffen, die Atomenergienutzung einzustellen, um damit dem politischen Willen eines großen Teiles der Bevölkerung nachzukommen und Gefahren radioaktiver Strahlung von dieser abzuwenden.
Eine rechtliche Bindungswirkung der Landesregierung bzw. des Landesparlamentes wird dadurch nicht entfaltet. Dies schließt eine Kollision mit Bundeskompetenzen von vornherein aus.
Insbesondere werden von diesem Gesetz keine Fragen der Atomenergienutzung berührt, wie sie dem Bund aufgrund seiner Gesetzgebungskompetenz aus Art. 74 Nr. 11 a GG zustehen und von der er durch das Atomgesetz Gebrauch gemacht hat.
Das Atomgesetz regelt vorrangig den Schutz vor Gefahren der Kernenergienutzung und bietet insoweit ein polizeirechtliches Instrumentarium auf, mit dem Eingriffe in die Kernenergiewirtschaft ihre Rechtsgrundlage finden.
Demgegenüber handelt es sich bei einem Eingriff in die Wirtschaftsverfassung in Form einer Vergesellschaftung um einen völlig anderen, und damit mit dem Atomgesetz in keinerlei Zusammenhang stehenden Zugang. Die Verfassungsorgane des Bundes werden nicht gezwungen, die von ihnen im Bereich des Atomgesetzes getroffene Regelung aufgrund des politischen Druckes von Länderseite her zu ändern.
Der Zweck dieses Gesetzes stellt allein auf den Handlungsrahmen des Landes NRW ab und greift damit in den Regelungsbereich des Atomgesetzes in keiner Weise ein. Darüberhinaus muß jedem einzelnen Land vorbehalten sein, Grundsätze für seine Energiepolitik aufzustellen und damit dem politischen Willen seiner Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Zu § 2:

(...)

Absatz 1:
Der Gesetzentwurf nutzt die sich aus dem Grundgesetz ergebenden Möglichkeiten der Vergesellschaftung gemäß Art. 15 GG. Zwar enthält die Landesverfassung Nordrhein-Westfalen einen selbständigen Sozialisierungsartikel, Art. 27 LVerfNW. Dieser Artikel hat jedoch nach Inkrafttreten des Grundgesetzes neben dem Art. 15 GG keine selbständige Bedeutung mehr, da gemäß Art. 31 GG Bundesrecht das Landesrecht bricht, soweit dieses dem Bundesrecht widerspricht.
Dies ist bei Art. 27 LVerfNW nach einhelliger Meinung der Fall. Die vorgesehene Vergesellschaftung ist auch mittels Landesrecht durchsetzbar, da Art. 15 GG keine ausschließliche Sozialisierungskompetenz des Bundes vorsieht, sondern gemäß Art. 74 Nr. 15 GG in den Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung gehört.
Gegenstände der Sozialisierung können nur Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel sein. Bei den hier betroffenen Atomanlagen handelt es sich um Produktionsmittel im Sinne von Art. 15 GG.

Absatz 2:
Gemäß Art. 15 GG in Verbindung mit Art. 14 Absatz 3 Satz 3 GG ist für die Vergesellschaftung der betreffenden Anlagen eine Entschädigung festzulegen.
Art und Umfang der Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen.
Die Entschädigung kann, muß sich aber nicht nach dem Verkehrswert richten. Bei der Produktion dienenden Anlagen wird der Wert nicht so sehr durch die Höhe der zu ihrer Errichtung getätigten Investionen bestimmt, sondern vielmehr auch durch die Höhe der durch den Betrieb dieser Anlagen erwirtschafteten Gewinne. Maßgeblich wertbestimmend sind daher die Nettoerlöse. Ausgangspunkt für deren Berechnung sind wiederum die aus dem Verkauf elektrischer Energie bzw. - im Falle Gronau - angereicherten Urans erzielten Umsatzerlöse. Diesen sind alle Kosten und Aufwendungen gegenüberzustellen, die der Betrieb der Atomanlage mit sich bringt. Der zeitliche Umfang wird bestimmt durch die Kriterien der voraussichtlichen Restnutzungsdauer und des wahrscheinlichen Ausnutzungsgrads, wie er sich u.a. durch Rückgriff auf die Erkenntnisse der Vergangenheit ermitteln läßt.
Da Atomanlagen nach Ablauf ihrer Betriebszeit noch in besonderem Maße Folgekosten verursachen, ist es notwendig, diese auf der Kostenseite ebenfalls den Umsatzerlösen gegenüberzustellen. Darauf zielt § 2 Absatz 2 Satz 2 ab.
Unter diesen Umständen ist bei exakter Einstellung aller relevanten Rechnungsgrößen in den vorgenannten Berechnungsmodus damit zu rechnen, daß die der Höhe nach zu leistende Entschädigung gegen Null tendiert.
Die Notwendigkeit einer Entschädigungsregelung führt auch nicht dazu, daß es sich deshalb um ein Gesetz über Finanzfragen im Sinne des Art. 68 LVerfNW handelt. Finanzgesetze in diesem Sinne sind lediglich solche, die ihrer ausdrücklichen gesetzgeberischen Absicht nach auf die Finanzen des Staates, die Einnahmen und Ausgaben, das Vermögen und die Schulden unmittelbar einwirken können. Dies ist hier nicht der Fall. Die gesetzgeberische Absicht liegt ganz eindeutig in der Vergesellschaftung. Die sich daraus gesetzlich ergebende Pflicht zur Entschädigung stellt damit nur eine mittelbare Auswirkung der eigentlichen Regelung dar.
Ganz abgesehen davon, wird - wie oben ausgeführt - die Entschädigung für die hier betroffenen Atomanlagen der Höhe nach allenfalls eine unbedeutende Summe erreichen, die sich im Verhältnis zum Landeshaushalt NRW kaum niederschlägt. (...)

Der Ausnahmezustand

von HELMUT WEISS

Was ist eigentlich der Ausnahmezustand in einem Land, in dem der Normalzustand niemals existiert hat? Heißt Ausnahmezustand im üblichen Sprachgebrauch doch die Aufhebung bürgerlich-demokratischer Rechte, wie sie etwa in der bundesdeutschen Notstandsverfassung vorgesehen ist. Aber solcherart Rechte gab es ja in Südafrika nur für die weiße Minderheit. Außerdem: Bis März hatte für verschiedene Regionen ohnehin der Ausnahmezustand gegolten, wurde dann aufgehoben und nun, am Vorabend des 10. Jahrestages von Soweto landesweit wieder verhängt. Also: Nichts Besonderes? Nur ein Streit um Worte? Keineswegs.

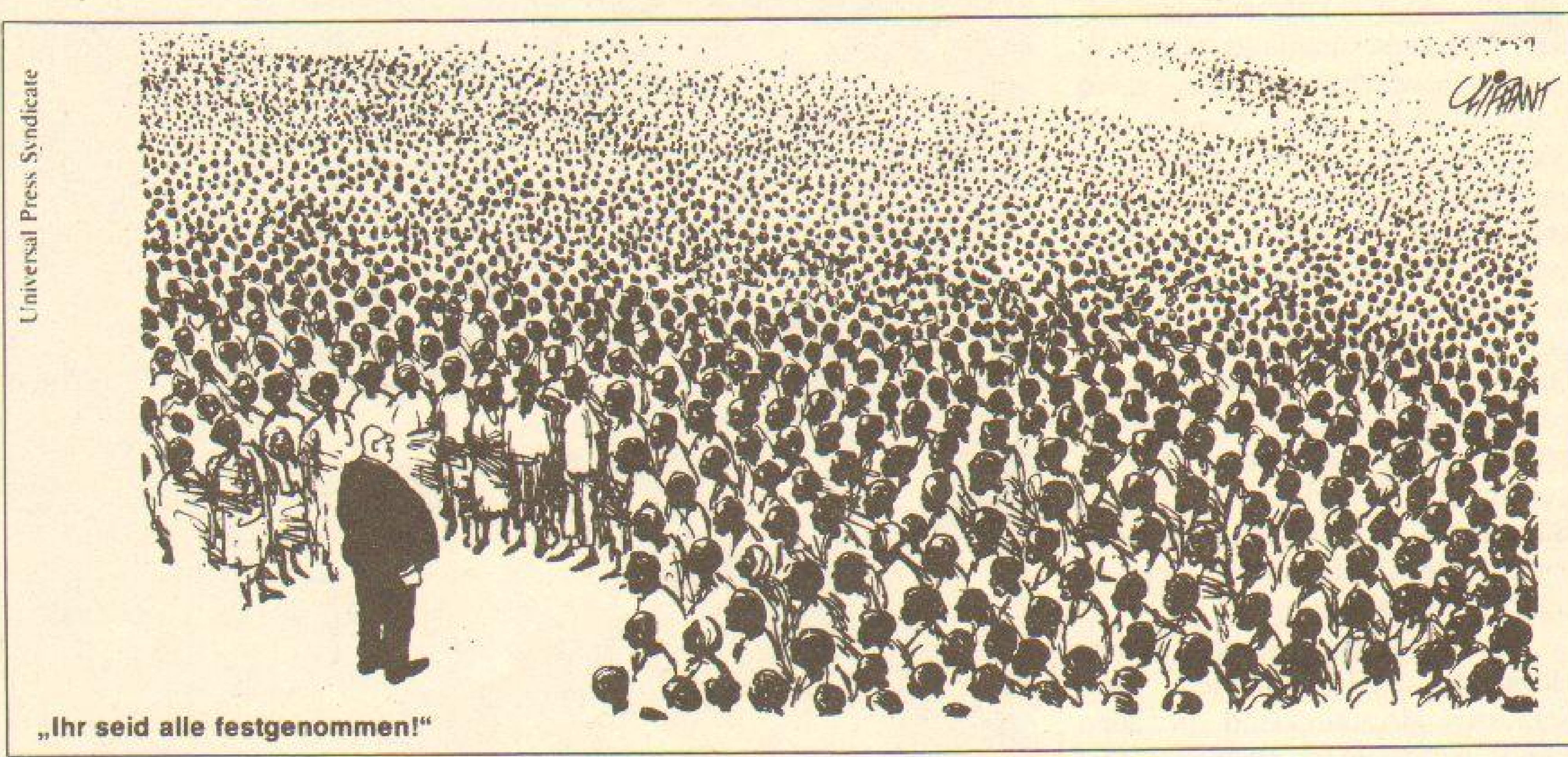
Die Ausrufung des Ausnahmezustands durch Bothas Regierung bedeutet nichts anderes, als daß ganz offiziell die Diktatur ausgerufen wird. Dabei sind die von bürgerlichen Journalisten so sehr beklagten Zensurmaßnahmen noch zu den geringeren Übeln zu zählen. Entscheidend ist, daß der totalen Polizeiwillkür Tür und Tor geöffnet sind. Jeder Polizist hat das Recht, jederzeit so zu handeln, wie er es für richtig hält, ohne daß ihm daraus irgendwelche Konsequenzen entstehen können. Er kann festnehmen, prügeln, foltern, totschießen, ohne daß es auch nur ein formales Untersuchungsverfahren gegen ihn geben kann. Die Polizei kann, beispielsweise, aus dem Gerichtssaal Häftlinge abführen, ohne die Richter zu fragen, mitten im Prozeß (was nicht heißen soll, daß die dortigen Richter besser wären als die Polizei, was nur zeigt, wie da die bürgerliche Staatsauffassung endgültig außer Kraft gesetzt wird). Übrigens: Ebenfalls von Konsequenzen während des Ausnahmezustandes entstandener Vorfälle sind Polizeiminister Le Grange und Herr Botha selbst ...

Der Ausnahmezustand war dafür geplant, jegliche Aktionen zum Jahrestag von Soweto zu unterbinden. So betrachtet ist er rundherum gescheitert, der Generalstreik fand statt.

Der Ausnahmezustand bedeutet aber nicht nur vermehrte Repression und totale Polizeiwillkür im allgemeinen — er bedeutet auch eine weitere Verschärfung des blutigen Unterdrückungskurses auf sehr konkrete Weise.

Die Statistik der Unmenschen

Das Informationsbüro der südafrikanischen Regierung teilte zu Beginn letzter Woche mit, daß seit der Ausrufung des Ausnahmezustands sich die Zahl der täglichen Todesopfer auf 4,4 erhöht habe. Abgesehen davon, welch eine



Universal Press Syndicate

„Ihr seid alle festgenommen!"

Menschenverachtung hinter einer Statistik steckt, die mit „Komma-Toten" rechnet, wird daraus doch deutlich, daß der Ausnahmezustand auch nicht dazu geführt hat, die Auseinandersetzungen einzudämmen. Und dies war ja auch nicht die Absicht, die hinter dieser Ausrufung stand, sondern der Widerstand soll im Blut erstickt werden — dazu diente ja auch die Organisierung schwarzer Schlägertrupps durch die Polizei wie etwa in Crossroads.

Jeder Mensch, der diese Ereignisse betrachtet, der das Vorgehen der Verbrecher Botha und Co. sieht, kann nicht mehr umhin, festzustellen, daß es hier in der Tat nichts zu reformieren gibt. „Nichts kann sie bessern, außer der Revolution, die sie hinwegfegen wird" — das ist in diesem Zusammenhang weder ein leerer Spruch noch eine hohle Phrase, sondern simple Tatsache.

Die Komplizen schwitzen

Ohne die Hilfe von Thatcher, Reagan und Kohl wäre das System der Apartheid unter dem Ansturm des Widerstandes wirtschaftlich nicht mehr aufrecht zu erhalten. Deswegen wird nicht nur in Südafrika selbst, sondern weltweit die Kritik an diesen drei Regierungen immer heftiger, sie beginnen, sich vor Isolation zu fürchten. Dabei muß Thatcher Rücksicht nehmen auf die Stimmen aus dem Commonwealth, Reagan auf die schwarze Bevölkerung der USA — und Kohl?

Der Solidaritätstag am 16. Juni hat bundesweit rund 10000 Menschen auf die Beine gebracht, die unter anderem auch für die Forderung nach einem Wirtschaftsboykott eintraten. Im Zeitalter der Großdemonstrationen in der BRD mag dies nicht nach besonders viel klingen: Es war aber eine der größten Aktionen, die hierzulande bisher zu diesem Thema stattfanden. Darauf läßt sich aufbauen, vor allem, wenn berücksichtigt wird, daß fast nur der christlich orientierte Flügel der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung hier aktiv war, linke und gewerkschaftliche Kräfte fehlten fast ganz.

Bundesdeutsche Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika

Der folgende knappe Abriß der Wirtschaftsbeziehungen entstammt dem isp-pocket 14 „Aufstand gegen Apartheid". Das Interessante an diesem Auszug ist, daß er einen ungefähren Gesamtüberblick über den Bereich der Investitionen und Anleihen gibt — ein Überblick, der deutlich macht, warum die Bonner Regierung sich so standhaft weigert, Boykottmaßnahmen zu ergreifen: Nicht so sehr aus Rücksicht auf die rassistischen Partner am Kap, sondern vor allem wegen der Interessen bundesdeutscher Konzerne.

Investitionen, Anleihen, Profite

Mit der oben geschilderten Politik fördert die Bundesregierung Investitionen, die bundesdeutschen Unternehmern hohe und höchste Profite bringen. Bei Direktinvestitionen werden durchschnittlich Profite von 18 Prozent erzielt. Das ist schon seit Jahren so und das war auch im Jahr 1984 nicht anders. Siegfried Brunnenmiller von der Deutschen Bank in Johannesburg weiß, daß bei einigen Südafrika-Töchtern „die jährliche Gewinnsumme die Investitionen übersteigt" (stern v. 5.11.81).

Die Bundesrepublik ist inzwischen mit den USA gleichgezogen, nachdem sie lange Zeit hinter Britannien und den USA als Investor nur an dritter Stelle gelegen hatte. Von den Auslandsinvestitionen entfielen 34 Prozent auf Britannien, und jeweils 25 Prozent auf die USA und die BRD (vgl. Rainer Falk, Dimensionen und Probleme der wirtschaftlichen Kollaboration zwischen der Bundesrepublik und Südafrika in: Materialien zur Vorbereitung der Konferenz, 12. - 14. Oktober 1984).

Im Jahr 1976 errechnete der BDI für 1974 bereits eine Gesamtsumme von 3,5 Milliarden DM. Im Juli 1977 schätzte die südafrikanische Botschaft in Bonn die Summe der indirekten Investionen bundesdeutscher Konzerne auf 4 Milliarden DM. Der Sprecher des BDI Seelig ging von einer Gesamtsumme von etwa 6 Milliarden DM aus, während der ehemalige südafrikanische Botschafter in Bonn, Sole, 1976 das in Südafrika investierte BRD-Kapital gar auf 12 Milliarden DM schätzt (vgl. AIB 6/81, S. 41).

Der Kapitalexport nach Südafrika setzte erst um 1965 richtig ein. Südafrika war sit diesem Zeitpunkt ein bevorzugtes Ziel für Auslandsinvestitionen des BRD-Kapitals. Es hatte dabei auch die höchsten Steigerungsraten aller imperialistischen Länder (vgl. Reinhard Rode, Die Südafrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1968 - 1972, S. 135 ff.). An diesen Investitionen sind etwa 300 bundesdeutsche Konzerne direkt beteiligt; weitere 6000 Unternehmen indirekt. Zu den Direktinvestoren gehört die gesamte Spitzengruppe der bundesdeutschen Industrie, u. a. so bekannte Firmen wie Daimler Benz, Lufthansa, Bayer, Krupp, Siemens, Volkswagen, Hoechst, BASF, MAN, Rheinstahl AG.

Die bundesdeutschen Konzerne investieren insbesondere im gewerblichen Sektor der südafrikanischen Industrie. Volkswagen z.B. überholte Ford und General Motors im Jahr 1973 und wurde der größte Hersteller von Personenkraftwagen in Südafrika. Ende 1976 gab der VW-Konzern bekannt, daß er weitere 35 Millionen Dollar investieren wolle.

Darüber hinaus ist die Bundesrepublik inzwischen Südafrikas größter Geldgeber. Schätzungsweise die Hälfte aller ausländischen Kredite an Südafrika kommen aus der BRD. Allein zwischen 1970 und 1976 erhielt Südafrika nach Angaben des Siemens-Sprechers Went ge rund 6 Milliarden DM an Bankkrediten, Emissionen usw. Insgesamt 60 bundesdeutsche Banken beteiligten sich zwischen 1958 und 1980 an 104 Bankanleihen in Südafrika. Dazu gehören insbesondere die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerzbank, die Westdeutsche Landesbank Girozentrale, die Bayrische Vereinsbank (vgl. Ostrowsky/Geissler, Südafrika, S. 77; Rainer Fald, Die Bundesrepublik und Südafrika, AIB 6/81, s. 41). Dieser Trend setzte sich sogar 1984 fort. In diesem Zeitraum vergaben bundesdeutsche Banken Kredite and Anleihen in Höhe von 1,6 Milliarden DM (blätter des iz3w, Nr. 126, Juni 1985).

Mit diesen Investitionen spielt der westdeutsche Kapitalismus eine wichtige Rolle bei der Entwicklung und Festigung des südafrikanischen Apartheidregimes. Denn trotz der wachsenden Stärke des einheimischen südafrikanischen Kapitals — der Anteil ausländischer Direktinvestitionen an der Neukapitalbildung fiel von 19 Prozent zu Beginn der fünfziger Jahre auf 11 Prozent zu Beginn der siebziger Jahre — spielen ausländische Investoren eine wichtige, manchmal ausschlaggebende Rolle. Schätzungsweise 80 Prozent der südafrikanischen Privatindustrieproduktion befinden sich unter ausländischer Kontrolle oder sind von ausländischem Kapital beeinflußt. Das schließt jedoch nicht die Produktion der staatlichen Konzerne ein, die solche Schlüsselsektoren wie Stahl, Eisenbahnen und Energie kontrollieren und einen richtungsweisenden Einfluß auf die Gesamtwirtschaft ausüben (vgl. E. Harsch, The Foreign Economic Role in South Africa, IP 1977, S. 391). Allerings erhielten sie den größten Teil des Kapitals, das in Form von Anleihen ins Land floß.

Die BRD-Unternehmen tragen mit anderen Worten zur Festigung des Apartheid-Regimes in Südafrika bei. Die leere Phrase „Wandel durch Handel" (u.a. vom jetzigen SPD-Vorsitzenden Brandt geprägt) entpuppt sich als untauglicher Versuch, den bundesdeutschen Profithaien ein humanistisches Mäntelchen umzuhängen. Denn die bundesdeutschen Unternehmen haben sich in jeder Hinsicht den Gegebenheiten in Südafrika angepaßt. Das ergaben Untersuchungen über die Befolgung des EG-Kodexes durch deutsche Firmen. Dieser Kodex war 1977 verabschiedet worden und sieht unter anderem folgende Richtlinien für das Verhalten europäischer Firmen vor:

- Gewährung uneingeschränkter Gewerkschaftsrechte;
- Zahlung eines Mindestlohns, der das amtlich errechnete Existenzminimum um 50 Prozent übersteigt;
- Beseitigung der Rassentrennung am Arbeitsplatz und in sozialen Einrichtungen (FR v. 29.5.79).

Das sind jedoch nur moralische Appelle; es gibt keine Mittel, um ihre Einhaltung zu erzwingen. Trotzdem hat der BDI von allem Anfang an dagegen protestiert (FR v. 23.9.77). Die bundesdeutschen Firmen in Südafrika hielten bei einer Recherche fest:

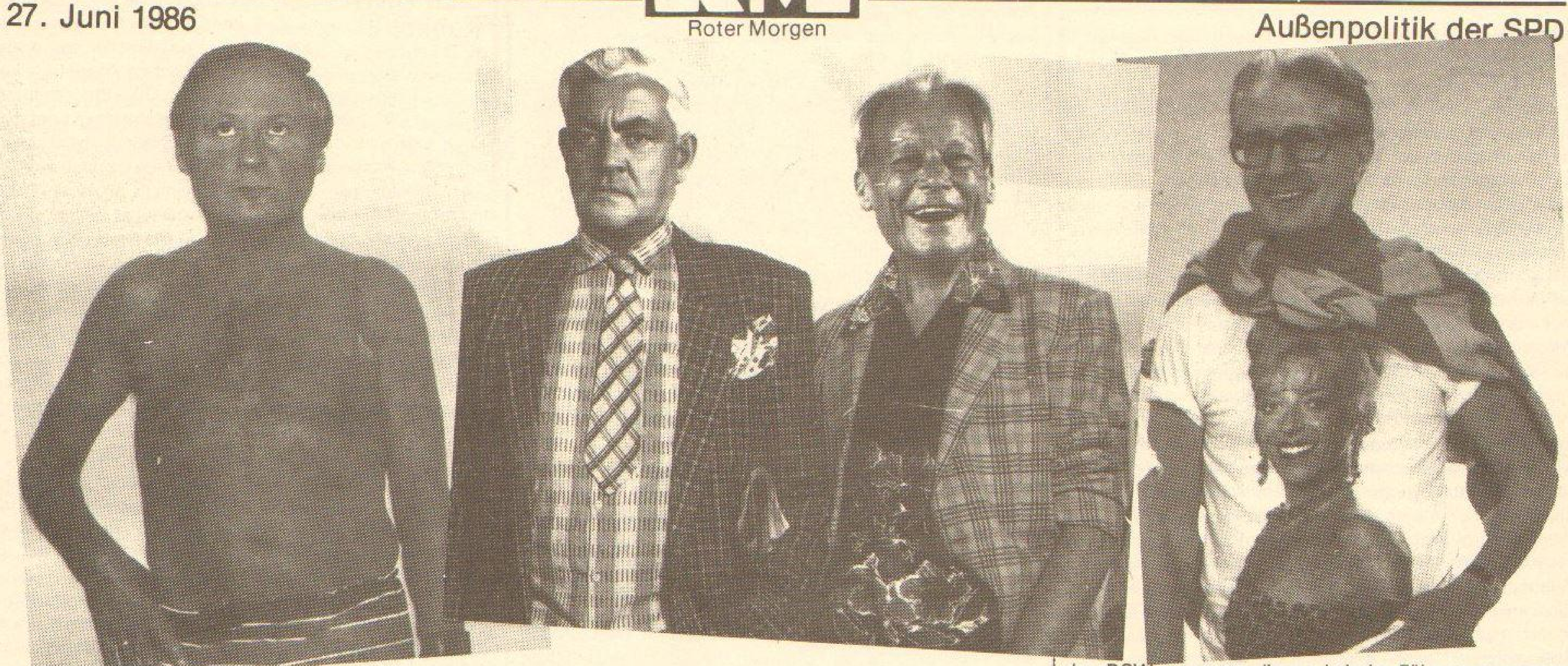
„Unter den untersuchten Unternehmen gab es nicht ein einziges, das die im Kodex gestellten Forderungen nach einer Mindestentlohnung in Höhe des Existenzminimums plus 50 Prozent bezahlte. Sehr viele Firmen bleiben in ihrem Mindestlohn sogar unter dem Existenzminimum" (FR v. 29.5.85).

Im Juli 1978 erklärte das BMW-Management offiziell, daß „Gewerkschaftsarbeit schwarzer Arbeiter innerhalb des Betriebes nicht gestattet würde". Die Rassentrennung auf allen Ebenen war nicht aufgehoben. Ein Pressesprecher von Siemens (dem größten bundesdeutschen Konzern) erklärte:

„Siemens ist nicht bereit, sich durch einen von außen verordneten Verhaltenskodex Sand ins Getriebe seiner guten Beziehungen zu Südafrika werfen zu lassen." (FR v. 29.5.79)

Und angesichts all dieser Berichte hatte die Bundesregierung noch den Nerv, die oben erwähnten Bundesbürgschaften für Kredite an Südafrika damit zu begründen, „der EG-Kodex gewährleiste, daß bei diesem Geschäft Schwarze nicht benachteiligt würden" (stern v. 5.11.81).

Wer glaubt, daß sich das inzwischen geändert hätte, hat sich getäuscht. Bei einer südafrikanischen Tochterfirma der Norddeutschen Affinerie erhielt die Mehrzahl der dort beschäftigten Schwarzen einen Mindestlohn in Höhe von knapp einem Viertel des amtlich ermittelten Existenzminimums oder von knapp 15 Prozent des vom EG-Kodex empfohlenen Lohnniveaus. Es wurde auch geprügelt. Einen Streik gegen diese unhaltbaren Zustände beantwortete die Firma mit der Entlassung der streikenden Arbeiter (vgl. issa 3/85).



„Selbstbehauptung Europas" nach Art der Sozialdemokratie

Zu den außenpolitischen Konzeptionen der SPD

Die Lage ist ernst. Westeuropa „rinnt aus" und droht vollends zum Vasallen der USA herabzusinken. Diese düstere Prognose stellt Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD, in seinem jüngsten Buch „Manifest für eine Neue Europäische Linke". Liefe alles weiter wie bisher, so Glotz, würde Westeuropa unweigerlich zum „kolonialen Terrain: wichtig, lukrativ, ein Bewährungsfeld für junge Talente, ein Reservoir für Wissenschaftsrekruten der USA, aber ohne eigene Geschichte und darum ohne eigene Zukunft." (Glotz, S. 20)*

Das also ist die Lage. Gibt es noch einen Ausweg? Es wird ihn, nach der Diagnose von Glotz, jedenfalls nicht unter der Führung der europäischen Rechten geben. Mit Adenauer, De Gaulle und Macmillan seien die letzten wirklichen Konservativen von der Bühne abgetreten. Heute beherrsche die Kleinbourgeoisie die konservativen Apparate — unfähig zum sozialen Kompromiß im Innern und unfähig, die Kolonialisierung Westeuropas aufzuhalten.

Durch ihren Mangel an sozialer Kompromißfähigkeit produziere diese unbewegliche Rechte den unheilvollen „Arthur-Scargill-Effekt". Denn Teile der Arbeiterbewegung sind ebenfalls, wie Glotz bedauernd feststellt, derart borniert, daß sie sich — statt an Europas Zukunft zu denken — in sinnlose Abwehrschlachten gegen die Offensive der Rechten stürzen: „Wozu brauchen wir die Amerikaner, wir sind selber stark genug, um uns klein zu machen." Wenn britische Bergarbeiter gegen Zechenschließungen, französische Automilarbeiter gegen Massenentlassungen und westdeutsche Metaller für die 35-Stunden-Woche kämpfen, sieht Glotz nur einen anachronistischen Stellungkrieg, der das Ausbluten Europas beschleunigt und den kolonialen Zugriff der Amerikaner auf unseren Kontinent erleichtert.

Wenn es aus dieser verfahrenen Situation überhaupt einen Ausweg gibt, dann kann er, natürlich, nur von der Sozialdemokratie gewiesen werden. Die Strategie, auf die sich die westeuropäische Linke zu einigen hätte, um den prophezeiten Niedergang des Kontinents abzuwehren, wird von Glotz und anderen SPD-Führern als „Selbstbehauptung Europas" umschrieben: statt Klassenkampf von unten und oben ein umfassender Sozialpakt zur Verschmelzung und Modernisierung der ökonomischen Potentiale Westeuropas, um solchermaßen der „amerikanischen Herausforderung" entgegenzutreten.

Neue Akzente in der SPD-Politik

Seit dem Sturz von Schmidt und seinem weitgehenden Rückzug auch aus der Parteipolitik ist darüber spekuliert worden, inwieweit sich die SPD in der Opposition „erneuern" würde. Das schnelle Abrücken der Partei vom Stationierungsbeschluß, ihr Einklinken in die vormals bekämpfte Friedensbewegung und sogar in die Nicaragua-Solidarität, die neue antiamerikanische Rhetorik vieler Parteiführer (wie sie etwa in den hier zitierten Ausführungen von Peter Glotz zum Ausdruck kommt) — all das hat, nicht zuletzt innerhalb der Linken, Hoffnungen auf einen grundlegenden Kurswandel der SPD in der Außen- und Militärpolitik genährt.

Nun ist tatsächlich nicht zu übersehen, daß die Partei seit dem Sturz der Schmidt-Regierung einen neuen Ton gegenüber dem US-Imperialismus angeschlagen hat. Noch nie ist die amerikanische Politik auch von der Führungsgruppe der SPD derart massiv kritisiert worden. Bemerkenswert ist dabei, daß es sich hier nicht nur um eine Kritik am militärischen Konfrontationskurs der USA handelt; vielmehr wird deren neue Hegemonialpolitik in all ihren Formen (nicht zuletzt den ökonomischen) angegriffen. SPD-Politiker wie Glotz oder Ehmke nehmen zur Zeit eine gründliche Neubestimmung des Verhältnisses zu den USA vor. Entscheidend ist dabei, daß sie ihre gegen das amerikanische Hegemoniestreben gerichteten Strategien nicht als westdeutsche, sondern als *westeuropäische* (eben unter der Parole von der „Selbstbestimmung Europas") entwickeln.

Die Linke in der BRD kann solchen Veränderungen in der SPD-Politik natürlich nicht gleichgültig gegenüberstehen. Für sie wird es darauf ankommen, zu prüfen, ob und inwieweit sich in dieser Politik Ansätze finden lassen, die sich für die Entfaltung der Friedensbewegung und allgemein des antiimperialistischen Kamfpes nutzen lassen.

Kritik am Reagan-Kurs

Horst Ehmke hat schon Anfang 1984 ein Papier unter dem Titel „Überlegungen zur Selbstbehauptung Europas" vorgelegt, das von der Unterschiedlichkeit der Interessen Westeuropas und der USA ausgeht und das diese Interessengegensätze sowie die Kritik an der gegenwärtigen US-Politik aus der Sicht der SPD-Führung zusammenfaßt.

Ehmke geht aus von einem „paradoxen Bild", das die gegenwärtige internationale Lage biete: Die wirtschaftliche Bedeutung Westeuropas habe in den letzten Jahrzehnten ständig zugenommen, ebenso sein Anteil an den Aufwendungen der NATO (also seine militärische Stärke); angesichts der wachsenden Konfrontation der Supermächte jedoch habe sich der Einfluß Westeuropas auf die Weltpolitik und auch der politische Spielraum gegenüber den USA ständig verringert.

Im einzelnen beschreibt Ehmke den Dissens zu den gegenwärtigen Strategien des US-Imperialismus so:

- Die USA sind zur Politik der Stärke und der militärischen Überlegenheit zurückgekehrt und wollen „wieder zur Weltmacht Nr. 1" werden.
- Die Westeuropäer „wollen sich nicht zu einem Instrument amerikanischer Weltpolitik machen lassen." Das Streben der USA nach Überlegenheit ist eine Quelle neuen Wettrüstens: Die amerikanischen Kriegsführungsstrategien sind ein „unverantwortliches Spiel mit dem Feuer" und gefhrden den „sicherheitspolitischen Grundkonsens" in Westeuropa.
- Die US-Politik der Konfrontation gegenüber der Sowjetunion zementiert nur die „Spaltung Europas" und schweißt den RGW enger um die sowjetische Führung zusammen, statt dort Loslösungsprozesse von dieser Führung zu fördern.
- Die USA sabotieren mit ihrer Sanktionspolitik die ökonomischen und politischen Beziehungen Westeuropas zum RGW; diese Beziehungen sind aber die „einzig realistische Möglichkeit", die Teilung Europas schrittweise zu überwinden.
- Die USA setzen auch gegenüber der Dritten Welt auf Konfrontation statt auf Zusammenarbeit, indem sie die Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt ausschließlich im Rahmen des Ost-West-Konflikts interpretieren.
- Die USA treiben durch ihr von riesigen Rüstungsprogrammen verursachtes Haushaltsdefizit die Zinsen hoch, ziehen dringend für Investitionen gebrauchtes Kapital dadurch aus Westeuropa ab und zwingen auch die westeuropäischen Länder zu einer wachstumshemmenden Hochzinspolitik.
- Die USA behindern durch immer massivere protektionistische Maßnahmen die Importe aus Europa; durch ihre Selbstbeschränkungsabkommen mit Japan verstärken sie darüber hinaus „den ohnehin schon fast angriffsmäßig vorgetragenen Exportdruck Japans auf die EG."
- Die USA entwickeln moderne Technologien militärisch und schränken dann den Technologie-Transfer drastisch ein. Damit erhöht sich die Gefahr eines weiteren Zurückbleibens Westeuropas gerade auf dem Gebiet der Schlüsseltechnologien, und so die Gefahr einer zunehmenden Konkurrenzfähigkeit der EG auf dem Weltmarkt.

Gegenoffensive des EG-Imperialismus

Aus diesen von Ehmke formulierten Punkten der Kritik am gegenwärtigen Kurs der USA ergibt sich insgesamt kein „paradoxes Bild", sondern eher ein Bild der Normalität imperialistischer (Konkurrenz-) Beziehungen. Die USA haben in den sechziger und siebziger Jahren mit dem Aufstieg der EG und Japans ihre frühere hegemoniale Stellung verloren. Die Rückkehr zur Politik der Stärke seit dem Ende der siebziger Jahre, die seitdem eingeschlagene Politik der Hochrüstung und der Konfrontation richtet sich durchaus nicht nur gegen die Sowjetunion und gegen antiimperialistische Tendenzen in der Dritten Welt; sie zielt — völlig im Rahmen der imperialistischen Logik — auch auf eine Schwächung der wichtigsten Weltmarktkonkurrenten, indem sie die Positionsverluste der USA innerhalb des imperialistischen Kräftedreiecks USA—EG—Japan wieder wettmachen will.

Zweifellos stellen heute die USA nicht nur das mächtigste, sondern auch das aggressivste und gefährlichste Element im westlichen imperialistischen Lager dar, geht von ihrer neuen Hegemonialpolitik die größte Gefährdung des relativen Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts in der Welt aus. Wenn sich nun die SPD gegenüber dieser Politik deutlich abgrenzt und wenn sie den Widerstand gegen diese Politik in Westeuropa organisieren will, muß gefragt werden, auf der Basis welcher Interessen sie die Auseinandersetzung mit dem US-Imperialismus sucht.

Einen ersten Aufschluß darüber gibt die von Glotz formulierte Alternative in den westeuropäisch-amerikanischen Beziehungen. Danach nämlich steht zunächst einmal das Bündnis mit den USA prinzipiell außerhalb jeder Diskussion; es geht demnach nur noch darum, *welchen Rang* die Westeuropäer in diesem Bündnis einnehmen: „Partner oder Vasallen". Genauso sehen es auch andere SPD-Führer wie Ehmke oder Rau. „Europa muß endlich als fester Pfeiler einer atlantischen

Fortsetzung auf Seite II

*Literaturangaben auf Seite IV

Fortsetzung von Seite I

Brücke sein, außen- und sicherheitspolitisches Gewicht in das westliche Bündnis und in die Bündnispolitik einbringen." (Rau, S. 5)

Die SPD will sich also nicht vom US—Imperialismus, der mit seiner gegenwärtigen Politik mehr denn je zu einer Gefahr für das Überleben der Menschheit geworden ist, abkoppeln; sie will nur die Gewichte innerhalb des Bündnisses (und damit auch der Komplizenschaft) mit dem US-Imperialismus anders — zugunsten der EG — verteilen. Oder mit den Worten Ehmkes: „Erforderlich ist die Entwicklung eines Konzepts, das über eine Reform der EG, eine entschiedene Wahrnehmung der eigenen weltwirtschaftlichen Interessen und eine selbstbewußte Rolle im westlichen Bündnis die Stellung Westeuropas in der Welt zu stärken sucht." (Ehmke, S. 3)

Es geht also letztlich um ein neues Abstecken der Claims im Rahmen der imperialistischen Weltherrschaft und damit auch um die Machtverteilung im Kräftedreieck USA-EG-Japan. Wenn die westeuropäischen Imperialisten ihre „weltwirtschaftlichen Interessen" verteidigen und weiter ausbauen wollen, dürfen sie vor der amerikanischen Offensive nicht zurückweichen, sondern sie müssen den Gegenangriff organisieren. Das ist aber nur möglich, wenn die Interessengegensätze innerhalb der EG entschärft werden und wenn die Koordination und Integration der unterschiedlichen imperialistischen Interessen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft rasche und substantielle Fortschritte macht. Auf der Basis solcher Überlegungen hat die Europapolitik für die gegenwärtigen außenpolitischen Konzeptionen der SPD absolute Priorität erlangt. Die entsprechenden strategischen Entwürfe, wie sie vor allem von Glotz und Ehmke ausgearbeitet wurden, sind somit in erster Linie Angebote an das BRD- (und EG-) Kapital, sich auf der von SPD-Führung vorgeschlagenen Linie zur Gegenoffensive zu formieren.

Beschleunigung der westeuropäischen Integration

Der zentrale Ansatz dieser Entwürfe besteht in dem Versuch, die als entscheidendes Hemmnis in der Weltmarktkonkurrenz begriffene Zersplitterung des westeuropäischen Wirtschaftsraums aufzuheben. „Die schlichte Frage, was die Vereinigten Staaten von Amerika denn wirtschaftlich so stark macht, nämlich der große Binnenmarkt und die einheitliche Währung, zeigt den Weg, den auch Europa gehen muß." (Roth, S. 172)

Deshalb wird eine wesentliche Beschleunigung des westeuropäischen Integrationsprozesses gefordert. Die SPD setzt sich nachdrücklich dafür ein, den EG-Binnenmarkt bis 1992 durchzusetzen und den ECU zu einer gemeinsamen europäischen Währung zu machen, mit der die internationale Stellung des US-Dollars geschwächt und ein größerer Einfluß auf die Weltwährungsbeziehungen erreicht werden könnte. Ein solcher Prozeß der verstärkten wirtschaftlichen Integration ist natürlich nur möglich, wenn er entsprechend politisch abgesichert ist und vorangetrieben werden kann. Demzufolge verlangt die SPD eine Einschränkung der nationalen Souveränitätsrechte zugunsten der EG-Behörden durch die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips, die Angleichung der Befugnisse des Europäischen Parlaments an die der nationalen Parlamente, die Aufstockung des EG-Haushalts und das Recht der EG auf das Erheben eigener Steuern, die Entwicklung gemeinsamer Politiken beispielsweise auch auf dem Gebiet der „äußeren Sicherheit" usw.

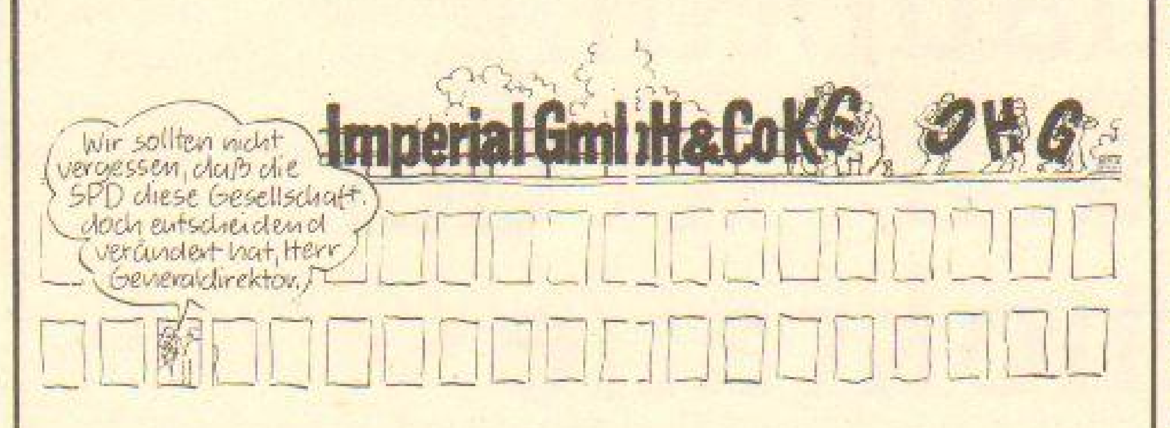
Eine Schlüsselstellung nimmt in dieser Konzeption die Strukturpolitik ein. Die mit erweiterter Kompetenz ausgestatteten EG-Behörden sollen die bei ihnen konzentrierten finanziellen Mittel vor allem dafür verwenden, um durch Subventionierung der Wachstumskapitale den Modernisierungsprozeß in der westeuropäischen Industrie zu beschleunigen. Ehmke fordert in diesem Zusammenhang: „Eine weitschauende europäische Industriestruktur-Politik muß dem Subventionswettbewerb zur Erhaltung schrumpfender Industriebranchen ein Ende setzen und im Bereich moderner Technologien leistungsfähige Unternehmens-Einheiten schaffen, die im Wettbewerb mit Japan und den USA bestehen können." (Ehmke, S. 19)

„Antagonistische Kooperation"

Es fragt sich nun, was das spezifisch sozialdemokratische an diesem Projekt einer Stärkung der westeuropäischen Wachstumskapitale in ihrer Weltmarktkonkurrenz und einer Förderung der Expansion des EG-Imperialismus sein soll. Peter Glotz antwortet darauf mit der Forderung, Europa müsse zur Wirtschaftsdemokratie entwickelt werden. Allerdings nicht nach der „klassischen linken Formel", die auf tiefgreifende Veränderungen in den Eigentums- und Machtstrukturen der Wirtschaft abziele. „Statt dessen empfiehlt sich eine Strategie der antagonistischen Kooperation, die natürlich den Charakter des ‚Stellungskriegs' (Antonio Gramsci) behält: Förderung des fungierenden Kapitals und der kleinen Form, öffentliche Auflagen für die Geldkapitalakkumulation (auf europäischer Ebene), langfristige Korrekturen der Eigentumsentwicklung." (Glotz, S. 87f)

Sieht man sich die von Glotz in diesem Zusammenhang vorgeschlagenen Maßnahmen an (Befreiung des Kapitals „von bürokratischen Fesseln", Förderung von Unternehmensneugründungen usw.), wird deutlich, daß der harte Kern seines Konzepts der „Wirtschaftsdemokratie" in der staatlichen Unterstützung des fungierenden Kapitals besteht. Irgendein Nutzen für die Werktätigen ist jedenfalls daraus nicht abzulesen, zumal der Hinweisauf die „langfristigen Korrekturen der Eigentumsentwicklung" sich entpuppt als Konzept einer Beteiligung der „Arbeitnehmer" an Produktivvermögen — was nun wahrlich nichts mit einer Demokratisierung der ökonomischen Sphäre zu tun hat, sondern nur eine Methode ist, Lohnbestandteile für die Kapitalakkumulation verfügbar zu machen (und darüber hinaus Arbeiter und Angestellte an das Interesse „ihres" Unternehmens zu ketten).

Insofern ist natürlich auch die aparte Begriffsbildung von der „antagonistischen Kooperation" zwischen Kapital und Arbeit nur eine Umschreibung für den Sozialpakt mit dem Kapital, wie er von der SPD-Führung auch auf nationaler Ebene angestrebt wird (siehe „zum thema" RM 11/86). Das gleiche gilt für den Hinweis auf Gramsci. Natürlich will Glotz nicht den „Stellungskrieg" gegen das Kapital organisieren, sondern gerade umgekehrt erreichen, daß die westeuropäische Arbeiterklasse die Förderung der Konkurrenzfähigkeit des EG-Kapitals zu ihrer eigenen Sache macht und sich den



Expansionsinteressen dieses Kapitals unterordnet — in der Hoffnung, daß dabei auch für sie das eine oder andere abfallen möge. (Aber Glotz, der wie kein anderer SPD-Führer um die Macht der Worte und Begriffe im Kampf um die Sozialdemokratisierung der BRD- und EG-Linken weiß, hat es immerhin erreicht, daß sein „Manifest" heute im Funktionärskörper der KPI populärer ist als das „Manifest" von Marx und Engels.)

Tatsächlich also will die SPD-Führung einen „Stellungskrieg" der Arbeiterklasse (etwa in der Form des IGM-Streiks für die 35-Stunden-Woche) vermeiden. Und ihr Angebot an das Kapital besteht ja nicht zuletzt darin, zu betonen, nur die westeuropäische Sozialdemokratie sei (im Gegensatz zu den Neokonservativen) in der Lage, solche sinnlosen Klassenauseinandersetzungen zu verhindern und alle Kräfte auf die Unterstützung der Weltmarkt-Expansion des EG-Kapitals zu konzentrieren.

Freie Bahn dem BRD-Kapital

Die Konzeptionen zur „Selbstbehauptung Europas" bilden zwar — vor allem wegen ihres hohen Stellenwerts im Rahmen der Außenpolitik und wegen ihrer antiamerikanischen Akzente — ein neues Element in der SPD-Programmatik; nichtsdestoweniger sind die einzelnen Forderungen, die hinsichtlich der Beschleunigung des westeuropäischen Integrationsprozesses erhoben werden, keineswegs neu: Sie gehören vielmehr im wesentlichen zum Programm-Repertoire vieler bürgerlicher Parteien in der EG.Um so erstaunlicher ist es, daß weder Glotz noch Ehmke die Frage anschneiden, warum trotz der vielstimmigen verbalen Bekundungen zur „europäischen Einheit" der Integrationsprozeß tatsächlich kaum von der Stelle kommt und strukturelle Probleme — wie beispielsweise die permanente Krise des Agrarmarkts — auch nicht ansatzweise gelöst werden können. Diese Lähmung ist die Folge der Existenz einer Vielzahl von divergierenden und oft gegeneinander stehenden nationalen Sonderinteressen innerhalb der EG, die hier nicht im einzelnen dargestellt werden können.

Auf einen zentralen Konflikt muß allerdings hingewiesen werden. Das Projekt eines einheitlichen Binnenmarktes und einer gemeinsamen Währung in der EG, für das sich die SPD-Führung stark macht, kann sich keineswegs auf das gemeinsame Interesse aller westeuropäischen Kapitals berufen. Es begünstigt vielmehr — wie sogar im Gegensatz zu Glotz und Ehmke der Entwurf des SPD-Vorstands für ein Wirtschaftsprogramm feststellt — einseitig die wirtschaftlich stärkeren Länder der EG. Oder, genauer gesagt, (was auch im Programmentwurf nicht erwähnt wird): dieses Projekt begünstigt in allererster Linie den BRD-Imperialismus, indem es die letzten nationalen Schranken beseitigt, die heute noch verhindern, daß das BRD-Kapital seine Überlegenheit ungehemmt ausspielen kann, um die schwächeren Länder in der EG auszusaugen.

Begreiflich also, daß gerade diese Länder kaum ein Interesse an einem Projekt haben können, welches sie dem jetzt schon stark dominierenden BRD-Imperialismus wirtschaftlich noch weiter unterwerfen würde. Während sich Glotz und Ehmke zu diesem Problem vollends ausschweigen, spricht der Programmentwurf immerhin von notwendigen Ausgleichszahlungen für die schwächeren Länder. Diese Zahlungen müßten allerdings, um den Widerstand gegen das Projekt einheitlicher Markt- und Währungsstrukturen zu brechen, gewaltig sein.

Wer sie finanzieren soll, wird auch im Wirtschaftsprogramm nicht gesagt. Daß die SPD die BRD-Exportindustrie, den größten Profiteur einer „Selbstbehauptung Europas" nach sozialdemokratischer Art, zur Kasse bitten könnte, scheint ausgeschlossen. Es bliebe für die Finanzierung entsprechender Ausgleichszahlungen nur wieder der Rückgriff auf eine drastisch vermehrte steuerliche Belastung der Werktätigen, die dann nicht nur die Modernisierung zwecks „Selbstbehauptung" des Kapitals gegen die amerikanisch-japanische Weltmarkt-Konkurrenz, sondern auch die weitere Expansion des BRD-Imperialismus innerhalb der EG zu finanzieren hätten.

Durch Anerkennung des Status quo zur Änderung des Status quo

Die „neue Ostpolitik" der SPD

Das SPD-Projekt der „Selbstbehauptung Europas" zielt nicht nur auf eine Beschleunigung des Integrationsprozesses innerhalb der EG; es greift vielmehr auf den gesamten Kontinent aus — also auch auf den Osten. „Europa wird nur dann eine selbstbewußte Rolle spielen können, wenn es eine neue Partnerschaft von West- und Osteuropa zustande bringt." (Glotz, S. 24)

Gerade die Versuche, eine solche „Partnerschaft" aufzubauen, werden jedoch von der neuen amerikanischen Hegemonialpolitik massiv sabotiert. Die USA versuchen immer mehr, auch die westeuropäischen NATO-Länder auf einen aggressiven Kurs gegenüber der Sowjetunion und dem RGW festzulegen, der gekennzeichnet ist durch militärisch-politische Konfrontation und ökonomische Destabilisierung („Totrüsten", Boykottmaßnahmen, Ausschluß des RGW von Technologietransfer usw.)

Die SPD-Führung setzt sich von diesem Kurs der USA deutlich ab. Interessant dabei ist die Stoßrichtung ihrer Kritik an den US-Strategien. So stellt beispielsweise Ehmke heraus: Die amerikanische Politik der Konfrontation „zementiert auch die durch Hitler-Krieg und Jalta in Europa geschaffenen Verhältnisse. Mit wirtschaftlichen Sanktionen wie mit Wettrüsten wird man den Kommunismus nicht schwächen, sondern nur die Völker dichter an die Seite ihrer kommunistischen Führungen drücken." (Ehmke, S. 13)

Auch die SPD-Führung setzt also auf eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Osteuropa und auf die Schwächung der „kommunistischen Führungen"; nur sei dazu die amerikanische Strategie ein völlig untaugliches Mittel, weil sie geradezu gegenteilige Effekte bewirke. Hier wird bereits deutlich, daß die heutige SPD mit ihren aktuellen Parolen wie „Sicherheitspartnerschaft" oder „neue Ostpolitik" nahtlos an ihre strategischen Konzepte der sechziger und siebziger Jahre anknüpft, für die Egon Bahr seinerzeit die treffende Formel „Wandel durch Annäherung" geprägt hatte.

Im Jargon von Peter Glotz heißt das heute so: „Nur die vorbehaltlose Anerkennung des Status quo schafft die Voraussetzung für eine allmählich Änderung des Status quo, die niemals zum Status quo ante führen kann." (Glotz, S. 65) Das soll damals wie heute heißen: Eine „Politik der Stärke" gegenüber der Sowjetunion ist illusorisch, weil diese sich dadurch nicht in die Knie zwingen läßt. Nur wenn der westliche Imperialismus seinen militärisch/politischen Druck auf die SU lockert und die Realität der gesellschaftlichen Verhältnisse in Osteuropa (vorerst!) anerkennt, hat er eine reale Chance, eben diese Verhältnisse zu beeinflussen und schrittweise zu ändern.

Das ist die langfristige Orientierung der „neuen Ostpolitik", wie sie in den letzten Jahren in den Reihen der SPD-Führung konzipiert wurde. Was die Inhalte der angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen in Osteuropa betrifft, sehen Glotz und Ehmke mittelfristig vor allem zwei

Felder, auf denen sich innerhalb des RGW Wandlungen vollziehen könnten.

Zum einen setzen sie auf Spannungen und Konflikte im Verhältnis der SU zu den von ihr dominierten Ländern. Glotz sieht hier eine neue Entwicklung insofern, als viele osteuropäische Länder an politischem Eigengewicht gegenüber Moskau gewonnen hätten und führt als Beispiel die deutsch-deutschen Beziehungen an. Vor allem aber sei sowohl in den west- wie auch in den osteuropäischen Gesellschaften „eine neue Form kultureller Selbstbehauptung (entstanden), bis hin zur aggressiven Abgrenzung von der ‚eigenen Supermacht' ... Es gilt, diese unbewußte Tendenz zu einer bewußten Politik umzuformen." (Glotz, S. 24) Während Reagans Konfrontationskurs den osteuropäischen Staaten „im sowjetischen Pferch" jede Bewegungsfreiheit nehme, wird die Strategie der SPD als geeigneter Hebel verstanden, um (durch Abbau des Drucks auf die SU) die angesprochenen Tendenzen zu fördern und den durch die Sowjetunion gewaltsam hergestellten Zusammenhang des RGW zu lockern.

Bei Betrachtung des zweiten Feldes, in dem die SPD Möglichkeiten von Veränderungen im RGW sieht, wird der Zweck dieser Orientierung auf eine Erosion im sowjetischen Block deutlich. Es geht hier um die wirtschaftlichen Beziehungen. Reagan will mit seinem Kurs der militärischen Erpressung und ökonomischen Destabilisierung den Zusammenbruch des „Reichs des Bösen" forcieren. Gleichzeitig soll damit unter anderem auch der westeuropäische und insbesondere der BRD-Osthandel getroffen werden, der sich als Element größerer Unabhängigkeit der EG von den USA erwiesen hat. Das amerikanische SDI-Projekt zielt auch in diese Richtung: Es würde den Technologie-Transfer aus der EG in den RGW noch weiter einschränken.

Demgegenüber beruft sich die SPD auf das von McNamara, Schmidt, Kreisky u.a. verfaßte Aspen-Memorandum, in dem festgestellt wird: Zu einer wirklichen Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem RGW könne es erst kommen, „wenn der Osten seine Wirtschaft modernisiert und sich auf Währungsgepflogenheiten einstellt, wie sie unter Industrienationen üblich sind. Voraussetzung für eine solche industrielle Modernisierung ist Spitzentechnologie. Der Westen sollte bereit sein, in diesem Punkt Hilfe zu bieten." (Glotz, S. 80)

Die SPD orientiert also nicht auf ökonomische Destabilisierung und wirtschaftlichen Zusammenbruch, sondern auf die forcierte Modernisierung des RGW mit Hilfe von westeuropäischen Technologien, weil nur so in Osteuropa ein Markt entstehen kann, der den Expansionsansprüchen des EG-Kapitals genügt. Der Entwurf des Wirtschaftsprogramms der SPD spricht sich in diesem Zusammenhang für verstärkte Direktinvestitionen des BRD- und EG-Kapitals im RGW aus, sowie für stärkere „industrielle Kooperation von östlichen und westlichen Unternehmen auf Drittmärkten." (Wirtschaftsprogramm, S. 112) Glotz fordert den vollständigen Beitritt der RGW-Länder zur Weltbank, zu IWF und GATT sowie die volle Konvertibilität der RGW-Währungen. Ehmke will den RGW in ein neues Weltwirtschaftssystem integrieren, das vor allem durch eine dem Dollar gleichrangige Stellung des westeuropäischen ECU gekennzeichnet sein soll usw.

Insgesamt zielt die Komponente der „neuen Ostpolitik" im SPD-Projekt der „Selbstbehauptung Europas" also darauf ab, den RGW verstärkt für westeuropäische Kapital- und Warenexporte zu öffnen und letztlich in eine weltweite Freihandelszone zu integrieren. Dabei wird zum einen die qualitative Veränderung der Ost-West-Beziehungen gemäß dieser Orientierung als wichtiger Ansatz gesehen, um die Positionen eines immer mehr gesamteuropäisch agierenden EG-Imperialismus gegenüber den USA zu stärken. Zum anderen soll die oben angesprochene Erosion im sowjetischen Block den Widerstand gegen das verstärkte Eindringen des westeuropäischen Kapitals in den RGW (und den damit verbundenen Zuwachs an politischem Einfluß) schwächen, die Hegemonie der Sowjetunion in Osteuropa untergraben und somit langfristig den Weg zu einer Überwindung der „Teilung Europas" durch Unterwerfung des ganzen kontinents unter das Kommando der EG-Monopole zu öffnen.

Partnerschaft statt Kanonenbootpolitik?

SPD-Strategien gegenüber der Dritten Welt

Die gleiche Argumentationslinie, wie sie in der Kritik am Konfrontationskurs der USA gegenüber der SU und dem sowjetischen Block entwickelt wird, findet sich auch in der Abgrenzung gegenüber der amerikanischen Politik in bezug auf die Dritte Welt. Hier wird den USA von Seiten der SPD insbesondere angekreidet, daß sie alle Konflikte mit und in der Dritten Welt über den Leisten des Ost-West-Gegensatzes schlagen, also alle Emanzipationsbestrebungen in den „Entwicklungsländern" als Ausdruck sowjetischer Machtpolitik interpretieren und bekämpfen.

Nach Meinung der SPD ist es aber „anachronistisch und dysfunktional", wenn die USA überall in der Welt Diktaturen nur deshalb unterstützen, weil sie antikommunistisch sind. „Gerade die Unterdrückung authentischer nationaler und sozialrevolutionärer Befreiungsbewegungen ist es, die der anderen Supermacht oft erst die Penetrationsmöglichkeiten verschafft, während ihre Unterstützung dem Westen die Chance bietet, diese Länder langfristig als überzeugte Partner zu gewinnen." (Timmermann, S. 246)

Es geht hier also nicht um die Verteidigung der gerechten Zielsetzungen antiimperialistischer Befreiungsbewegungen, sondern umgekehrt um Überlegungen, welche Haltung gegenüber diesen Bewegungen für den (EG-) Imperialismus am nützlichsten ist. Und dabei setzt die SPD in erster Linie nicht — wie die gegenwärtige US-Administration — auf die Mittel militärischer und politischer Gewalt (bewaffnete Interventionen, bedingungslose Unterstützung reaktionär/faschistischer Regimes usw.), sondern auf „Partnerschaft", sprich: Herrschaft über die Dritte Welt mittels des „friedlichen" ökonomischen Zwangs.

„Gesunde Entwicklung" des BRD-Außenhandels

Wie diese „Partnerschaft" aussehen soll, wird exemplarisch deutlich an den Überlegungen von Rappe/Steinkühler zur Programmdiskussion der SPD. Dort heißt es: „Faire Handelsbedingungen, Hilfe bei der Entwicklung der Länder der Dritten Welt, aber auch der offene und ungehinderte Waren- und Kapitalverkehr sind auf längere Sicht Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung des eigenen Außenhandels." Die Betonung liegt dabei auf dem „ungehinderten Waren- und Kapitalverkehr"; denn ist der einmal gewährleistet, kann das BRD-Kapital seine ökonomische Überlegenheit voll zur Geltung bringen, ungehemmt seine Direktinvestitionen tätigen und die Unternehmen der Drittweltländer in Grund und Boden konkurrieren. Alles was sonst noch gesagt wird über „Hilfe" und „faire Handelsbeziehungen" ist demgegenüber nur ideologischer Schnickschnack; wesentlich ist, daß sich der „eigene Außenhandel" gesundstoßen kann: freie Bahn für die Expansion des BRD-Kapitals.

Auf der gleichen Linie liegt die Einschätzung von Rappe/Steinkühler, wonach die internationalen Institutionen wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) sich im Sinne von „fairen" Beziehungen zwischen Nord und Süd bewährt hätten. Gerade diese Einschätzung macht den Standort ihrer Autoren noch deutlicher. Bewährt hat sich etwa der IWF durchaus für die imperialistischen Mächte als Instrument der ökonomischen Erpressung von Ländern der Dritten Welt, indem er die Vergabe von dringend benötigten Krediten an Maßnahmen gebunden hat, die insgesamt auf den Abbau von Hemmnissen für den „freien" Kapital- und Warenexport in die betroffenen Drittweltländer gerichtet waren. Die andere Seite der „bewährten" Auflagen des IWF für kreditsuchende Länder sind bekanntlich die berüchtigten „Stabilitätsprogramme", zu denen diese Länder im Interesse der imperialistischen Monopole an einem guten „Investitionsklima" gezwungen werden: Privatisierung staatlicher Wirtschaftssektoren, radikaler Abbau der Beschäftigung im öffentlichen Dienst, drastische Lohnsenkungen, Streichung der Subventionierung von Grundnahrungsmitteln usw. Für Millionen von Menschen in der Dritten Welt haben diese Programme den Abstieg von der Armut in die absolute Verelendung gebracht.

Es ist bemerkenswert, daß ausgerechnet die Gewerkschaftsführer in der SPD-Spitze auch nach den Hungerrevolten, die in den letzten Jahren die verelendeten Massen in vielen Ländern gegen die IWF-Politik auf die Straße getrieben haben, die Politik skrupellos und offensiv verteidigen. Da ist sogar der Entwurf des Parteivorstands für ein Wirtschaftsprogramm der SPD noch vorsichtiger. Dort werden immerhin stärkere „Mitspracherechte" der Drittweltländer im IWF gefordert. Aber auch eine solche Mitsprache ist real kein Zugeständnis; sie wird an der Politik des IWF nichts ändern können, solange dort die tatsächliche Entscheidungsmacht ausschließlich in den Händen der imperialistischen Mächte bleibt — und daran wollen schließlich auch die Autoren des Programmentwurfs nichts ändern.

Verschuldungskrise der Dritten Welt

Nichts geändert werden soll schließlich auch an der Verschuldungsproblematik, die gegenwärtig viele Länder der Dritten Welt buchstäblich zu Tode stranguliert. Glotz zieht sich hier so aus der Affäre: „Die einzelnen europäischen Industriestaaten sind unfähig, diesen Prozeß zu beeinflussen." (Glotz, S. 58) Die Verschuldungskrise wird einfach zur Sache der US-Banken gemacht. Sicherlich sind diese Banken die Hauptprofiteure bei der Ausblutung der Dritten Welt. Daß aber gerade auch die Monopolbanken der BRD an prominenter Stelle die Hebel im Schuldenkarrussel mitbedienen, wird von der SPD-Führung entweder völlig ignoriert, oder man beläßt es bei unverbindlichen Appellen an die Banken, es doch (im eigenen Interesse!) nicht gar zu toll zu treiben.

Jedes wirtschaftliche Konzept in einem der imperialistischen Hauptländer, das heute auch nur den Anschein eines Reformprogramms beanspruchen könnte, müßte an vorrangiger Stelle eindeutige staatliche Maßnahmen gegenüber den Banken für eine Entschuldung der Dritten Welt behandeln. Danach wird man in der SPD-Programmatik allerdings vergebens suchen. Hier hält man sich an die „bewährten" Mechanismen der neokolonialen Ausplünderung.

Und der Entwurf für das Wirtschaftsprogramm fordert eben nicht den Verzicht der Banken auf das Eintreiben ihrer Kredite, sondern umgekehrt von den Schuldnerländern „erhebliche Eigenanstrengungen" und „mehr monetarische und finanzpolitische Disziplin." (Wirtschaftsprogramm, S. 101) Noch mehr Disziplin bei der Bedienung der Kredite, noch mehr Zerstörung des nationalen Wirtschaftspotentials und der nationalen Ernährungsgrundlage, noch mehr Verelendung und Hungertod, damit nur die Deutsche Bank ihre Kredite nicht abschreiben muß. Da ist es dann der pure Zynismus, wenn Glotz scheinheilig fragt: „Es ist ja richtig, daß viele Menschen den Hungertod sterben. Wo aber sterben sie ihn denn auf Grund der Interessen des europäischen Kapitals?" (Albers, S. 467)

Friedlicher EG-Imperialismus

Die SPD-Führung stellt sich — wie erwähnt — gegen die gegenwärtige Dritte-Welt-Politik der USA und setzt statt dessen hauptsächlich auf den ökonomischen Zwang, dessen Auswirkungen allerdings, wie oben dargestellt, genauso mörderisch sind. Bemerkenswert ist hier die Tatsache, daß große Teile der SPD-Linken diese unterschiedlichen Ansätze imperialistischer Politik zu *prinzipiellen* Alternativen hochstilisieren, womit dann die außenpolitischen Konzeptionen der Parteiführung der Schein einer antiimperialistischen Politik gewinnen.

So stellt etwa H. Wieczorek-Zeul die These auf, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen den USA und Westeuropa darin bestünde, daß Westeuropa sich seine Rohstoffe (über die es nicht auf eigenem Territorium verfügt) über „Handelszusammenarbeit" mit dem RGW und mit der Dritten Welt sichern müsse. „Dieses stärkere Kooperationsinteresse macht friedlich." (Wieczorek-Zeul, S. 58) Dementsprechend ist auch der Widerstand der Parteilinken gegen das Konzept der „Selbstbehauptung Europas" und der damit verbundenen Offensive des EG-Kapitals entweder gar nicht vorhanden oder nur ganz schwach ausgebildet.

Aber man kann zum einen selbst eine imperialistische Politik, die sich ausschließlich der Methoden einer „Partnerschaft" im oben dargestellten Sinne bedient (dabei aber den millionenfachen Hungertod kalt in Kauf nimmt), wohl kaum als „friedlich" beurteilen. Zum anderen ist natürlich auch die SPD-Führung nicht bereit, bei der Durchsetzung der „Kooperationsinteressen" des BRD- und EG-Kapitals vollständig auf Mittel der militärischen Gewaltanwendung zu verzichten.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Bewertung der koordinierten amerikanisch/französischen Mitlitärintervention im Tschad zur Stützung des (vom CIA an die Macht gebrachten) Habre-Regimes durch Horst Ehmke, den außenpolitischen Sprecher des SPD-Vorstands. Ehmke kritisiert nicht etwa die militärische Aggression an sich, sondern nur die Tatsache, daß Frankreich seine Aktion nicht im westeuropäischen Rahmen (also auch nicht mit dem BRD-Imperialismus) abgestimmt hatte. Und weiter: „Frankreich und Großbritannien sollten das (die Forderung nach Abstimmung mit der BRD — RM) nicht nur als Beschränkung historisch gewachsener Verantwortung außerhalb Europas ansehen. Denn auch ihre Politik könnte in einem solchen Fall durch einen westeuropäischen Konsens nur gestärkt werden." (Ehmke, S. 14)

Fortsetzung auf Seite IV

Fortsetzung von Seite III

Die Tatsache, daß der britische und französische Imperialismus in seinen früheren oder noch betehenden Kolonien (Westafrika, Malvinen usw.) nach Belieben auch durch brutale militärische Gewaltanwendung haust, wird hier elegant als „historisch gewachsende Verantwortung" umschrieben und nicht im geringsten kritisiert. Nur sollte doch bitteschön (statt des US-Imperialismus wie im Tschad) der BRD-Imperialismus stärker in diese „Verantwortung" einbezogen werden. Das würde schließlich die neokolonialistischen Positionen des EG-Kapitals insgesamt stärken.

Daß sich von einer solchen Haltung aus auch kein effektiver Widerstand gegen den militärischen Amoklauf der Reagan-Regierung entwickeln läßt, zeigte sich kürzlich beispielsweise an der Reaktion der SPD auf die amerikanischen Terrorangriffe gegen Libyen. Auch hier wurde im wesentlichen nur die *Zweckmäßigkeit* des Vorgehens der USA gegen ein Störpotential bei der imperialistischen Kontrolle des Nahen Ostens kritisiert.

Widersprüchliches Verhältnis zu den USA

Es wird in diesem Zusammenhang aber auch ein prinzipielles Dilemma in den außenpolitischen Konzeptionen der SPD-Führung sichtbar. Auf der einen Seite ist man der Überzeugung, daß ein Konfrontationskurs gegenüber der Dritten Welt (und auch dem RGW) schlecht fürs Geschäft der EG-Monopole ist. Zudem bietet die von der SPD bevorzugte „friedliche" Orientierung der äußeren Beziehungen (einschließlich sogar der begrenzten Unterstützung von Befreiungsbewegungen) die Möglichkeit, sowohl den Einfluß der Sowjetunion in der Dritten Welt zu begrenzen als auch die Positionen des EG-Imperialismus auf Kosten der USA auszubauen.

Auf der anderen Seite aber beinhalten die sprunghaft anwachsenden sozialen Spannungen in der Dritten Welt auch die Tendenz, daß sich einzelne Länder teilweise oder ganz aus der „Partnerschaft" mit dem Imperialismus lösen. Um solche Tendenzen notfalls gewaltsam abwehren zu können, will auch die SPD letztlich nicht auf die Allianz mit der amerikanischen Supermacht verzichten, die (im Gegensatz zum BRD-Imperialismus) in der Lage ist, jederzeit und in jeder Region der Welt militärisch zu intervenieren.

Diese Widersprüchlichkeit kennzeichnet im übrigen die gesamte außenpolitische Strategie der SPD. Sie zielt darauf ab, dem US-Imperialismus in der Weltmarktkonkurrenz offensiv entgegenzutreten. Sie will die Konfrontation in den Ost-West- und in den Nord-Süd-Beziehungen abbauen, weil ihr „Entspannung" als der günstigste Rahmen für die Expansion des westeuropäischen und BRD-Kapitals erscheint. Gleichzeitig aber soll diese Expansion unter dem „Schirm" des US-Imperialismus vorangetrieben werden; das gewaltige nukleare und konventionelle Militärpotential der USA erscheint in dieser Strategie — eben wegen seiner Fähigkeit, sowohl die Sowjetunion wie auch revolutionäre Befreiungsbewegungen niederzuhalten — als unverzichtbare Bedingung einer weiteren Machtentfaltung des BRD-Imperialismus.

Dementsprechen bildet das Bündnis mit den USA den harten Kern auch der sozialdemokratischen Außenpolitik. Wenn dieses Bündnis von SPD-Führern zur „Wertegemeinschaft" hochstilisiert wird, verweist das auf die Tatsache, daß ungeachtet aller innerimperialistischen Widersprüche ein Fonds gemeinsamer und damit auch gemeinsam zu verfolgender Interessen existiert, die sich auf „Werte" berufen können wie Freiheit (für das Kapital!) und die letztlich auch Konterrevolution, Mord und Totschlag einschließen, wo immer diese Freiheit bedroht ist.

Neuer außenpolitischer Grundkonsens?

Bei diesem grundsätzlichen Bekenntnis zur „Wertegemeinschaft" des Imperialismus sind Unterschiede zur Politik der Unionsparteien allerdings nicht zu übersehen. Wenn die SPD heute eine dezidiert „europäische" Variante in den Außenbeziehungen der BRD vertritt (gegenüber der stramm „atlantischen" Orientierung zumindest des Stahlhelm-Flügels in der Union), dann trägt sie zu einer Verschärfung der westeuropäisch/amerikanischen Interessengegensätze bei, befördert sie die zentrifugalen Tendenzen im Bündnis und mindert somit in gewisser Weise dessen Handlungsunfähigkeit, was gegenwärtig vor allem auf eine Schwächung der Dominanz des US-Imperialismus und seiner Konfrontationsstrategie innerhalb des Bündnisses hinausläuft.

Eine Stärkung der Widersprüche und Bruchlinien in der imperialistischen Allianz könnte gerade von den durch die US-Aggression am meisten bedrohten progressiven Bewegungen und Nationalstaaten in der Dritten Welt (Nicaragua, Nahost usw.) ausgenutzt werden und ihnen einen größeren Spielraum in der Verteidigung ihrer Lebensinteressen sichern. Wesentlich problematischer sieht es dagegen mit dem „Ausnutzen von Widersprüchen" in Europa selbst aus.

Zwar würde ein erneuter Regierungsantritt der SPD einen bestimmten „Entspannungseffekt" in der Konfrontation der Blöcke mit sich bringen. Aber all die Hoffnungen, die jetzt von der SPD auf eine Ära der „Sicherheitspartnerschaft" mit dem RGW und eine schrittweise Demilitarisierung der Blöcke geweckt werden, sich völlig illusorisch. Solange auch die SPD (aus den oben angeführten Gründen) unter dem amerikanischen „Schirm" bleiben will, kann sie auch nicht aus der amerikanischen Konfrontationspolitik und aus den US-Kriegsführungsstrategien aussteigen. Dementsprechen bietet auch alles, was gegenwärtig in der SPD unter dem Stichwort „Reform der NATO" gehandelt wird, nicht den geringsten Ansatz für militärpolitische Alternativen zum US-Kurs: Auf der Basis der Allianz mit den USA kann eine solche „Reform" immer nur zu einer Verstärkung westeuropäischer Militärmacht, damit aber zu einer weiteren Vergrößerung des Bedrohungspotentials der (vom US-Imperialismus dominierten) NATO insgesamt führen.

Insofern wäre es für die Linke in der BRD ein großer Fehler, von einer SPD-Regierung substantielle Schritte für die Friedenssicherung auf dem Kontinent — und darüber hinaus — zu erwarten. (Es sei hier nur daran erinnert, daß die SPD-Führung nicht einmal den NATO-„Doppelbeschluß" aufkündigen will.) Eine Politik der „Selbstbehauptung Europas" mit antiamerikanischem Akzent könnte höchstens dazu beitragen, den „sicherheitspolitischen Grundkonsens" in der Bevölkerung der BRD noch weiter zu erschüttern.

Aber hier sollte man vielleicht ausnahmsweise den Prognosen des Peter Glotz vertrauen. Der gibt nämlich diesem Konsens (ob mit oder ohne Zutun der SPD) ohnehin keine Überlebenschancen mehr. Andererseits ist aber auch nicht zu übersehen, daß Glotz und andere fleißig an einem neuen Grundkonsens (auf der Grundlage der Interessen des BRD-Imperialismus) arbeiten. Die Rede über die angeblich drohende Kolonialisierung Westeuropas durch die USA und die „Vasallenrolle" der BRD im atlantischen Bündnis ist ja nicht nur dazu angetan, Emotionen gegen die „amerikanischen Freunde" zu schüren. Sie macht gleichzeitig auch Stimmung für den BRD-Imperialismus, der hier nicht als Täter, sondern als Opfer erscheint.

Damit wären die antiamerikanischen Akzente in der gegenwärtigen SPD-Programmatik und -Propaganda nicht zuletzt ein Mittel, um die zunehmende Angst und Abscheu vor der US-Konfrontationspolitik für das Projekt der „Selbstbehauptung Europas" zu mobilisieren und einen neuen Grundkonsens zu schaffen, dessen Inhalt aber der alte wäre: die Unterordnung der Werktätigen unter die Expansionsinteressen des BRD- und EG-Imperialismus.

Sozialdemokratie contra Nicaragua

Wie wenig die von der SPD-Führung bevorzugte Variante imperialistischer Politik tatsächlich Barrieren gegen den von den USA bevorzugten Kurs brutaler militärischer Aggression aufrichten kann (und will), zeigt sich gegenwärtig an einem der zentralen Brennpunkte des antiimperialistischen Befreiungskampfes, an Nicaragua. Zu Beginn dieses Jahres kehrten sowohl Klose (als Vertreter der SPD) wie auch Wischnewski (als Repräsentant der Sozialistischen Internationale) aus dem mittelamerikanischen Land mit massiver Kritik an den dortigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen zurück — auch für viele Linke überraschend, weil sich die SPD bislang relativ deutlich auf die Seite der Sandinisten im Kampf gegen die amerikanische Intervention gestellt hatte.

Der Grund für den „Sinneswandel" in der SPD-Führung wird deutlich, wenn man die Erklärung des nicaraguanischen Präsidenten Ortega nach dem Wischnewski-Besuch liest, aus der ziemlich eindeutig hervorgeht, daß Wischnewski — offensichtlich ohne Erfolg — versuchte, die Sandinisten wirtschaftlich zu erpressen und sie in eine Richtung zu drängen wie die portugiesische „Nelken-Revolution", deren gelungene Sozialdemokratisierung Mtte der siebziger Jahre man noch heute als einen der ganz großen außenpolitischen Erfolge von SPD und Sozialistischer Internationale (SI) feiert.

Ortega erklärte nach dem Besuch von Wischnewski: „Wir snd nicht bereit, unser politisches System im Tausch gegen Wirtschaftshilfe aus Europa oder Lateinamerika zu ändern. Manche Leute wollen uns sagen, welche Art von Demokratie wir in unserem Land aufbauen müssen. Einige machen das über freundliche Botschaften. Aber wir haben diese Demokratie hier verteidigt und werden sie weiter verteidigen, auch wenn wir nicht auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit jener Regierungen zählen können, die nicht mehr mit uns einverstanden sind." (FAZ, 13.2 86)

Diese Halsstarrigkeit der Sandinisten setzte sofort den Sanktionsmechanismus der Sozialistischen Internationale in Bewegung. Kaum hatte sich Wischnewski in Managua eine Absage geholt, eilte der frühere Staatschef von Venezuela, Perez, nach Washington (!), um dort namens der SI zu erklären, die Sandinisten hätten in Westeuropa und Lateinamerika viel von ihrer anfänglichen Sympathie verloren. US-Außenminister shultz fing diesen Ball dankbar auf und verlautete seinerseits, es gebe kein Land in Lateinamerika mehr, in dem noch etwas Positives über Nicaragua gesagt würde.

Nachdem die SI mit ihrem Erpressungsmanöver gescheitert war, signalisierte sie sofort ihre politische Distanz zu den Sandinisten und machte sich willfährig zum Kronzeugen der US-Administration, die gerade im Kampf um die Mobilisierung entscheidender weiterer Unterstützung für die Contra stand. Merke: Wenn die „friedliche" Dritte-Welt-Politik der SPD auf den entschlossenen Widerstand antiimperialistischer Kräfte stößt, ist sich auch die Sozialdemokratie nicht zu schade, der amerikanischen Militärintervention in die Hände zu arbeiten.

Literaturhinweise

D. Albers/P. Glotz, Mit Europa die Welt verändern? Ein Streitgespräch. In: SPW Nr. 29 (Dez. 1985)
H. Ehmke, Überlegungen zur Selbstbehauptung Europas. Ein Diskussionspapier. In: Politik, Aktuelle Informationen der SPD, 1/84
P. Glotz, Manifest für eine Neue Europäische Linke, Westberlin 1985
H. Rappe/F. Steinkühler, „Hohe Wachstumsraten sind kein Ziel an sich" In: Frankfurter Rundschau, 2.5.85
W. Roth, Der Weg aus der Krise, München 1985
H. Timmermann, Godesberger Programm und internationale Beziehungen. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 3/86
H. Wieczorek-Zeul, Europa stärken! Thesen zur Programmdiskussion der SPD. In: Sozialismus 6/85
Wirtschaftsprogramm: Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern. Manuskript, Bonn 1985

RM-Artikel zur Programmdebatte und Politik der SPD

Über Godesberg hinaus? SPD-Programmdebatte. RM 10/86
Erneuerung des Reformprojekts? Zu den wirtschaftspolitischen Konzeptionen der SPD. RM 11/86
„Europäisierung der Sicherheitspolitik" — Alternative zur NATO-Strategie? RM 9/86

„zum thema", die Beilage im „Roten Morgen" — Zeitung der KPD.
Kontakt zur KPD: über die lokalen Kontaktadressen oder das Zentrale Büro: KPD, Wellinghofer Str. 103 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691.
Die Zeitung „Roter Morgen" erscheint 14täglich zum Einzelpreis von 1,50 Mark. Sie kann mit diesem Coupon bestellt werden.



Die Schüchtermannstraße. Der Spielplatz für Kinder ist die Straße

Ausländische Mieter wehren sich gegen Wohnverhältnisse



Blick von der Schüchtermannstraße über den Innenhof auf die Rückseite der Mallinckrodtstraße. Die Innenhöfe sind betoniert und verdreckt, die Hausfassaden heruntergekommen.

Der Schüchtermann-Block — ein Straßenzug im Dortmunder Norden. 24 der 26 Häuser gehören der Firma Julius Ewald Schmitt. Im Block leben überwiegend Ausländer, acht Nationalitäten sind vertreten. Die Häuser, überwiegend Baujahr 1910, sind in erbärmlichem Zustand, seit 20 Jahren wird kaum noch instandgehalten. Jetzt soll modernisiert werden, die Mieten steigen dadurch erheblich. Im Dezember 85 haben Mieter, unterstützt von Juristen, Raumplanern und Architekten, einen Bewohnerverein gegründet, die Gegenwehr aufgenommen. Die Modernisierungsfolgen sollen sozial verträglich gestaltet werden, die bestehenden Mängel sollen beseitigt werden. Ein Beispiel für einen solidarischen Kampf von Ausländern und Deutschen.

von MaK (BWK)

Die Nordstadt — ein traditionsreiches Arbeiterviertel in Dortmund, gelegen zwischen einem der drei Werke des StahlKonzerns Hoesch, der die Stadt Dortmund beherrscht, und der Innenstadt. Die Arbeitslosigkeit beträgt etwa 20 Prozent. Viele Ausländer, vorwiegend Stahlarbeiter, leben in der Nordstadt. 15 Fußminuten vom Hauptbahnhof entfernt liegt der „Schüchtermann-Block", vier Straßenzüge mit 26 Häusern, Altbaubestand, Baujahr zumeist um 1910. Im Block leben fast nur ausländische Arbeiterfamilien, acht Nationalitäten sind vertreten. Den größten Anteil stellen Türken. 24 der Häuser gehören der Firma Julius Ewald Schmitt. Die Firma nennt in Dortmund und Umgebung rund 2500 Wohnungen ihr eigen, darüber hinaus besitzt J. E. Schmitt eine Baufirma, Bauschlosserei und Kunststoff-Fenster-Firma.

Die meisten Häuser und Wohnungen im Block sind in erbärmlichem Zustand: Fenster und Türen sind kaputt, Wände durchfeuchtet, Decken naß, es bildet sich Schimmel, heruntergefallene Decken werden nicht verputzt, elektrische Leitungen liegen offen, Wasserrohre brechen. Die Hinterhöfe sind betoniert, stehen voller Gerümpel. Kinder müssen auf der Straße spielen. Alle Beschwerden der Mieter nutzten jahrelang nichts. Schmitt unterhält ein Büro im Block, die Mieter müssen nur um die Ecke, um Mängel anzuzeigen, oder sich zu beschweren. Aber sie werden abgewimmelt, behandelt wie Dreck; wie selbstverständlich werden sie geduzt; sie werden mit Versprechungen abgespeist oder bekommen gesagt, sie seien selber schuld am Zustand der Wohnungen, Türken hätten nun mal die Neigung, Wohnungen abzuwohnen.

Diese Leute wissen um das Damoklesschwert der Ausweisung, das über einem Ausländer schwebt, der keine Wohnung vorweisen kann. Und wo sollen sie sich beschweren? Bei der Firma Schmitt läuft das beispielhaft so ab:

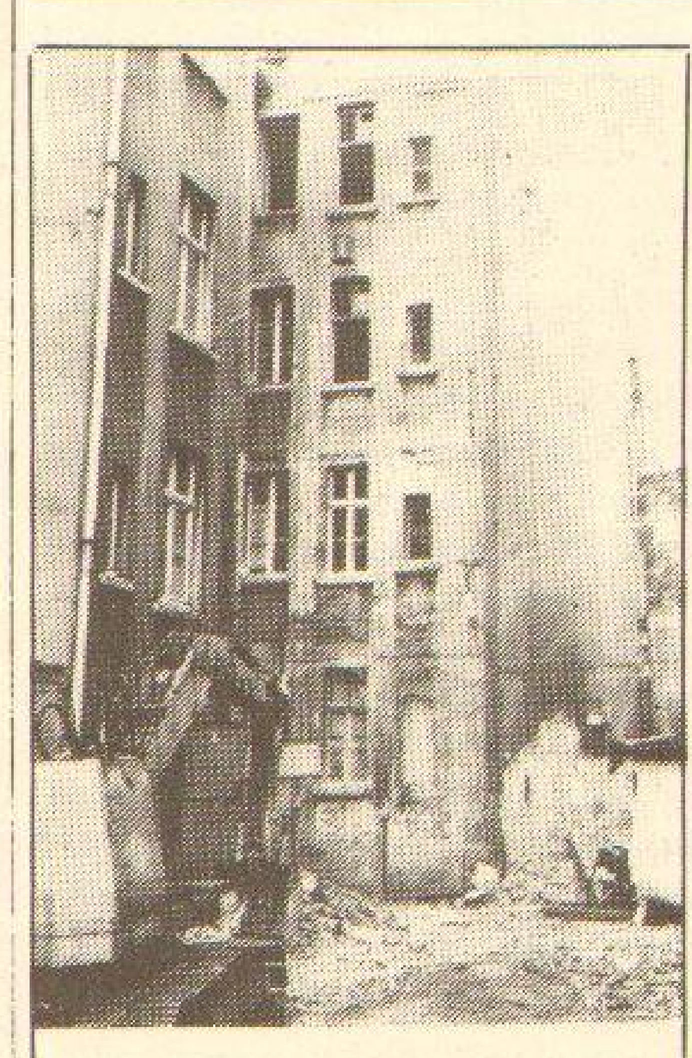
Als ein Wasserrohrbruch in einer Wohnung, deren Mieter in Urlaub sind, zu einer Überschwemmung führt und ein Nachbar ins Büro der Firma Schmitt läuft, wird er durch die geschlossene Tür abgewiesen: Es sei schon Feierabend. Der Mann läßt sich nicht abwimmeln, trommelt mit den Fäusten gegen die Tür. Daraufhin rufen die Angestellten die Polizei: sie würden gerade überfallen. Die eintreffenden Beamten zeigen Verständnis, kümmern sich darum, daß der Haupthahn gesperrt wird. Glück für den Mieter, denn oft genug zeigen sich Dortmunder Polizisten als besondere Ausländerfeinde.

Mitte 1985 findet Schmitt eine neue Möglichkeit, Geld zu verdienen: Eine Modernisierung muß her, im Interesse der Mieter natürlich! Bäder und Heizungen sollen eingebaut werden. Für die vorhandenen Schäden wird nur ein kleiner Betrag veranschlagt, Bauaufnahmen werden nicht durchgeführt. Die Stadtverwaltung spielt mit: zwei Millionen Mark werden als Modernisierungszuschuß gewährt, das sind fast 50 Prozent der veranschlagten Kosten. Ein großer Teil der Restsumme soll auf die Mieten umgelegt werden. Nach diesem Plan steigen die Mieten um bis zu 100 Prozent. Dann beginnt die Entmietung. Viele Familien ziehen aus, sie wissen, daß sie die neuen Mieten von 6 DM pro qm nicht werden bezahlen können, oder sie haben einfach die Schnauze voll. Der Block fängt an, sich zu leeren.

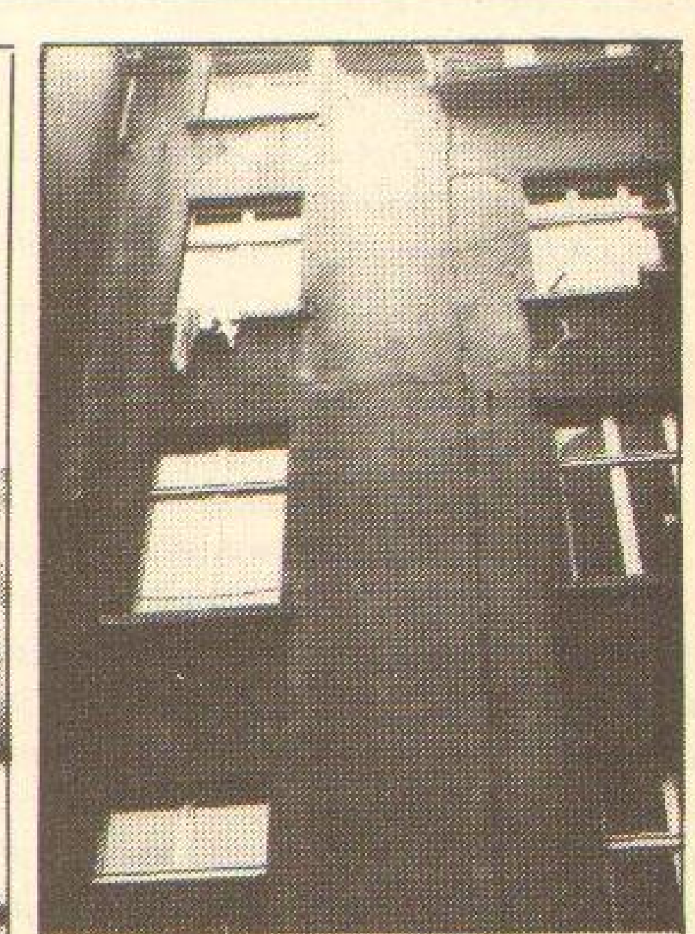
In dieser Situation werden im Dezember 1985 einige Mieter aktiv. Zunächst mit Unterstützung der GRÜNEN, dann selbständig gründen sie den „Bewohnerverein Schüchtermann-Block e. V.". Dem Mieterverein schließen sich als Unterstützer Juristen, Raumplaner, Architekten und Dolmetscher an. Anfänglich gestaltet sich die Arbeit schwierig, viele Mieter sind skeptisch, manche haben auch Angst: „Wenn wir uns wehren, fliegen wir raus." Der Verein gibt Flugblätter für die 200 Mietparteien heraus, besucht die Familien in den Wohnungen. Der Verein erklärt, er kämpfe für menschenwürdige Zustände im Block und gegen Ausländerfeindlichkeit, denn nur mit Ausländern glauben deutsche Hauseigentümer so umgehen zu können. Im Februar 1986 trägt die Arbeit erste Früchte: Der Verein unterstützt die Mieter bei der Abfassung von Mängelrügen, ein Jura-Student berät sie, in dringenden und gravierenden Fällen wird ein unterstützender Rechtsanwalt eingeschaltet. Und plötzlich wird repariert. Da findet sich ein Fenster für das Kinderzimmer, da wird eine Decke verputzt, eine einbehaltene Kaution ausbezahlt, gefrorene Wasserleitungen aufgetaut. Die Architekten und Raumplaner führen selber Bauaufnahmen durch. Sie weisen nach, daß das Mauerwerk erneuert werden muß. Der Verein führte erste Gespräche mit dem Geschäftsführer der Firma Schmitt. Dieser erklärt, es seien in der Vergangenheit „Unregelmäßigkeiten" vorgekommen, die sollten abgestellt werden; er akzeptiere den Verein als Vertreter der Mieter.

Regelmäßig führt der Verein Mieterversammlungen durch. In zwei Monaten werden 40 Familien Vereinsmitglieder. Ein Konzept gegen die Modernisierungspläne wird entwickelt. Der Verein fordert: Umgehende Beseitigung aller bestehenden Mängel; Bauaufnahmen; Recht der Mieter auf Ablehnung des Fernwärmeanschlusses; Festlegung der neuen Mieten unterhalb der von der Stadt festgelegten Obergrenze von 6 DM/qm; Mitspracherechte der Mieter. Im März werden zwei Verträge über die Modernisierungsfolgen ausgehandelt. Die betroffenen Mieter wohnen während der Modernisierungszeit mietfrei in Ersatzwohnungen, die Firma zahlt die Umzugskosten, die Mietobergrenze wird auf 5,50 DM festgelegt, Kaution wird nicht gestellt.

Gleichzeitig beginnt der Verein mit Öffentlichkeitsarbeit. In allen drei Dortmunder Zeitungen erscheinen mehrfach Artikel, Radio Dortmund und WDR I berichten, das Kabelfernsehen dreht eine Reportage. Der Verein wendet sich nun an die Stadtverwaltung. In einem offenen Brief an den zuständigen Dezernenten wird endlich eine aktive Wohnungsaufsicht gefordert, kein Mieter dürfe vertrieben werden, die Stadt soll mit dem Verein über die Modernisierung verhandeln. Stadtdezernent Dannebom antwortet: Er kenne die Probleme im Block und verbürge sich, daß die notwendigen Instandhaltungsarbeiten durchgeführt werden. Ein Gespräch zwischen ihm und dem Verein soll vereinbart werden.



Keine Ruine, sondern ein Wohnhaus mit „Innenhof"



Rückansicht der Schüchtermannstraße. Die Fenster sind fast alle undicht, die Rahmen morsch, Regenrinnen durchgerostet, Wände durchnäßt.

„Wenn die Gesetzgebung so ist ..."

Zur Diskussion über das Staatsverständnis auf dem DGB-Bundeskongreß

von HORST DIETER KOCH

Neben der Diskussion von Fragen wie Tarifpolitik, Energiepolitik, Neue Heimat u. a., über die wir im letzten „Roten Morgen" berichtet haben, fand auf dem Hamburger DGB-Kongreß eine ziemlich grundsätzliche Debatte über den gesellschaftspolitischen Standort der Gewerkschaften statt. Im Mittelpunkt dieser Debatte standen die Stichworte: Einheitsgewerkschaft, Staatsverständnis, politische Streiks, Bündnispolitik.

Im inhaltlichen Zusammenhang dieser Begriffe kommt der Frage des Staatsverständnisses offensichtlich eine zentrale Rolle zu. Die Haltung zum Staat bestimmt den Inhalt dessen mit, was unter Einheitsgewerkschaft verstanden wird: ist das positive Eintreten für den Staat Handlungsgrundlage der Einheitsgewerkschaft (Stichwort: Solidarität der Demokraten), oder schließt die Einheitsgewerkschaft auch die ablehnende Haltung zu diesem Staat ein? Ähnliches gilt für die Bündnispolitik: Endet die Bündnisfähigkeit der Gewerkschaften an den Grenzen des staatstragenden Sektors im politischen Spektrum? Schließlich: Dominiert in den Gewerkschaften ein Verständnis, demzufolge der Staat als unantastbare Entscheidungsinstanz über den Klassenauseinandersetzungen steht, wird die Frag der Legitimität politischer Streiks selbstredend anders diskutiert, als wenn der Staat im wesentlichen als Instrument bürgerlicher Klassenherrschaft gesehen wird.

Daß die Frage des Staatsverständnisses auf diesem DGB-Bundeskongreß eine wesentliche Rolle spielte, ist ein politisches Resultat der Wende. Das offensichtliche Eintreten der Bonner Regierung für die Kapitalinteressen gegen die Streiks der IG Metall und der IG Druck & Papier für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und erst recht die einschneidende Verschlechterung gewerkschaftlicher Kampfbedingungen durch die Wenderegierung mittels der gewerkschaftsfeindlichen Änderung des § 116 AFG haben sie auf die Tagesordnung gesetzt.

Gewiß, von umstürzlerischen Gedankengut wurde auf dem DGB-Kongreß wenig Gebrauch gemacht. Aber es ist erstaunlich, wenn ausgerechnet Hans Mayr, wahrlich kein Vertreter der Gewerkschaftslinken, dem Bundespräsidenten in einer Frage widerspricht, in der dieser eigentlich nur einen Allgemeinplatz aus dem staatsbürgerlichen Unterricht referierte: „Wenn also bei uns sich Gewerkschaften mit der jeweiligen Regierung kritisch auseinandersetzen, so ist das ihr allerbestets Recht. Es darf nur nicht in eine Auseinandersetzung mit dem Staat selbst ausarten." Nach anderthalb Jahrzehnten Berufsverbotspraxis durfte von Weizsäcker eigentlich damit rechnen, daß dieser Satz unwidersprochen blieb.

Hans Mayr aber hat dem selbstverständlichen Frieden mit dem Staat widersprochen. Er hat die gewerkschaftliche Betätigungsfreiheit über die Frage der Staatsräson gestellt. Wahrscheinlich sieht er das selbst gar nicht so. Wahrscheinlich geht er vielmehr davon aus, daß die Gewerkschaftsfreiheit Bestandteil der Staatsräson ist: „Wir haben diesen demokratischen Staat mit aufgebaut. Die Gewerkschaften haben einen ganz entscheidenden Anteil. Wir lassen uns deshalb nicht unsere Rechte nehmen und uns eingen."

Wer — anstelle von sektierischen und unrealistischen Interpretationen wie „chauvinistisch" — den Grund dafür sucht, warum Gewerkschafter in der Auseinandersetzung um den § 116 die schwarz-rot-goldenen Staatsfahnen schwenkten, als ihr Verhältnis zum Staat eigentlich seit langem zum ersten Mal unsicher wurde — in diesen widersprüchlichen Formulierungen von Hans Mayr kann er ihn finden.

Dem Sozialdemokraten Hans Mayr widerspricht der Sozialdemokrat Hermann Rappe. Für ihn haben die Gewerkschaften keine andere Alternative als sich innerhalb der gegebenen politischen Bedingungen einzurichten. Gewerkschaften können eben nur die *Gewerkschaftsarbeit machen, die ohne grundsätzlichen Konflikt mit dem Staat und der jeweiligen parlamentarischen Mehrheit möglich ist — auch wenn schließlich nur noch die tarifvertragliche Besiegelung der eigenen Ohnmacht bleibt: „Man darf sich im Verhältnis zum Staat und zur Gesellschaft nicht überheben." Diese Gefahr war für Rappe punktuell in der § 116-Auseinandersetzung schon gegeben. Daß Gewerkschaften durch Kampf andere gesellschaftliche Mehrheiten erreichen können, daß sie ihren Zielen vielleicht nur treu bleiben können, wenn sie durch Kampf Mehrheiten für einen anderen Staat und eine andere Gesellschaft erreichen, liegt offensichtlich außerhalb von Rappes Vorstellungshorizont.*

Für Rappe ist die Schwächung der britischen Gewerkschaften seit dem Regierungsantritt des Konservatismus ein Beispiel dafür, wie Gewerkschaften sich „überheben" können. Man muß kein Prophet sein, um vorauszusagen, daß das britische Beispiel in der Gewerkschaftsdiskussion der nächsten Zeit so schnell nicht verschwinden wird.

Daß Rappes Position sich durchsetzt, steht keineswegs fest. Immerhin haben eine ganze Reihe von Diskussionsbeiträgen sich für ein politisches Selbstverständnis der Gewerkschaften und für die grundsätzliche Legitimität politischer Streiks ausgesprochen.

Alles in allem hat diese Debatte auf dem DGB-Kongreß gezeigt, daß es den Gewerkschaftslinken — erst recht uns Kommunisten — ganz gut anstünde, diese Diskussion voranzutreiben. In Bewegung ist sie immerhin schon.

Hans Mayr (IG Metall)

„Den Gewerkschaften kann es nicht egal sein, wer regiert. Den Arbeitgebern ist schon lange nicht gleichgültig, wer regiert. Sie tun alles, um Regierungen zu bekommen, die dann das tun, was die Arbeitgeber gesellschaftspolitisch gern möchten.

Das nehme ich ihnen gar nicht übel. Aber das, was die Arbeitgeber verlangen und tun, Einfluß zu nehmen, offen zu sagen, was sie eigentlich von der Regierung wollen oder welche Regierung sie wollen, das nehmen wir auch für uns in Anspruch!

Ob eine Regierung aus CDU/CSU und FDP zusammengesetzt ist oder aus FDP und SPD oder ob die SPD allein oder CDU und CSU allein regieren, das hat ja immer ganz verschiedene Wirkungen auf die Arbeitnehmer. Die eine Regierung ist arbeitnehmerfreundlich, die andere nicht. Schon deshalb kann es uns nicht gleichgültig sein, wer regiert.

Nur eines müssen alle Parteien wissen: Egal, wie Regierungen zusammengesetzt sind, wenn sie versuchen, Gesetze über das Parlament zu verändern, und diese Veränderungen gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtet sind und sie oft bis ins Mark treffen, müssen diese Regierungen mit dem Widerstand der Gewerkschaften rechnen! Das verstehe ich unter einer Einheitsgewerkschaft.

(...)

Der Herr Bundespräsident hat zu uns gesprochen. Nun braucht niemand zu denken, daß ich den Bundespräsidenten angreife. Er ist nicht da und kann sich nicht zur Wehr setzen. Aber er hat ein paar Ausführungen gemacht, mit denen ich politisch nicht einverstanden bin ...

Aber auf einen Punkt will ich hinweisen. Er hat gesagt: ‚Wenn also bei uns sich Gewerkschaften mit der jeweiligen Regierung kritisch auseinandersetzen, so ist das ihr allerbestes Recht. Es darf nur nicht in eine Auseinandersetzung mit dem Staat selbst ausarten.

Wißt ihr, ich bin kein Staatsrechtler. Aber für mich ist der Staat nicht gewissermaßen etwas Wertneutrales, das über allem schwebt. Das, was den Staat ausmacht, ist sehr stark beeinflußt von der Gesetzgebung, von der Rechtssprechung. Wenn die Gesetzgebung so ist und wenn die Rechtssprechung so ist, daß die Betätigungsmöglichkeiten der Gewerkschaften immer mehr eingeschränkt werden, bis sie kaum mehr atmen können, dann geraten wir in Konflikt mit denen, die solche Gesetze machen, und dann geraten wir auch in Konflikt mit einem solchen Staasverständnis. Darüber müssen wir miteinander diskutieren und miteinander streiten.

Wir haben diesen demokratischen Staat mit aufgebaut. Die Gewerkschaften haben einen ganz entscheidenden Anteil. Wir lassen uns deshalb nicht unsere Rechte nehmen und uns einengen."

Hermann Rappe (IG Chemie)

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser letzter Kongreß fand im Mai 1982 statt. Danach gab es eine Veränderung der politischen Bedingungen in der Bundesrepublik. Für manche, die die 50er und 60er Jahre nicht voll in Erinnerung haben können, ist dies eine ziemlich neue Periode.

Natürlich sind das veränderte politische Verhältnisse mit unterschiedlichen Machtbedingungen, Einflüssen, Verbindungen und Erfolgschancen. Es kommt darauf an, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund darauf insgesamt reagiert. Ein Punkt vorweg: Für jeden von uns kann die Situation entstehen, daß sich über den Zeitpunkt des Januars 1987 trotz aller Bemühungen und Aufklärungen diese konservative Periode fortsetzt durch den Wählerwillen, was die meisten von uns nicht wollen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund muß auch nach einem solchen Zeitabschnitt weiter vier Jahre Gewerkschaftsarbeit für unsere Mitglieder und für die Gestaltung der Bedingungen machen. Das sollte bei jeder Diskussion nicht außer acht gelassen werden.

Eine Rolle spielt, wie in diesem Zusammenhang Statsverständnis und politisches Verhalten definiert werden. Da haben wir, das ist wahr, im Bundesvorstand auch manche schwierige Situation gehabt. Da hat es — Hans Mayr hat recht — selbstverständlich unterschiedliche Meinungen gegeben, die ausgefochten werden mußten. Dann hatten wir einstimmige Beschlüsse. ...

Die Frage ist nun, daß man in einer solchen Situation selbstverständlich auch von anderen etwas lernen kann. Ich muß sagen, bei allem schreckt mich eine falsche Strategie, wie sie aus meiner Sicht auch in anderen Ländern mit konservativen Regierungen seitens der Gewerkschaftsbünde gemacht worden ist.

Ich halte die Art der Auseinandersetzung — das bezieht sich auch auf das Ergebnis — unserer englischen Freunde nicht für ein großes Erfolgserlebnis. Das war auch keine Erfolgsstrategie gemeinsamen Handelns des TUC!

Meine Sorge ist also, daß man eine konservative Periode mit ihren Möglichkeiten und Mehrheiten nicht nüchtern einschätzt, wie die Bedingungen dann eben sind. Man darf sich im Verhältnis zum Staat und zur Gesellschaft nicht überheben. An einigen solchen Ecken waren wir. Daraus ist Streit, aber manche Irritation und Unterstellung entstanden. Das sollte im Rahmen unserer Einheit und unseres Zusammenspiels in der Zukunft nicht passieren!

(...)

Nun, Kolleginnen und Kollegen, auch aus meiner Sicht noch eine Bemerkung zu unserer Auseinandersetzung um den § 116. Da hat es nach meiner Meinung an nichts gefehlt. Wenn wir im Bundesvorstand Diskussionen und einstimmige Beschlüsse hatten, dann waren wir in gemeinsamen Aktionen auch stark. Es gab eine Schwierigkeit, um die ich nicht herumreden will, weil es sich ja um Erfahrung aus vier Jahren handelt. Kann man in einer solchen Lage, in der wir waren, möglicherweise das Mittel politischer Streikauseinandersetzungen anwenden? Oder bricht dies das Staatsverständnis und das Grundverständnis im Hinblick auf die parlamentarische Demokratie?

Wolfgang Schultze (IG Chemie)

„Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen, ob § 116 das Thema war oder ob andere Themen es sein können, wenn wir in solchen Auseinandersetzungen vom politischen Streik reden, dann auch vor der Geschichte im selben Augenblick beantworten, was denn nach einem politischen Streik für eine Gesellschaftsordnung hier sein soll. Auf diese Frage kann ich heute nur sagen, daß Gewerkschaften in einer freien parlamentarischen Demokratie den größten Spielraum haben, wenn sie Ziele in Übereinstimmung mit Mitgliedschaft und mit den organisierten Arbeitnehmern so formulieren, daß es dafür auch bei politischen Wahlen Zustimmung gibt. Und das ist eigentlich die Kunst, große Organisationen zu führen!"

Günther Schachner (IG Metall)

„Ein letztes zur Frage des politischen Streiks. Auch ich bin der Auffassung, Kolleginnen und Kollegen: Das, was wir bisher gemacht haben, sollten wir streng von dem trennen, was ich — das gilt für viele von uns, wahrscheinlcih für uns alle — unter politischem Streik verstehen.

Ich möchte aber meine Position wegen der Ausführungen der Kollegen Hermann Rappe und Wolfgang Schultze noch einmal klarmachen. Ich meine: Aus der Geschichte zu lernen, heißt auch, zu erkennen, wann wir dieses Mittel des politischen Streiks einzusetzen haben — und für welches Ziel.

Der Kollege Schultze hatte die Frage gestellt: Was kommt danach? Ich meine, wir müßten zumindest soviel aus der Geschichte gelernt haben: Hitler kam wohl legal an die Macht. Ein politischer Streik hätte dies — das wäre die letzte Möglichkeit gewesen — vielleicht verhindert. Das Beispiel des Kapp-Putsches und die Reaktion der Gewerkschaften beweist es.

Ich sage nicht, daß eine derartige Situation unmittelbar bevorsteht. Aber ich sage: Wir müssen uns — weil die Gefahr steigender Arbeitslosenzahlen besteht — auf die Versuche einstellen, die Krise autoritär zu lösen. Schritte in diese Richtung sind für mich folgende Punkte bzw. Ereignisse: Berufsverbote; Anschlag auf die Justizvollzugsanstalt (JVA) Celle; Giftgaseinsatz auch gegen friedliche Demonstranten in Wackersdorf; Auseinandersetzung um den § 116; Vorbereitung der Sicherheitsgesetze; Planung von Probeeinsätzen des Bundesgrenzschutzes (BGS) mit dem angeblichen Ziel, gegen streikende Arbeiter vorzugehen; die bereits zitierten weiterhin beabsichtigten Gesetzesvorschläge dieser Regierung.

Darauf, glaube ich, müssen wir uns alle einstellen. Wenn das Wirklichkeit würde, müßten wir insoweit aus der Geschichte lernen, daß wir uns nicht scheibchenweise so weit entmachten lassen dürfen, bis es zu spät ist — wie es leider im Januar 1933 der Fall war ..."

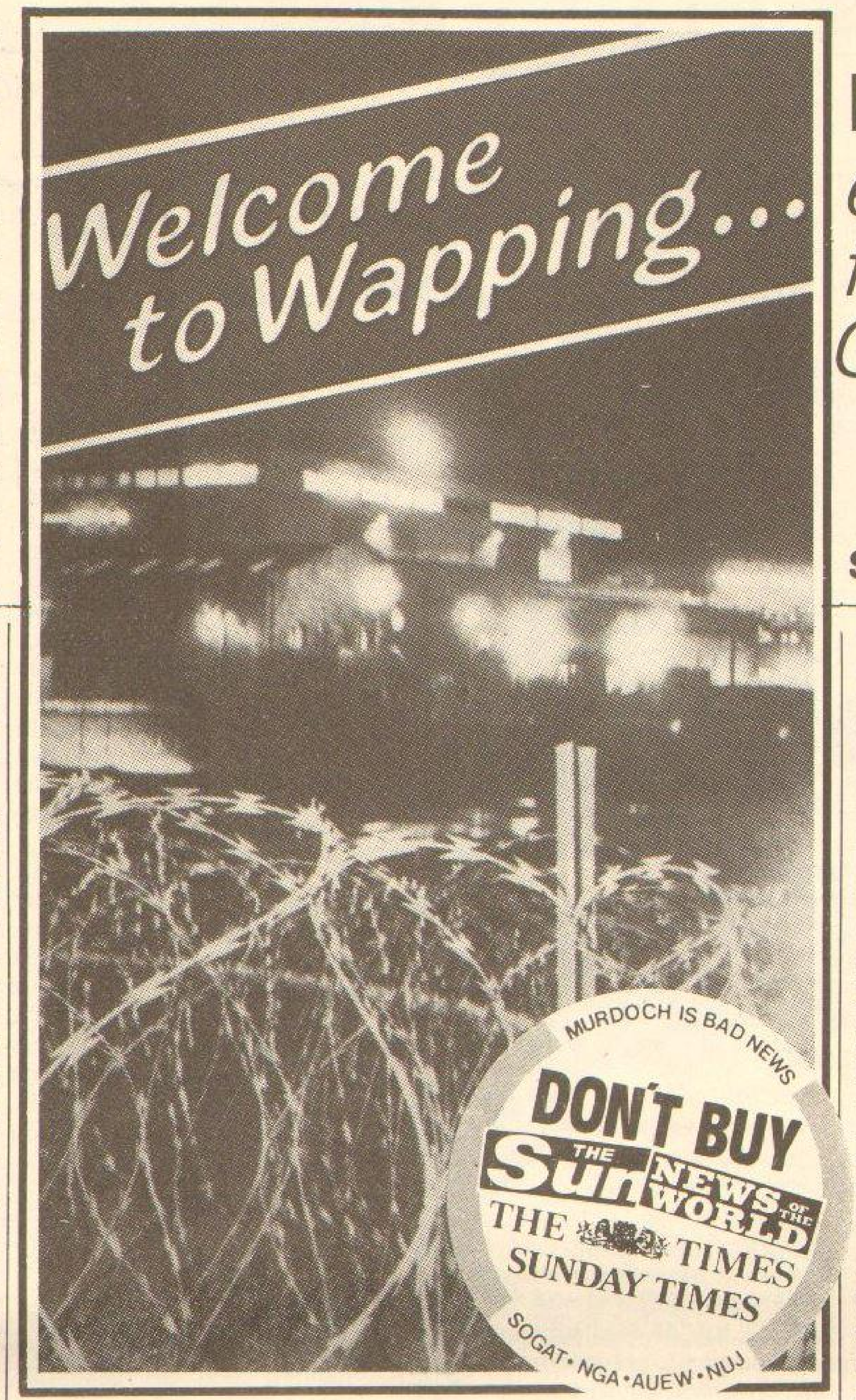
Detlef Hensche (IG Druck & Papier)

„Ich kann mir aber sehr wohl vorstellen, daß dieses Thema des politischen Streiks sich eines Tages stellt, wenn es wirklich ans Eingemachte dieser Demokratie geht, wenn beispielsweise die bindende Wirkung von Tarifverträgen beseitigt werden soll. Das ist doch wohl ein Kern unserer Demokratie, und nicht umsonst steht der Artikel 20 in unserem Grundgesetz, und ich meine, wir alle müssen uns hüten, an diesen etappenweisen Abbau demokratischer Rechte uns am Ende zu gewöhnen. Widerstand oder Gegenwehr — um es neutraler auszudrücken —, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist sicherlich auch in den nächsten Jahren eher noch als in der Vergangenheit geboten, und ich hoffe sehr, daß es dem DGB gelingt, wie in der allerletzten Zeit, mit viel Entschlossenheit und Glaubwürdigkeit diesen Weg weiter zu beschreiten ..."

Wir kämpfen einen wichtigen Kampf für die Internationale Gewerkschaftsbewegung

Streikende Drucker berichten

Folgendes Interview ist während einer Rundreise mit Funktionären der NGA in Norddeutschland geführt worden. John Bailey und John Brown, die auf drei Veranstaltungen in Kiel, Lübeck und Hamburg über den Streik berichteten waren seit 1969 bei der „Sun" beschäftigt, bis sie jetzt mit 6000 weiteren Kolleginnen und Kollegen entlassen worden sind.



RM: *Könnt ihr uns bitte etwas über die Hintergründe erzählen, wie es zu diesem inzwischen 20 Wochen dauernden Streik und den Auseinandersetzungen mit dem Großverleger Murdoch gekommen ist.*

John Bailey: Angefangen hat eigentlich alles damit, daß der Herr Murdoch aus Australien kam und eine Zeitung kaufte, nämlich die „Sun". Früher war die „Sun" eher eine Zeitung in der Richtung der „Labour-Party" und hatte daher auch die Unterstützung der Gewerkschaften wie NGA und Sogat. In zehn Jahren hat sich dann der Charakter dieser Zeitung total geändert, sie entwickelte sich unter den Händen von Murdoch zu einer Zeitung, die rassistisch, sexistisch und offen reaktionär geworden ist. Mit dieser Zeitung betrieb Murdoch die offene Unterstützung der Frau Thatcher, und als diese an die Regierung kam, zeigte sie sich mit dem Durchpeitschen von Anti-Gewerkschaftsgesetzen für diese Unterstützung erkenntlich. Die „Sun" hatte 1980 immerhin eine Auflage von über 4 Millionen, was bedeutet, daß ca. 16 Millionen Leser erreicht wurden, war also ein wichtiges Mittel der Thatcher-Regierung.

Auslöser des Streiks, in dem wir nun seit 20 Wochen stehen, war der von Murdoch geplante Umzug von „Fleet-Street" (die Zeitungsstraße von London) in den Londoner Stadtteil Wapping. Ganz heimlich hatte Murdoch dort ein neues Werk bauen lassen, in dem mit einer völlig neuen Mannschaft und weniger Leuten die Auflage der „Sun" von 4 Millionen auf 7 Millionen gesteigert werden sollte.

RM: *Aber ihr sagt, das Werk sei ganz heimlich aufgebaut worden. Wollt ihr damit sagen, daß ihr tatsächlich während der ganzen Zeit nichts mitbekommen habt?*

John Brown: Doch, schon. Es hatte ja Verhandlungen lange vorher gegeben, und immer hatte Murdoch gesagt, daß es zum einen wohl noch sechs Jahre dauern würde, bis das Werk ins Laufen kommt, und zum anderen hatte er zugesagt, daß die alte Belegschaft übernommen wird.

Ich habe das Werk z. B. dreimal von innen gesehen und habe keinen Grund gehabt, diesen Aussagen von Murdoch nicht zu glauben. Inzwischen wissen wir, daß die Maschinen, vor allem die neuen Anlagen für die Redaktion bei Nacht und Nebel ins Werk geschafft wurden. Das war kurz vor dem Januar, und dann hatten wir Zutrittsverbot zu dem Werk.

RM: *Könnt ihr kurz darstellen, was Murdoch mit diesem Vorhaben eigentlich erreichen wollte?*

John Bailey: Grundsätzlich geht es um die Umkrempelung der Presselandschaft — er will das Monopol, und die lukrative „Sun" war dafür sein Fundament. Die Profite, die er da herausgezogen hat, wollte er durch den Umzug nach Wapping erheblich steigern — die Auflage von 4 auf 7 Millionen erhöhen. Er hat bereits 87 Zeitungen in den USA aufgekauft und ist in das Satellitenfernsehen groß eingestiegen. Damit das mit der Profitsteigerung in Wapping auch funktioniert, ist der Plan, in Wapping jegliche gewerkschaftliche Vertretung auszuschalten, hat er zur Bedingung gemacht, daß die dort Arbeitenden auf das Streikrecht verzichteten. Deshalb brauchte er die Anti-Streikgesetze der Thatcher-Regierung.

RM: *Und wie kam es nun konkret zum Streik?*

John Bailey: Im Januar, als nun klar wurde, daß Murdoch nur gelogen und uns vorgeführt hatte, da haben wir in einer Urabstimmung über den ganzen Streik abgestimt, durch den die Übernahme der ganzen Belegschaft und die Anerkennung aller gewerkschaftlichen Rechte erreicht werden sollte. Bei der NGA (Facharbeitergewerkschaft) war das Abstimmungsergebnis 4:1 und bei der SOGAT (Ungelernte) 7:1. In dem Moment, wo die Abstimmung gelaufen war, hat Murdoch alle 6000 fristlos entlassen. Die jetzt in Wapping arbeiten, sind Mitglieder der Elektrikergewerkschaft — natürlich nicht alles Elektriker.

John Brown: Da muß man sagen, daß die Elektriker in der Fleet Street auch nicht nach Wapping übernommen wurden, sie sollen auch gar nicht übernommen werden und sind zwar nicht im Streik, weil die Elektrikergewerkschaft sich gegen diesen Streik stellt, sondern hängen den ganzen Tag in den alten Gebäuden herum und werden von Murdoch weiter bezahlt.

RM: *Wieviele arbeiten eigentlich in Wapping?*

John Brown: Das wissen wir nicht genau. Vielleicht 1000 oder vielleicht 2000 — aber wir wissen das nicht. Wir wissen nur, daß sie 12-Stunden-Schichten fahren müssen.

John Bailey: Dazu muß man wissen, daß in diesen 12-Stunden-Schichten nicht erreicht wird, was Murdoch eigentlich wollte. Früher wurde die „Sun" jeden Abend in fünf Ausgaben gedruckt — immer auf dem aktuellsten Stand — jetzt gibt es nur noch eine Ausgabe. Außerdem hört man, daß bereits in der kurzen Zeit 100 schwere Arbeitsunfälle im neuen Werk vorgekommen sind.

RM: *Könnt ihr mal ein bißchen die Lage der Streikenden und die Unterstützung, die ihr erfahrt, schildern?*

John Bailey: Da wir ja offiziell als entlassen gelten, bekommen wir ca. 90 DM wöchentliche Arbeitslosenunterstützung und außerdem aus dem Spendenfond zwischen 0 und 100 weitere Mark wöchentlich.

RM: *Wie hoch ist ca. der Normalverdienst?*

John Bailey: Zwischen 300 und 2000 DM wöchentlich. Wobei die Zahl der Spitzenverdiener nur klein ist und mit sehr speziellen Fähigkeiten, z.B. an den Linotypeanlagen, zusammenhängt. Man kann sagen, daß der Durchschnitt etwa bei 700 DM wöchentlich liegt. Weiter zu der Unterstützung. Ihr habt ja sicherlich von den Auseinandersetzungen im TUC (dem Gewerkschaftsdachverband — RM) gehört. Dort ist unsere Forderung nach dem Ausschluß der Elektrikergewerkschaft nicht durchgekommen, der TUC hat sich nicht voll hinter unseren Kampf gestellt.

RM: *Beim Bergarbeiterstreik hatten wir hier den Eindruck einer sehr massiven Unterstützung durch die Öffentlichkeit — wie ist das in eurem Fall?*

John Bailey: Das ist nicht so einfach zu erklären. Jedenfalls gibt es zu dem Bergarbeitern einen wesentlichen Unterschied. Dort war die riesige geplante Arbeitsplatzvernichtung zugleich verbunden mit dem Kahlschlag ganzer Regionen und gewachsener Lebenszusammenhänge. Sicherlich ein Grund, warum viele in diesen Gegenden den Streik der Miner sehr massiv unterstützten. In unserem Fall müssen wir sagen, daß in breiten Teilen dieser Kampf eher skeptisch gesehen wird. Die Drucker galten immer als die Spitzenverdiener und Privilegierten, weshalb wohl viele zweifeln, ob es uns nicht nur um den Erhalt einer Spitzenstellung geht. Außerdem ist London, wo diese Auseinandersetzung ja stattfindet, natürlich ganz anders in der Struktur als die Bergarbeiterregionen Britanniens.

Andererseits aber gibt es einen verbreiteten Haß auf den Verleger Murdoch und seine brutalen Pläne zur Veränderung der Presselandschaft. Ein Zeichen dafür ist das Ergebnis der Boykottkampagne gegen die „Sun", die jetzt seit Monaten läuft. Die Unterstützung dieser Kampagne ist besonders groß im Norden und in den Bergarbeiterregionen.

John Brown: Es ist natürlich schwierig festzustellen, was diese Boykottkampagne in Zahlen bringt. Wir schätzen aber, indem wir vor allem die Steigerungszahlen anderer Zeitungen uns ansehen, wie z. B. des Dailey Mirror, daß Murdoch nicht nur keine Steigerung erreicht hat, sondern einen Rückgang von mindestens einen halben Million erlebt. Ein weiteres Zeichen für seine erheblichen Probleme ist, daß Murdoch die Preise für Anzeigen auf die Hälfte gesenkt hat, was bestimmt nicht aus Nächstenliebe geschieht.

RM: *Wie seht ihr die Entwicklung des Streiks in diesen 20 Wochen?*

John Brown: Vor zwei Wochen haben wir einer erneute Urabstimmung durchgeführt. Murdoch hatte uns 50 Millionen Pfund Abfindung angeboten, wenn wir auf unsere Forderungen verzichten. In dieser Urabstimmung ist dieses Abfindungsangebot mit 4:1 abgelehnt worden. Das war eine wichtige Sache. Einmal natürlich für den Zusammenhalt der Streikenden, zugleich aber für die Unterstützung in der Öffentlichkeit, denn mit diesem Ergebnis haben die Drucker all den Skeptikern gezeigt, daß es ihnen nicht nur um Geld geht, sondern tatsächlich um Arbeitsplätze und um Gewerkschaftsrechte.

John Bailey: Ich muß betonen, daß der Streik tatsächlich darum geht und nicht, wie häufig gesagt wird, gegen die „Neuen Techniken". Was neu ist in Wapping, ist ausschließlich die Veränderung der Arbeitsplätze der Journalisten, die ihre Texte direkt in den Composer geben können. Aber darüber hatten wir uns in den Verhandlungen mit Murdoch schon geeinigt, daß diese neuen Arbeitsplätze nicht zu einem Abbau der Setzer führen sollten. Die anderen Arbeitsplätze in der Druckerei sind genau so wie im alten Gebäude in der Fleet-Street.

RM: *Wie steht es mit der internationalen Unterstützung?*

John Bailey: In unseren Augen kämpfen wir hier einen wichtigen Kampf für die internationale Gewerkschaftsbewegung. Hier soll ein Teil der Offensive gegen die Gewerkschaftsbewegung verwirklicht werden, die wir zur Zeit in allen Teilen der kapitalistischen Welt erleben — und das Pressemonopol, das Murdoch anstrebt, das ist kein britisches Problem — das sieht man ja schon daran, wie er die Hände nach dem Monopol in den USA und Australien ausstreckt.

Dazu ist die internationale Unterstützung im Verhältnis schon sehr schwach. Zwar bekommen wir finanzielle Unterstützung aus einer Reihe von Ländern, besonders stark ist die Unterstützung aus Australien, weil dort wohl das Unwesen von dem Murdoch besonders gut verstanden wird. Aber wir würden uns eine größere praktische Unterstützung — auch von der IG Druck und Papier in der Bundesrepublik — wünschen. Deshalb freuen wir uns besonders, daß wir hier auf drei Veranstaltungen in Norddeutschland eingeladen waren, um die internationalen Bande, die wir so dringend alle brauchen, enger zu knüpfen.

RM: *Laßt mich eben dazwischen fragen: es gab ja einiges Hin und Her auch mit der IG Drupa, ob sie diese Veranstaltungen unterstützt oder nicht. Was war denn damit?*

John Brown: Von diesem Hin und Her haben wir erst erfahren, als wir hier in der BRD ankamen. Das heißt, das stimmt nicht ganz. Am Wochenende vor unserer Abreise rief uns der Präsident der NGA an, daß er einen Anruf aus der BRD erhalten habe von der IG Drupa, die sich danach erkundigte, ob wir denn vertrauenswürdig seien, und er hat der Frau geantwortet, daß wir mit der vollen Unterstützung der NGA diese Reise unternehmen würden.

RM: *Könnt ihr zum Schluß bitte die Aussichten eures Streiks darstellen?*

John Bailey: Wir haben nicht mehr viel Zeit, denn die Regierung plant noch in diesem Sommer ein Gesetz über die öffentliche Ordnung, mit der sie Demonstrationsrecht und Versammlungsrecht erheblich einschränken will. Wir haben natürlich weiter zum Ziel, für alle die Arbeitsplätze zu erkämpfen und die Gewerkschaftsrechte in Wapping durchzusetzen. Für realistisch halten wir, daß das Erkämpfen der Gewerkschaftsrechte gelingt, ob tatsächlich am Ende alle die Arbeitsplätze wiederhaben, das ist natürlich eher Hoffnung.

RM: *Ich danke euch für das Gespräch und wünsche euch zu eurem Kampf alles Gute und vor allem Erfolg.*

Als nächstes der Vereinigungsparteitag ?!

Zum Sonderparteitag der KPD

von HORST DIETER KOCH

Das war er also: der letzte eigenständige Parteitag der KPD, falls in der laufenden Urabstimmung zwei Drittel der Mitglieder unserer Partei den Beschluß des Sonderparteitages zur Vereinigung mit der GIM bestätigen.

Der Sonderparteitag hat sich mit großer Mehrheit (bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung) für diese Vereinigung ausgesprochen. Wir haben intern und öffentlich lange über diese Frage diskutiert. Auf dem Sonderparteitag war sie darum nicht mehr in dem Sinne umkämpft, daß die eindeutige Entscheidung für die Vereinigung ernsthaft fraglich gewesen wäre. Jetzt hoffen wir, daß die Genossinnen und Genossen, bei denen die Bedenken noch überwiegen, solidarisch den Schritt in die vereinigte Organisation mitgehen, um zu prüfen, ob ihre Bedenken sich als richtig herausstellen — oder, wovon ich überzeugt bin, als weit weniger gewichtig als jetzt von ihnen angenommen.

Die Diskussion auf dem Sonderparteitag hat die tatsächlich zwischen GIM und KPD noch bestehenden Differenzen — von der Frage der Beurteilung der revisionistischen Länder, über tatsächliche oder vermeintliche Unterschiede im Politikverständnis bis hin zu der Frage der Haltung zur IV. Internationale — keineswegs ausgeklammert, sondern noch einmal offen diskutiert. Allerdings war die Diskussion auf dem Sonderparteitag dadurch bestimmt, daß bei aller Unzufriedenheit — beispielsweise mit der Behandlung der Rolle der Sowjetunion und des Warschauer Pakts im Programmentwurf — die große Mehrheit schon im vorangegangenen Diskussionsprozeß zu der Überzeugung gekommen war, daß an diesen Fragen die Vereinigung nicht scheitern soll, nachdem alles in allem die erarbeiteten programmatischen Grundlagen der Vereinigung als tragfähig betrachtet werden.

Die Entscheidung für die Vereinigung bedeutet ja schließlich auch nicht, daß die Diskussion beendet ist und die nun formulierten Positionen für alle Zukunft unveränderlich sind. Im Gegenteil: Es ist absehbar, daß die angesprochenen und andere Fragen in der vereinigten Organisation zu intensiven Diskussionen führen werden. Ich glaube aber, daß die Unkenrufe, die in diesen notwendigen Diskussionen umstandslos die Quelle von Zerstrittenheit oder gar Spaltung ausmachen, unberechtigt sind. Wenn wir alle diese Diskussionen so vorurteilsfrei wie möglich führen, statt ideologische Stellungskriege zu inszenieren, können diese Diskussionen zu einem wesentlichen Element der Stabilisierung und Vereinheitlichung werden.

Allerdings darf die vereinigte Organisation ihre Existenz nicht mit einer Phase „Hauptseite Diskussion“ beginnen. In vielen Diskussionen auf dem Parteitag wurde deutlich, daß die vereinigte Partei vor allem darum bemüht sein muß, sich lebendig mit den politischen Entwicklungen in unserem Land auseinanderzusetzen und politische Handlungsfähigkeit zu erlangen. Viele Delegierten merkten kritisch für unsere Partei an, daß im Zuge der Diskussion und Auseinandersetzung um die Programmfrage und die Vereinigung mit der GIM die Entwicklung der praktischen Politik der Partei zu stark in den Hintergrund getreten sei.

URABSTIMMUNG

zur Vereinigung von GIM und KPD

STIMMZETTEL

Der Sonderparteitag der KPD hat auf der Grundlage von Entwürfen eines Programms, Statuts, einer Resolution zum Selbstverständnis der Partei und einer Vereinbarung zur IV. Internationale die Vereinigung von GIM und KPD beschlossen. Nach dem Statut der KPD ist für einen Beschluß der Vereinigung mit einer anderen Organisation die Zustimmung von mindestens 75% der Mitglieder der KPD erforderlich.

ICH BIN FÜR DEN BESCHLUSS DES SONDERPARTEITAGS ZUR VEREINIGUNG DER KPD MIT DER GIM ZU EINER NEUEN PARTEI

ja — noin

Der Anforderung, hier neue Perspektiven aufzuzeigen, konnte auch das von beiden Zentralkomitees vorgelegte Aufgabenpapier nicht genügen. Viele Delegierte kritisierten, daß kaum inhaltliche Weiterentwicklungen enthalten seien, sondern daß im wesentlichen fortgeschrieben würde, was GIM und KPD — mehr oder weniger intensiv — auch jetzt schon betreiben. Allerdings war das Aufgabenpapier von beiden Zentralkomitees auch nur mit einem sehr bescheidenen Anspruch versehen worden. Sein Vorschlag war mit der Feststellung verknüpft, daß bis zur Vereinigung im Herbst keine Diskussion über eine weitere Konkretisierung der politischen Strategie und Taktik mehr geleistet werden kann, daß aber auch nicht einzusehen ist, warum diese Diskussion nicht in der vereinigten Organisation geführt werden kann.

Die Diskussion über das von beiden Zentralkomitees vorgeschlagene Wahlpapier drehte sich vor allem um die Frage, ob die vereinigte Organisation zur Wahl einer „rot-grünen Mehrheit“ aufrufen soll. Diese Frage wird weiter diskutiert werden müssen. Kurz weggekommen sind dagegen die Fragen des praktischen Eingreifens in den Bundestagswahlkampf. Hier liegt die wesentliche Arbeit noch vor uns.

Eine weitere Diskussion wird uns ebenfalls noch bis zum Vereinigungsparteitag beschäftigen: das Kind braucht einen Namen. Auf dem Sonderparteitag gab es zwar zu den schon bekannten noch einige neue Vorschläge, beschlossen wurde aber nur, daß der Name auch die feminine Form einschließen soll. Abgestimmt wurde außerdem über ein Verfahren, wie auf dem Vereinigungsparteitag die Namensentscheidung herbeigeführt werden soll. Nachgedacht werden darf bis dahin auch nur gleich noch über den Namen der Zeitung der Vereinigten Organisation.

Erfreulicherweise waren auf dem Sonderparteitag auch Vertreter anderer revolutionärer Organisationen anwesend: des BWK, der Demokratischen Sozialisten, der Gruppe IV. Internationale, des KB, der KG/NHT, der Volksfront gegen Reaktion und Faschismus — und natürlich Genossen der GIM, die sich bei fast allen Tagesordnungspunkten an der Diskussion beteiligten.

Ein Genosse des KB äußerte sich in seinem Redebeitrag äußerst skeptisch zur Frage der Vereinigung von GIM und KPD und zur Frage der Einheit der revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten überhaupt. Leider ließ er sich wenig auf eine konkrete Auseinandersetzung mit den bisherigen Ergebnissen dieses Vereinigungsprozesses ein.

Viel Diskussionsstoff unter den anwesenden Genossinnen und Genossen löste dagegen der Beitrag eines Genossen vom Bundesvorstand der Demokratischen Sozialisten aus, der eine interessante Beurteilung der Entwicklung seiner Partei gab, konkrete Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten vorschlug, grundsätzliche Probleme der Orientierung von Sozialistinnen und Sozialisten ansprach und eine sehr konstruktive Position in der Frage der sozialistischen Einigungsbestrebungen bezog.

Mit der Entscheidung für die Vereinigung mit der GIM hat der Sonderparteitag **den** Beschluß gefaßt, den die gesamte Partei ohnehin erwartet hat. Vielleicht lag es an dieser „Spannungsarmut“, daß die Beteiligung an diesem Parteitag für unsere Verhältnisse sehr gering war. Die Beschlußfähigkeitsquote (Anwesenheit von zwei Dritteln der gewählten Delegierten) wurde nicht gerade überzeugend überboten. Schade auch, daß der mit so viel Einmütigkeit gefaßte Beschluß zur 50-Prozent-Quotierung von Frauen bei der Delegiertenwahl in vielen Landesbezirken nicht verwirklicht werden konnte.

Sollte diese mangelnde Mobilisierung damit zusammenhängen, daß die Frage der Vereinigung als „gelaufen“ betrachtet wird, muß daran erinnert werden, daß es zu dieser Vereinigung nur kommen kann, wenn die Partei sich ziemlich geschlossen dafür einsetzt. Bei der laufenden Urabstimmung ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit für die Vereinigung notwendig. Das bedeutet: Genossinnen und Genossen, die an der Urabstimmung nicht teilnehmen, stimmen faktisch mit „Nein“.

So schön die Parteitage der KPD auch waren, es wäre wirklich besser, wenn der nächste Parteitag tatsächlich der Vereinigungsparteitag wäre!

Vereinigung mit der GIM

Aus dem Beschlußprotokoll des Sonderparteitags

Die wichtigste Entscheidung des Sonderparteitages war die Frage der Vereinigung mit der GIM, die ja der Anlaß für seine Einberufung war. Zu diesem Tagesordnungspunkt gehörte die Beratung und Beschlußfassung der Dokumente, die von den ZKs von GIM und KPD als Grundlage der Vereinigung vorgeschlagen waren: Entwürfe zum Programm und Statut der vereinigten Partei, Entwurf einer Resolution zum Selbstverständnis der vereinigten Partei sowie den Vorschlag für eine Vereinbarung zur IV. Internationale. Im folgenden veröffentlichen wir alle Anträge und Abstimmungsergebnisse zu diesem Tagesordnungspunkt. Vom Sonderparteitag beschlossene Änderungen zu diesen Dokumenten stellen Änderungsanträge der KPD an den Vereinigungsparteitag dar. Seitenzahlen, Spaltenangaben etc. beziehen sich auf die Broschüre „Dokumente zur Vereinigung von GIM und KPD“ (April 86).

a. Debatte über den Programmentwurf der ZKs von GIM und KPD

Antrag 1 (Antragsteller: Achim/Leverkusen und Peter/Köln): Im Programmentwurf Seite 6, 2. Absatz, 1. Satz „Das wirksamste Mittel ...“ die Worte "der Ausweitung" zu streichen.

Der Antrag fand bei 13 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen keine Mehrheit.

Antrag 2 (Antragsteller: Achim/Leverkusen und Peter/Köln): Im Programmentwurf Seite 6, 2. Absatz den 3. und 4. Satz von „Sie befürworten ...“ bis „gekämpft werden“ ersatzlos streichen.

Der Antrag erhielt mit 16 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen keine Mehrheit.

Antrag 3 (Antragsteller: Achim/leverkusen): Im Programmentwurf Seite 6 den 3. und 4. Absatz von „Revolutionäre Sozialisten ...“ bis „Bewegungen entgegen.“ streichen.

Der Antrag fand bei 3 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen keine Mehrheit.

Antrag 4 (Antragsteller: Landesmitgliederversammlung Baden-Württemberg): Statt im Programmentwurf S. 5, vorletzter Absatz, rechte Spalte „In die Lösung seiner weltweiten Krise bezieht der Imperialismus ...“ soll es heißen: „In die Lösung seiner weltweiten Krise bezieht der **westliche** Imperialismus ...“. Statt Seite 5 letzter Absatz, rechte Spalte "Seine aggressive Politik äußert ..." soll es heißen "Aggressive Politik äußert ...".

Der Antrag fand mit 19 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen keine Mehrheit.

Antrag 5 (Initiativantrag Jürgen/Coburg: Auf Seite 10, rechte Spalte sollen die ersten drei Wörter des vorletzten Absatzes: „Auf diese

Weise ...“ gestrichen werden.

Der Antrag wurde ohne Gegenstimme bei 1 Enthaltung als Antrag des Sonderparteitages an den Vereinigungsparteitag angenommen.

Ohne gesonderte Abstimmung stimmte der Sonderparteitag darin überein, zwei weitere Abänderungsanträge zum Programmentwurf an den Sonderparteitag zu stellen: Auf Seite 6, rechte Spalte soll es zu Beginn des vorletzten Absatzes statt „Diese weltweite ...“ neu „Die weltweite...“ heißen und auf Seite 11, rechte Spalte soll die Reihenfolge der Absätze 3 und 4 geändert werden.

Nach der Behandlung der einzelnen Abänderungsanträge wurde über den Programmentwurf insgesamt abgestimmt. **Der Sonderparteitag stimmte dem Programmentwurf bei zwei Enthaltungen zu.**

b. Debatte über den Statutentwurf der ZKs von GIM und KPD

Antrag 1 (Antragsteller Wolfgang/ Kiel): In 2.2 des Statutentwurfs im zweiten Absatz werden die Worte „Delegiertinnen und“ ersatzlos gestrichen.

Der Antrag wird gegen 3 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen als Änderungsantrag des Sonderparteitags an den Vereinigungsparteitag angenommen.

Antrag 2 (Antragsteller Wolfgang/Kiel): Es wird ein Absatz 2.6 eingefügt, der wie folgt lautet:

„6. Privates und politisches Leben sind nicht voneinander zu trennen. Deshalb ist es Aufgabe der Grundorganisationen, sich auch um die persönlichen Verhältnisse der Mitglieder zu kümmern und ihre Bedingungen bei der Umsetzung von Politik zu berücksichtigen. Letzteres gilt auch für die Leitungen. Das Bestrafen von extremem Fehlverhalten ist in Ausnahmefällen notwendig, um Schaden von der Partei abzuwenden, auch wenn es im Widerspruch zum Ziel der Partei — der kommunistischen Gesellschaft — steht.“

Der Antrag fand keine Ja-Stimme.

Antrag 3 (Antragsteller: Wolfgang/Kiel): Am Ende des 1. Abschnitts von „3. Mitgliedschaft“ wird eingefügt: „Aufgabe der Leitungen ist es, für die Mitglieder die Parteiöffentlichkeit herzustellen und auf an sie gerichtete Fragen und Kritiken in angemessener Zeit schriftlich zu antworten.“

Der Antrag fand mit 20 Ja-Stimmen gegen 22 Neinstimmen bei 12 Enthaltungen keine Mehrheit.

Antrag 4 (Antragsteller Wolfgang/ Kiel): Im Abschnitt „6. Parteiverfahren, Ausschluß“ wird a. hinter „... Funktionen mißbraucht“ eingefügt:

„• grob gegen die innerorganisatorische Demokratie verstößt“,

b. dahinter wird eingefügt

„• durch sein persönliches Verhalten fortwährend gegen kommunistische Werte verstößt, indem er körperliche und/oder geistige Überlegenheit nutzt, um andere Menschen zu quälen, zu schädigen oder zu unterdrücken.“

Beide Teile des Antrags blieben ohne Ja-Stimme.

Antrag 5 (Antragsteller LDK Ruhr): Zur Frage „Gewalt gegen Frauen“ in § 6 soll es heißen:

„Die Organisation kämpft dafür, daß in ihren Reihen Gewalt gegen Frauen nicht stattfindet. Körperliche Gewalt gegen Frauen zieht auf Antrag ein Parteiverfahren nach sich.“

Zu diesem Antrag wurden zwei Abänderungsanträge gestellt. Der erste Abänderungsantrag hatte die Aufnahme von „Gewalt gegen Kinder“ zum Ziel. Er fand mit 6 Ja-Stimmen bei vier Enthaltungen keine Mehrheit. Der zweite Abänderungsantrag wollte die Streichung des Wortes „körperliche“ erreichen. Er wurde gegen 17 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag der LDK Ruhr wurde mit 30 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei einigen Enthaltungen angenommen.

Antrag 6 (Antragsteller Landesmitgliederversammlung Baden-Württemberg): Auf S. 14 im Kapitel „7. Parteiaufbau“ ist unter „c. Parteitag“ zu ergänzen:

„• setzt die Höhe der Beiträge fest und beschließt den Verteilungsschlüssel dieser Gelder auf die Bundes-, Landes- und Ortsebene.“ Entsprechend ist auf Seite 14 rechte Spalte unter „Zentralkomitee“, zu streichen „verteilt die Mittel der Partei und“ und „Das ZK setzt die Höhe der Beiträge fest.“

Dieser Antrag wurde gegen eine Stimme als Antrag des Sonderparteitages an den Vereinigungsparteitag beschlossen.

Antrag 7 (Antragsteller Landesmitgliederversammlung Baden-Württemberg): Auf Seite 14 unter „Zentralkomitee“ ergänzen „Das Zk beschließt in Abstimmung mit den betroffenen Landesverbänden politisch notwendige ausgleichszahlungen zwischen den Landesverbänden.“ und auf Seite 15 unter „Landesverbände“ „Die Landesleitung beschließt in Abstimmung mit den betroffenen Ortsgruppen politisch notwendige Ausgleichszahlungen zwischen den Ortsgruppen“.

Dieser Antrag fand mit 20 Ja-Stimmen bei drei Enthaltungen keine Mehrheit.

Antrag 8 (Antragsteller LDK Hamburg): Der Punkt 7 im Statut „Parteiaufbau“ wird anders geordnet: 1. Parteitag, ZK, Zentrale Schiedskommission, 2. Landesverbände, 3. Ortsgruppen, 4. Zellen, Arbeitsbereiche.

Gegen diesen Antrag erhoben sich keine Einwände und er wurde als Antrag des Sonderparteitags an den Vereinigungsparteitag beschlossen.

Antrag 8 (Initiativantrag): Die Beschlußfähigkeit für LDKs soll weiterhin erreicht sein, wenn zwei Drittel der Delegierten anwesend sind. Für Landesmitgliederversammlungen soll die Beschlußfähigkeitsquote aber auf 50 Prozent gesenkt werden.

Zu diesem Antrag gab es einen Abänderungsantrag, auch für die LDKs die Beschlußfähigkeitsquote auf 50 Prozent zu senken. Dieser Abänderungsantrag wurde abgelehnt. Der Initiativantrag wurde gegen drei Nein-Stimmen als Antrag des Sonderparteitages an den Vereinigungsparteitag angenommen.

Antrag 9 (Antragstellerin LDK Ruhr): „Das Statut soll in bestimmten Stellen noch durch Streichen der männlichen Bezeichnung ‚seinen‘ Wohnsitz (in § 6) und ‚sein‘ Verhalten (in § 6) und ‚ihm‘ übertragene Funktionen (in § 6) feminisiert werden.“

Dieser Antrag wurde gegen 11 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen.

Antrag 10 (Antragsteller Wolfgang/Kiel): Zu 7.1 Ortsgruppen: „Der letzte Satz ‚Die Sitzungen der Ortsleitung werden von der/dem Vorsitzenden einberufen‘ wird gestrichen.

Dieser Antrag wurde bei 12 Enthaltungen abgelehnt.

Angenommen wurde der Initiativantrag, in diesem Passus den Begriff „Vorsitzender“ durch „Verantwortlicher“ zu ersetzen.

Antrag 11 (Initiativantrag in Abänderung eines Antrages von Wolfgang/Kiel): Auf Seite 15, linke Spalte soll im letzten Absatz als Funktion innerhalb der Landesleitung nur „Kassier/in“ genannt werden. Die Sitzungen der Landesleitung sollen von dem/der „Verantwortlichen“ (statt bisher: Vorsitzendem/den) einberufen werden.

Dieser Antrag wurde als Antrag des Sonderparteitags an den Vereinigungsparteitag angenommen.

Antrag 12 (Initiativantrag): Zur Landesschiedskommission soll lediglich gesagt werden, daß sie aus drei Mitgliedern besteht.

Dieser Antrag fand ebenfalls keine Mehrheit.

Nach Behandlung der Einzelanträge kam es zur Gesamtabstimmung über das Statut. **Der Statutentwurf wurde gegen eine Gegenstimme bei drei Enthaltungen als Antrag des Sonderparteitages an den Vereinigungsparteitag angenommen.**

c. Debatte über den Entwurf der ZKs von GIM und KPD über eine Resolution über Rolle und Selbstverständnis der vereinigten Partei

Antrag 1 (Antragsteller LDK Hamburg): Der 2. Satz im 2. Abschnitt des Kapitels „III Frauen“ wird wie folgt geändert: „Wir unterstützen die weitere Entwicklung einer unabhängigen Frauenbewegung ...“.

Der Antrag wird als Antrag des Sonderparteitages an den Vereinigungsparteitag angenommen.

Antrag 2 (Initiativantrag): Auf Seite 18 rechte Spalte soll im zweiten Satz des vorletzten Absatzes (betrifft Stellung zu den Grünen) an zwei Stellen das Wort „sicher“ gestrichen werden.

Der Antrag findet gegen 23 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen keine Mehrheit.

Antrag 3 (Initiativantrag): Auf Seite 18, rechte Spalte im vorletzten Absatz (betrifft Haltung zu den GRÜNEN) soll die Formulierung „... die die Interessen der Arbeiterklasse und“ gestrichen werden.

Der Antrag findet mit 20 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen keine Mehrheit.

Gesamtabstimmung über den Resolutionsentwurf: gegen eine Stimme bei einer Enthaltung wurde der Resolutionsentwurf als Antrag an den Vereinigungsparteitag beschlossen.

d. Debatte über den Vorschlag der ZKs von GIM und KPD für eine Vereinbarung über die Haltung der vereinigten Partei zur IV. Internationale

Antrag (Initiativantrag): In Punkt 3 des Vorschlags soll es statt des alten zweiten Satzes neu heißen: „Diejenigen Mitglieder der vereinigten Organisation, die ein Mitgliedsabo von Inprekorr beziehen, werden als Mitglieder der Vierten Internationale betrachtet.“

Mit 3 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen fand der Antrag keine Mehrheit. Gesamtabstimmung über den Vereinbarungsvorschlag: **Gegen 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen wurde der Vorschlag der ZKs von GIM und KPD für eine Vereinbarung über die Haltung der Vereinigten Organisation zur IV. Internationale als Antrag an den Vereinigungsparteitag angenommen.**

e. Beschlußfassung über die Vereinigung von GIM und KPD auf der Grundlage der unter a - d behandelten Materialien

Abgestimmt wurde zunächst der Antrag von Genossinnen und Genossen aus Darmstadt: „Die Vereinigung von GIM und KPD findet in diesem Jahr nicht statt. Die Urabstimmung über die Vereinigung wird vorerst ausgesetzt.“

Gegen 3 Ja-Stimmen wurde dieser Antrag bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Gegen 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung beschloß der Sonderparteitag die Vereinigung mit der GIM.





Konzertblockade in Mutlangen am 15. 9. 86

Im Rahmen der Blockadeaktionen der Kampagne „Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung“ findet am 15.9.86 auf der Zufahrt zum Pershing-Depot in Mutlangen eine Konzertblockade statt. Das klassische Konzert soll als Symbol für die überlebensfähigen und lebensbejahenden Teile unserer Kultur stehen angesichts der lebensfeindlichen Tendenz derselben Kultur, die sich bei dem Raketendepot in Mutlangen zeigt.

Geübte Musiker/innen und Sänger/innen sind eingeladen mitzumachen. Blockadetraining und Vorbereitung der Aktion ist am 16./17.8. in Schwäbisch Gmünd, Probenwochenende am 13./14.9. in Mutlangen.

Kontakt: Frieder Dehlinger, Tulpenstr. 61, 7407 Rottenburg 6, Tel.: (07472) 41748

„Wahnsinns-Festival“

Gegen den WAA-Wahnsinn in Wackersdorf soll am 26./27. Juli das größte Open-Air-Konzert der Bundesrepublik rocken. Mit dabei sind BAP und Herbert Grönemeyer, die wie alle Künstler gratis spielen und über 50000 Besucher anlocken sollen. Veranstalter sind die verschiedenen Anti-WAA-Bürgerinitiativen. Das Gelände in der Nähe der Baustelle stellt die Stadt Burglengenfeld bereit. Die Einnahmen dienen künftigen Prozeßkosten.

Aktuelle Broschüren zu Atomwaffen und AKWs

„So mancher Ladenhüter wird im Nachhinein wieder wichtig, weil aktuell“, schreiben die Herausgeber der anti-militarismus-information (ami) und bieten drei interessante Broschüren an, die Atom und Widerstand thematisieren.

• die 1982 erschienene Broschüre „Atomwaffenrisiken“ beschreibt u. a. die Folgen der 1957 in der UdSSR explodierten Atommülldeponie auf die Umwelt und die Gefahr, die von den AKWs im Kriegsfall ausgeht.

• die 1985 herausgegebene ami-Broschüre „Vom AKW zur Bombe“ erläutert die Verbindung ziviler und militärischer Atomtechnologie und die Ambitionen der BRD

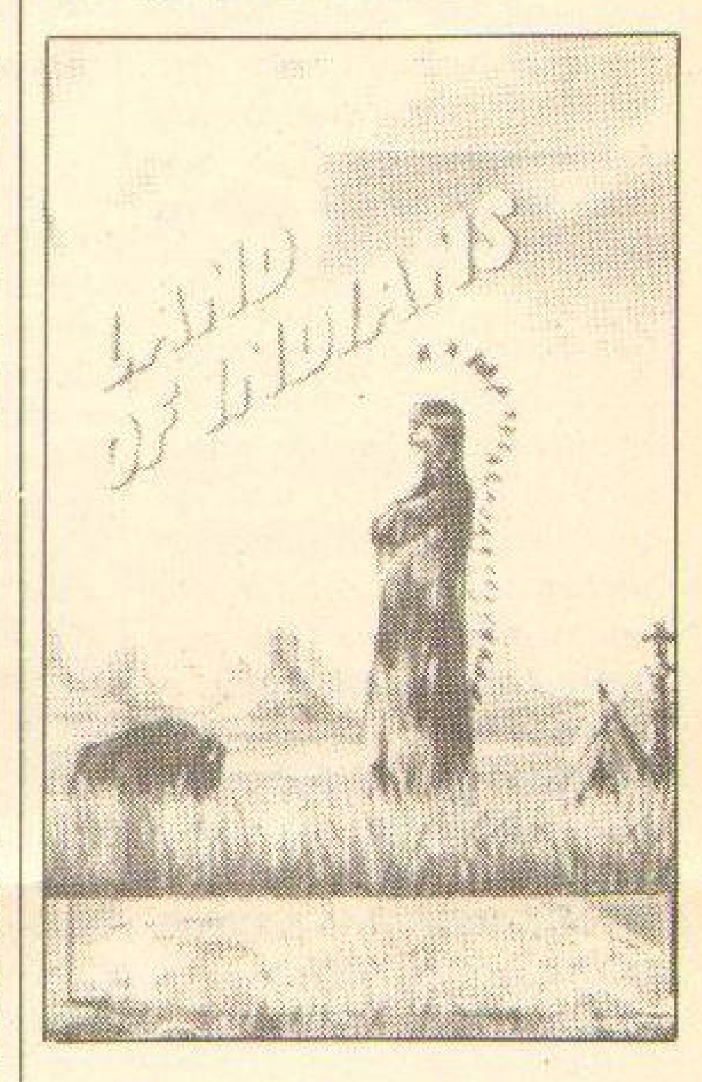
• das ganz neu erschienene Heft „Angst oder Aufklärung“ setzt sich kritisch mit der in der Friedensbewegung so breit praktizierten Mobilisierung durch „fünf-vor-zwölf“-Ängste auseinander, die jetzt nach Tschernobyl wieder aktuell sind.

Das Paket (180 S., 10 DM) — ist zu beziehen über: **ami-Verlag, Deidesheimer Str. 3/1, 1000 Berlin 33**

„Das andere Amerika“

Ursprünglich als „sinnvolle Ergänzung“ zu den offiziellen Auslandskulturtagen mit den USA in Dortmund geplant, findet vom 1. bis 21. Juni „Das andere Amerika“ statt. Die Auslandskulturtage sind nach dem Bombenangriff auf Libyen zur Amerika-Woche heruntergestuft worden (Sicherheitsbedenken). — 31 Veranstaltungen organisiert von über 80 Gruppen und Einzelkünstlern mit insgesamt über 250 beteiligten Musikern, Schauspielern, Schriftstellern, bildenden Künstlern und Filmemachern bietet das andere Amerika. Dabei geht es vor allem um die tagtägliche Auseinandersetzung mit der US-Kultur in unserem Lande und darum, die Vielfalt der US-Kultur darzustellen. Als Gäste werden die Irokesen-Häuptlinge Thomas Poter und Jake Swamb erwartet.

Das Programmheft versendet: Initiative „Das andere Amerika“, DoK-Verlag, Dieter Rosenkranz, Ostenhellweg 43, 4600 Dortmund 1



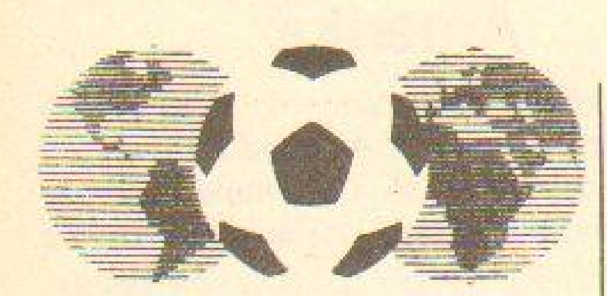
Ein indianisches Gedicht

Der Tod ist niemals leicht, selten ist er geplant —
AIM-Mitglieder gehen nicht hinaus und sagen, „Laßt uns einen Menschen töten.“
Aber auf der Pine Ridge Reservation
Ist der Tod eine Art Weg des Lebens,
AIM-Unterstützer sterben dort durch
Kugeln und Knüppel und Messer,
Frauen in ihrem Achzigsten,
Kinder, noch nicht zehn,
Sterben dort ohne Warnung,
sterben mit schrecklichen Schmerzen.
Einer in einer Woche, dann zwei in einer Woche,
Die Todesrate wächst und wächst.
Wieviele, die versteckten Leichen mitgezählt?
Niemand weiß es wirklich!

Das FBI ignoriert es,
Bis seine eigenen Leute getötet werden.
Dann, plötzlich und stillschweigend,
Ist das Land voll
Von Männern in Kaki-Jacken
Sie tragen geladene Gewehre
Und Lastwagen & Jeeps & Panzer
&Flugzeuge tragen Bomben.
Ich glaube, die Toten bedeuten nicht viel,
wenn die Leiche nicht weiß ist.
Jene, die Rote Menschen töten,
Schlafen friedlich heute nacht.

(AIM = American Indian Movement)





Anti-Fußball-WM?

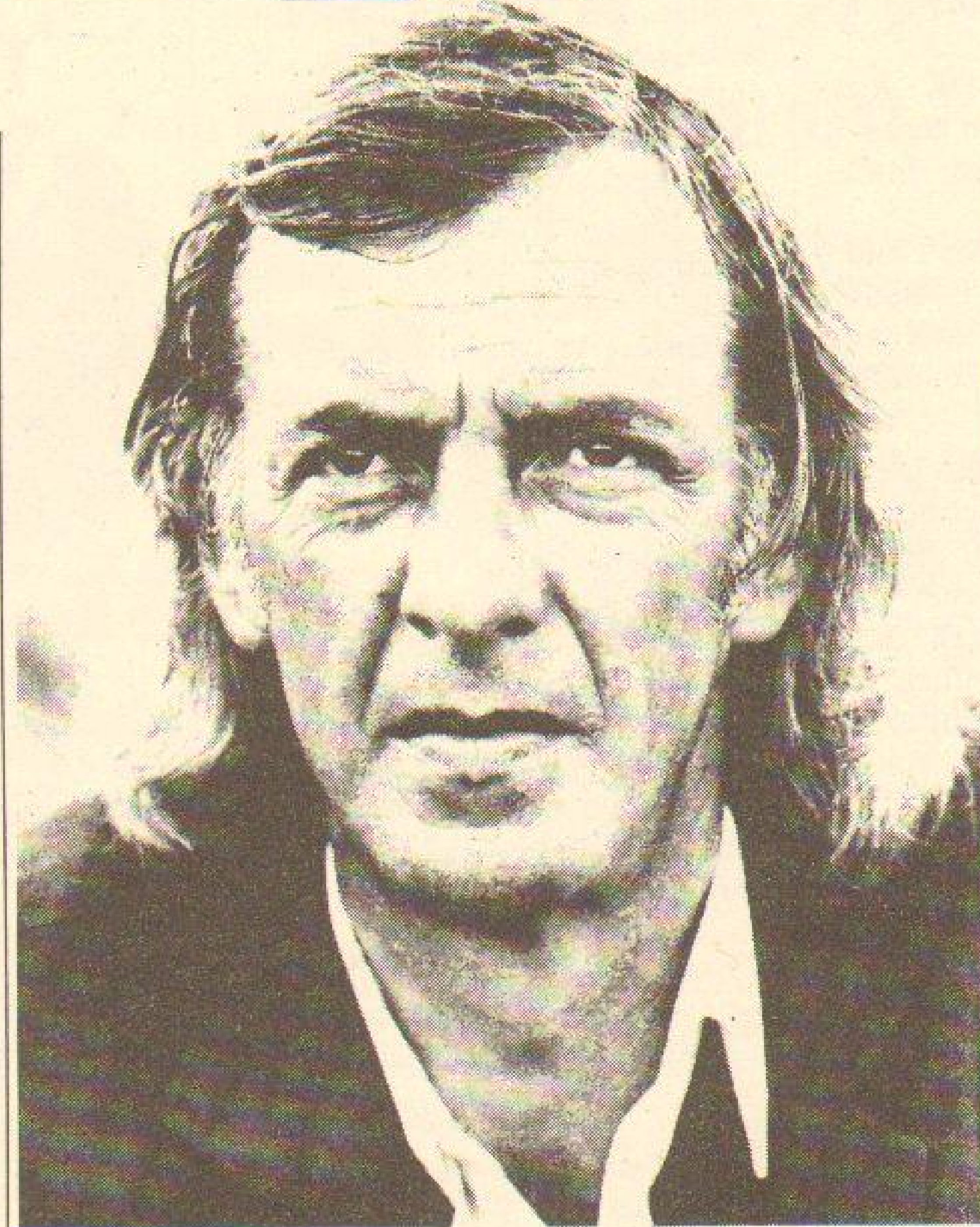
Die letzten vier der Fußball-WM stehen jetzt fest, bis zum Erscheinen dieser Zeilen auch das Endspiel. Nach dem Gang der Dinge müßte eigentlich jeder meinen, Argentinien gegen Frankreich wäre die Finalparung, während sie dann Belgien gegen BRD heißt. Hoffentlich nicht, aber man sei auf das Schlimmste gefaßt.

Nun sind sie also alle weg: Die Kiewer Strahlung ist erstaunlich rasch zerfallen, Dänemarks Abwehr produzierte Schweizer Käse, der brasilianische Samba wurde nur einmal getanzt und das umsonst. Die Außenseiter blieben solche, und der vielbeschworene Herr Gott mag zwar Brasilianer sein, er wohnt aber in Frankreich. Der betonierte bundesdeutsche Schlafwagen zuckelt in Richtung Gewinnen, mehr will die beste Anti-Fußballmannschaft aller Zeiten auch nicht, schon gar nicht Fußball spielen.

Fußball, da ist sich Menotti ganz mit Makarenko einig, ist die proletarischste aller Sportarten und das Profitum allein kann für solchen Quark, wie ihn die DFB-Elf bietet, auch nicht verantwortlich sein, ein Platini oder Maradona kassiert ja auch enorm, aber sie zeigen auch was dafür. Spitzensport auf das Niveau von Betriebsmannschaften zu bringen, kann nicht die Lösung sein. Sie tanzten nur eine Runde — so läßt sich ein Resumee der großen Spieler dieses Turniers zusammenfassen: Preben Elkjaer in der ersten, Emilio Butragueno und Gary Lineker in der zweiten, es bleiben nur die beiden erwähnten.

Die FIFA zeigt sich während des Turniers in jeder Beziehung als reaktionäre Vereinigung, von der Festsetzung der Eintrittspreise über die Taten mexikanischer und anderer Geschäftemacher bis hin zur Ladung argentinischer Faschisten. Die mexikanische Regierung hat die erwünschte Ruhe im Land offensichtlich nicht bekommen, und die Massen jubeln weder bei de la Madrid noch bei Sanchez, sondern nur noch bei Maradona. Aber ob einer allein, oder auch ein Tandem, das er mit Valdano bildet, reicht um zu gewinnen?

Ach, übrigens: Ob bei der EM 88 ein Reporter zu den sozialen Problemen in der BRD etwas bemerkt?



Cesar Luis Menotti, ehemaliger Trainer der argentinischen Nationalmannschaft, arbeitet heute als Journalist. Eine Million Mark soll er als Trainer im Jahr kassiert haben, und auch heute verdient er nicht schlecht. Insofern keine Ausnahme im Profigeschäft. Doch sein Kopf gibt mehr her als das übliche „Der Ball ist rund". In der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Transatlantik" veröffentlicht Menotti sein Manifest des Fußballs. Die taz veröffentlichte am 21. Juni einen Auszug, aus dem wir wiederum zitieren. — Eine Menotti-Philosophie, über die das Nachdenken lohnt.

CESAR LUIS MENOTTI

FUSSBALL AUS DER TIEFE DES VOLKES

Ein Manifest des ehemaligen Trainers der argentinischen Nationalelf

Der Fußball verdankt seine Existenz dem arbeitenden Volk. Bei den Besitzlosen und Entrechteten entstand er aus einem elementaren Grund: Er ist billig, fast gratis. Viele Menschen können sich überall nur mit einem Ball vergnügen, und der kann sogar aus Papier und Lumpen bestehen.

Ja, die Armen haben dieses Spiel erfunden, sie gaben ihm jene Wesensart, die wir jetzt zu verteidigen trachten, denn in einer Gesellschaft, die den Nutzen zum höchsten Wert erhoben und eine Eigenschaft wie Würde diskret auf den zweiten Platz verbannt hat, droht der Fußball zu entarten. Die herrschenden Klassen haben das Leben entmenschlicht, indem sie die Werteskala umgekehrt haben. Sie haben den Menschen zum Produktionsfaktor — in Maßen auch zum Konsumenten — ohne Sinn degradiert.

Die Ausgebeuteten entdecken sich im Fußball

Fußball war ein gangbärer Weg, um sich selbst als Mensch zu bestätigen, allerdings ein Weg mit vielen Fallstricken, die von den herrschenden Schichten ausgelegt wurden. Beim Fußball konnte ein Arbeiter seine eigene Sprache sprechen, schlau, listig konnte er eine Absicht vortäuschen und eine andere durchsetzen — und all dies mit Freude, Ungezwungenheit, Talent zur Schönheit und der Feinfühligkeit, um diese Schönheit zu genießen. Endlich konnte er sich für etwas Eigenes begeistern, für ein Fest, das immer kollektiven Charakter hatte, ohne die Zwänge der offiziell propagierten Kultur, ohne das Gift der Macht. Die Arbeiterklasse gab sich ihr eigenes Fest — und Fußball war natürlich

nen Großzügigkeit hielt sie allen die Türen auf und lud sie zur Teilnahme ein.

Der Fußballsport gehört dem einfachen Volk, denn aus ihm ist er hervorgegangen. Er beinhaltet alle Werte der Arbeiterklasse, und diese Werte sind grundsätzlich andere als die in den sonstigen Gesellschaftsschichten vorherrschenden. Es sind Werte, die dem Menschen einen Ausweg bieten, die ihn anspornen, in Würde, Gerechtigkeit und Freude zu leben.

Seit nun der Fußball zu einem weiteren Konsumgut und — mit dem Heraufkommen des Industriezeitalters — zu einem kapitalistischen Produkt herabgewürdigt wurde, das man kaufen und verkaufen kann, werden jene ursprünglichen Werte gewaltsam verändert.

Dennoch weckt Fußball noch immer tiefverwurzelte Empfindungen, und wer sich diesem Spiel hingibt, tut dies mit derselben Phantasie und Begeisterung, die schon immer die Hauptakteure dieses festlichen Sportes auszeichnete. Dieser Einfallsreichtum und diese Begeisterungsfähigkeit werden am Ende die Eckpfeiler des Triumphes bilden.

Rechter und linker Fußball

Begriffe wie „die Rechte" oder „die Linke" beziehen sich nicht ausschließlich auf die Möglichkeit, zwischen der einen oder der anderen politischen Richtung wählen zu können, sie beinhalten vielmehr die Entscheidung für die eine oder andere Form der Existenz.

Sie bedeuten, ein völlig unterschiedliches Bewußtsein dessen zu haben, was gut, böse, schön, gerecht und menschenwürdig ist.

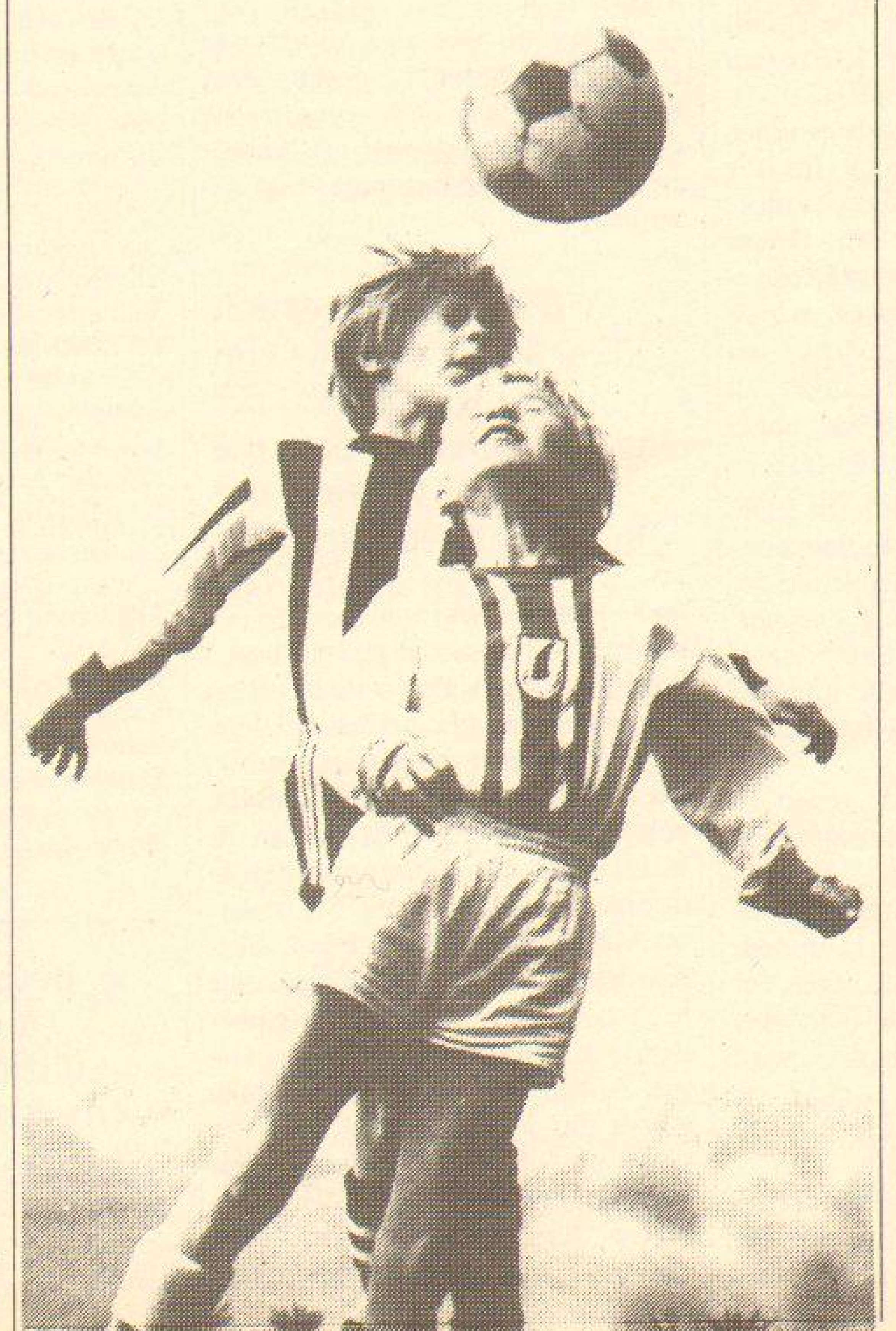
Hier soll nicht behauptet werden, jene, die einen armseligen, auf raschen Gewinn ausgerichteten Fußball propagieren und die ganz offensichtlich rechts stehen, seien sich ihrer politischen Position ganz bewußt. Sie sitzen auch nicht nächtelang beisammen, reden sich die Köpfe heiß und schmieden ihre finsteren Pläne. Nein, so ist es ganz gewiß nicht.

Hier soll nicht behauptet werden, jene, die einen armseligen, auf raschen Gewinn ausgerichteten Fußball propagieren und die ganz offensichtlich rechts stehen, seien sich ihrer politischen Position ganz bewußt. Sie sitzen auch nicht nächtelang beisammen, reden sich die Köpfe heiß und schmieden ihre finsteren Pläne. Nein, so ist es ganz gewiß nicht.

Hier liegt vielmehr etwas vor, das man als spontane Parteinahme bezeichnen könnte, eine Entscheidung, die die vorherrschenden Wertvorstellungen spiegelt.

Die Massenmedien reduzieren uns tagtäglich auf eine Lebensweise und auf eine Organisationsform unserer gesellschaftlichen Beziehungen, die wir hinnehmen, ohne uns dessen gänzlich bewußt zu sein.

Der Fußball der Rechten reproduziert und untermauert die in dieser Gesellschaft gültigen Wertvorstellungen. Es ist die Art von Fußball, bei der nur der Gewinn zählt, und Gewinn heiligt alle Mittel. Gemeint sind nicht nur eine ultradefensive Taktik, Ausdruck von Raffgier und Spekulation, sondern auch die ständigen Verletzungen des Reglements und der Einsatz aller erdenklichen faulen Tricks. Solcher Fußball verleugnet seine eigenen Ursprünge, er verachtet die Begabung und fördert die Gewalttätigkeit. Er ist krank und macht krank, weil er wie alle Konsumartikel dem Wesen nach hinfällig und vergänglich ist: Was gewinnt, ist gut, weil es sich gut verkauft. Diese Art von Fußball verhunzt ihre eigene Identität, indem der dem Fußball seit seinen Anfängen eigentümliche Charakter eines Volksfestes verleugnet wird.



Ché Guevara und die Qualität des Fußballs

Beim Fußball der Rechten ist ständig von Arbeit und Opfern die Rede. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß ein Begriff wie Arbeit nicht aus seinem historischen Kontext gelöst werden kann. Heutzutage bedeutet er nicht dasselbe wie beispielsweise vor fünfzig Jahren oder im Mittelalter.

Und was die „Opfer" anbelangt — nun dieses Wort führen die Kapitalisten dauernd gegenüber den Arbeitern im Munde, während sie selbst die Früchte der aufopfernden Arbeit an sich raffen.

Der Fußball der Linken hingegen ist im Sinne einer Lebensäußerung eine Sache des Talents, bei der die Intelligenz an oberster Stelle steht und der Sieg soviel taugt wie die Mittel, mit denen man ihn erringt. Er respektiert die Gefühle der Menschen, weil er zwar auch den Triumph kennt, jedoch keinesfalls auf Kosten des spektakulären Ereignisses, das jedes Fußballspiel zu sein verspricht.

„Qualität", hat Ché Guevara einmal gesagt, „das ist der Respekt vor dem Volk." Der Fußball der Linken strebt stets nach Qualität.

Der Fußball der Linken ist — als unbestreitbarer kultureller Faktor — ein Kampf für die Entstehung einer neuen Kultur, einer, die getragen wird von einer neuen Sensibilität, einer neuen Art, die Dinge des Lebens zu fühlen und zu erfühlen.

Zurück zu Ché: „Wir machen nicht nur Revolution, um jedem sein tägliches Brot zu garantieren", hat er gesagt. „Es geht darum, das Leben zu verändern." Das heißt: Beim Fußball der Linken spielen wir nicht einzig und allein, um zu gewinnen, sondern um besser zu werden, um Freude zu empfinden, um ein Fest zu erleben, um als Menschen zu wachsen.

Der neue Mensch in der neuen Gesellschaft

So gesehen erfüllt der Fußball dieselbe Funktion wie andere Ausdrucksformen der Kunst, wie ein guter Film, ein gutes Lied, ein gutes Gedicht, ein gutes Bild. Anders gesagt bereitet er uns vor auf ein besseres, ein gerechtes und menschliches Leben.

Beim „linken" Fußball weiß man, daß gekonntes Spiel nicht nur schmückendes Beiwerk für das ist, was „taugt", nämlich Sieg. Gut spielen (oder zumindest der Versuch, gut zu spielen) ist eine unerläßliche Voraussetzung für uns als Menschen mit Charakter.

Wir sagten also, daß es einen Fußball der Rechten gibt, insofern als er — zumindest unbewußt — die Werte einer von der Rechten geprägten Gesellschaft widerspiegelt, einer Gesellschaft, die dem Menschen die Möglichkeit verwehrt, er selbst zu sein.

Wir sagten weiterhin, daß es einen Fußball der Linken gibt, der seinen Ursprüngen treu geblieben ist und der dem Vorbild der großen Meister des grünen Rasens aller Zeiten folgt — meist ebenfalls eher unbewußt. Dieser Fußball dient der Lebensfreude, der spielerischen und schöpferischen Freiheit, bei ihm ist der Spieler die Hauptperson, die auf andere Menschen jene besonderen Gefühle und Stimmungen überträgt und eine kollektive Gefühlswelt verkörpert, welche zu verschandeln niemand das Recht hat.

Beim Fußball der Rechten ist der Spieler ein Werkzeug für den Sieg bzw. Den Tabellenplatz.

Beim Fußball der Linken ist der Spieler ein denkendes Wesen, das Schönheit schafft und sich mit dem Volk solidarisiert, damit der neue Mensch in einer neuen Gesellschaftsordnung entsteht.